

Peter Bichsel, Martin Senn, Peter Maffay, Benoît Violier

Nummer 12 – 19. März 2015 – 83. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

Mordfall Adeline:
Alex Baur zieht Bilanz

DIE WELTWOCH



Jeton G. und der alltägliche Sozialwahnsinn

Schweizer Fürsorge am Ende.

Von Philipp Gut

Vorausseilender Gehorsam

Wie Bern freiwillig EU-Recht übernimmt. Von Beat Gygi und Florian Schwab

Mutter Courage

Das beeindruckende Leben der Bordellbetreiberin Maja Häberli.

Von Franziska K. Müller

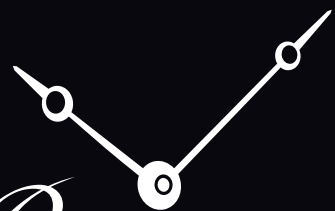




Breguet, créateur.

Erfindung der Breguet Spiralfeder, 1795

Die Spiralfeder steuert den Rhythmus der Unruhschwingungen und reguliert so die Ganggenauigkeit der mechanischen Uhr. Das Modell Tradition 7047PT mit Tourbillon und Antrieb über Kette und Schnecke kombiniert heute die Vorteile der 1795 entwickelten Spiralfeder mit Breguet Endkrümmung und die außergewöhnlichen Eigenschaften des amagnetischen Werkstoffs Silizium. Wir schreiben die Geschichte fort...



Breguet
Depuis 1775

Wer sind wir?

Was hat die Schweiz von gestern mit der Schweiz von heute zu tun?

Diskussionsrunde zum Thema «Die Schweiz und ihre historische Identität» mit:



Roger Köppel
Verleger und Chef-
redaktor Weltwoche



André Holenstein
Professor für
Schweizer Geschichte



Josef Lang
alt Nationalrat (Grüne)
Historiker



Peter Keller
Nationalrat (SVP)
Historiker

Jetzt anmelden!

Mittwoch, 1. April 2015, 18.30 Uhr (Türöffnung: 18 Uhr)
«National Bern», Theatersaal, Hirschengraben 24, 3011 Bern
Anmeldung: E-Mail an podium@weltwoche.ch
oder unter Telefon 058 680 10 24, Eintritt frei

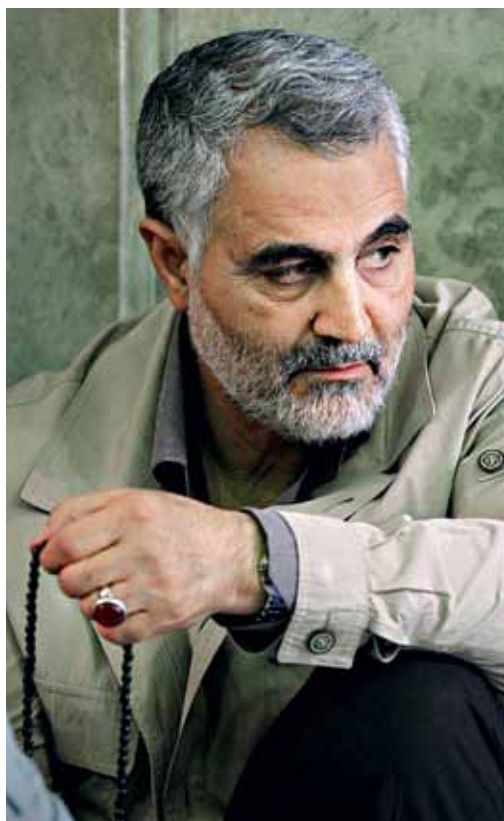
«Die Schweizer Schlachten»

Die *Weltwoche* präsentiert ihr überarbeitetes Spezialheft mit neuen Karten plus 16 Seiten zu: Schweiz im Zweiten Weltkrieg, Franzoseneinfall, unsere Mythen, Friedensmacht Schweiz. *Weltwoche*-Sonderheft, 76 Seiten, Fr. 25.– (inkl. MwSt., exkl. Porto)
Bestellung: per E-Mail an schweizerschlachten@weltwoche.ch oder beim Kundendienst unter der Telefonnummer 043 444 57 01.



Intern

Jahrelang war er ein Phantom: Qassem Soleimani, Kommandant der Quds-Brigade, die Spezialeinheit des Iran für Auslandoperationen. Wann immer Reporter Urs Gehrig auf seinen Reisen im Irak, in Afghanistan oder im Iran seinen Namen erwähnte, reagierten die Gesprächspartner mit Ehrfurcht und Schauer. US-General David Petraeus sah in ihm einen «wahrlich bösen» Gegenspieler. Inzwischen ist Soleimani aus dem Schatten getreten. In seiner Heimat geniesst er Kultstatus wie seinerzeit Erwin Rommel, der deutsche «Wüstenfuchs». Dank seinem Einsatz sitzt Syriens Assad noch heute an der Macht. Nun



Ehrfurcht und Schauer: Qassem Soleimani.

steht Soleimani wieder im Feld. In Tikrit führt er die irakischen Truppen in die Kesselschlacht gegen die blutigen Fanatiker vom Islamischen Staat. Porträt der zurzeit schillerndsten Figur in Nahost, Seite 52

«Es ist alles noch viel schlimmer»: Dieses geflügelte Journalistenwort trifft auf den Fürsorgefall Jeton G. genau zu. Sein ganzes Erwachsenenleben lang hat der mutmassliche Todesschütze im Zürcher «Türstehermord» von der Sozialhilfe gelebt. Wie die Recherchen von Philipp Gut zeigen, konnte sich der renitente, mehrfach vorbestrafte und munter weiterdelinquierende «Klient» des Schweizer Sozialstaats alles leisten – und er wurde dafür noch belohnt. Er logierte in einer überbezahlten Wohnung und kassierte sogar noch Fürsorge-

gelder, während er im Gefängnis sass. Dass er die ungerechtfertigten Bezüge bis heute nicht zurückzahlen musste, hat mit der dramatischen Schieflage des Sozialwesens zu. Der Wahnsinn hat Methode. Seite 15, 22

Letzte Woche erhielt Kulturredaktor Rico Bandle ein Buch zugeschickt, beigelegt war eine Karte, auf der handgeschrieben stand:



Erstaunliche Parallelen: Schriftsteller Hartmann.

«Eigentlich kann ich mir nicht vorstellen, dass Ihnen mein neuer Roman gefallen wird. Ich sende Ihnen «Auf beiden Seiten» trotzdem zu.» Absender war der Schriftsteller Lukas Hartmann, Gatte von Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga. Was Hartmann nicht wusste: Bandle hatte sein Buch längst gelesen. Ob ihm der Roman nun gefallen hat oder nicht, sei hier noch nicht verraten, jedenfalls hat er erstaunliche Parallelen zu Martin Suters aktuellem Nummer-eins-Bestseller «Montecristo» festgestellt. Seite 64

Das geplante neue Asylzentrum Guglera im freiburgischen Giffers hat hohe Wellen geworfen. Vor allem zu reden gab ein Informationsabend, an dem die aufgebrachte Bevölkerung lautstark gegen die Pläne des Bundes protestierte. Weniger bekannt sind die Umstände, die zum Verkauf des Zentrums Guglera an die Eidgenossenschaft geführt haben. Hinter der Übergabe an den Bund versteckt sich die Geschichte einer schillernden Persönlichkeit, die die Welt verbessern wollte – und dabei gescheitert ist. Seite 36

Ihre Weltwoche

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 283.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Gehrig, Wolfgang Koydl, Hubert Mooser, Alex Reichmuth, Markus Schär, Florian Schwab, Mark van Huissing

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Tom Kummer, Christoph Landolt, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller, Daniele Muscionico, Deborah Neufeld, Daniela Niederberger, Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp, Hildegard Schwaninger, Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*), Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*), Simon Keller, Martin Kappler (*Assistent*)

Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay

Korrektorat: Cornelia Bernegger und Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits, Sandra Noser, Gregor Szyndler, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*), Inga-Maj Hojaij-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Fabian Keller, Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Aextra

Tarife und Buchungen: info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck, Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der Weltwoche-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone Weltwoche-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





EINE IKONE GEWINNT AN GRÖSSE

| DIE NEUE NAVITIMER 46 mm



LES AMBASSADEURS

THE LEADING HOUSE OF LEADING NAMES

BAHNHOFSTRASSE 64, 8001 ZÜRICH +41 44 227 17 17

ZEIT UND ENERGIE. DIE ZEIGT IHNEN BEIDES.



MANERO POWERRESERVE

Die Manero PowerReserve zeigt Ihnen immer, wie viel Energie in ihr steckt. Mit integrierter Gangreserveanzeige und dem präzisen Manufakturwerk CFB A1011 verbindet der Zeitmesser hohe Funktionalität und ausgeklügelte Technik. Im Design ergänzen sich klassische und moderne Bestandteile zu einem markanten, ausdrucksstarken Gesicht.

BOUND TO TRADITION – DRIVEN BY INNOVATION



CARL F. BUCHERER

FINE SWISS WATCHMAKING

BUCHERER GESCHÄFTE BASEL, FREIE STRASSE 40, T 061 261 40 00 BERN, MARKTGASSE 2, T 031 328 90 90 DAVOS, PROMENADE 69, T 081 410 00 50
GENÈVE, 45, RUE DU RHÔNE, T 022 319 62 66 22, RUE DU MONT-BLANC, T 022 732 72 16 INTERLAKEN, HÖHEWEG 43, T 033 826 02 02 LAUSANNE, RUE DE BOURG, T 021 312 36 12
LOCARNO, PIAZZA GRANDE, T 091 751 86 48 LUGANO, VIA NASSA 56, T 091 923 14 24 LUZERN, SCHWANENPLATZ 5, T 041 369 77 00 ST. GALLEN, MULTERGASSE 15, T 071 222 02 22
ST. MORITZ, VIA MAISTRA 17, T 081 833 31 03 ZERMATT, BAHNHOFSTRASSE 6, T 027 967 53 53 ZÜRICH, BAHNHOFSTRASSE 50, T 044 211 26 35
ZÜRICH FLUGHAFEN, AIRSIDE CENTER, T 044 800 85 40 KURZ GESCHÄFTE BASEL, FREIE STRASSE 39, T 061 269 60 60 BERN, SPITALGASSE 38, T 031 311 04 22
GENÈVE, RUE DE LA CONFÉDÉRATION 11, T 022 311 70 76 LUZERN, WEGGIGASSE 25, T 041 419 40 20 ZÜRICH, BAHNHOFSTRASSE 80, T 044 219 77 77
ZÜRICH, GLATTZENTRUM, T 043 233 30 50 SWISS LION GESCHÄFTE ENGELBERG, TITLIS, T 041 372 10 90 LUZERN, LÖWENPLATZ 11, T 041 410 61 81
WWW.CARL-F-BUCHERER.COM

National, international

Die Schweiz ist das gleichzeitig nationalste und internationalste Land der Welt. Das eine geht dem anderen um eine Nuance voraus.

Von Roger Köppel

Die Schweiz ist ein rätselhafter, auf Anhieb unverständlicher Sonderfall. Das kommt auch daher, dass sie zugleich das nationalste und das internationalste Land der Welt ist, wie vor über sechzig Jahren der französische Autor André Siegfried in seinem wundervollen Klassiker «Die Schweiz. Eine Verwirklichung der Demokratie» unnachahmlich schrieb.

Und tatsächlich: Selbst die Schweizer zweifeln zuweilen an ihrem scheinbar so widersprüchlichen Land. Auf der anderen Seite kann sich die Schweiz, besonders in Krisenzeiten, geradezu militant auf sich selbst zurückziehen. Die Kunst, sich rechtzeitig von fremdfabriziertem Unheil abzuschotten, wird zwar gerne belächelt, gehört aber zur grundlegenden Überlebenstechnik des Kleinstaats. Andererseits wissen auch die grössten Kritiker dieser Fähigkeit zur notgeborenen Isolation, dass die Schweiz nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch eines der weltoffensten Länder ist.

Die Schweiz hat einen rekordhohen Ausländeranteil, eine der höchsten Zuwanderungsraten pro Kopf, praktisch die grösste Dichte an Nobelpreisträgern und internationalen Unternehmen. Als neutraler Staat und Ursprungsland des Roten Kreuzes ist die Schweiz helfend, vermittelnd und versöhnend auf den Konfliktschauplätzen der Welt anzutreffen. Ihre Mehrsprachigkeit macht die Schweizerinnen und Schweizer sensibel für andere Standpunkte. Manchmal zu sensibel, wenn sie gegen das Ausland zu ängstlich ihre Interessen vertreten.

National oder international? Zwischen diesen beiden Haltungen pendelt ihre Politik, wobei die Internationalität der Schweiz in der Geschichte immer erst dann zum Tragen kam, wenn die nationale Unabhängigkeit gefestigt war. National und international greifen ineinander, Unabhängigkeit und Weltoffenheit sind die entscheidenden Aspekte ihrer Selbstbehauptung. Ist die Unabhängigkeit gesichert, wird die Schweiz wieder mit Überzeugung und sogar mit Eifer international. Wird ihr die Unabhängigkeit bestritten, beharrt sie stur auf ihren nationalen Forderungen.

Es gibt keinen Widerspruch zwischen der nationalen und der internationalen Schweiz. Aber man muss wissen, dass die Schweiz nur



«Eigenständigkeit und Weltverbundenheit.»

aus einer gesicherten nationalen Stellung heraus bereit ist, ihre Internationalität auszuüben. Die beiden Haltungen gehören zusammen, aber die eine geht der anderen um eine bedeutsame Nuance voraus. Dass im Moment jene politischen Kräfte in der Schweiz Auftrieb haben, die sich stärker für das Nationale, für Unabhängigkeit und Selbstbestimmung einsetzen, hat damit zu tun, dass das bewährte Gleichgewicht zwischen national und international gestört ist. Die offizielle politische Schweiz forciert das Internationale auf Kosten des Nationalen. Dagegen regt sich Widerstand. Zu Recht.



Eigentlich ist die Schweiz ein politisches Gesamtkunstwerk der Ausgewogenheit und der Balance. Alles Extreme und Übertriebene widerstrebt ihr. Natürlich gab es immer auch Gegenentwicklungen, Anflüge von Grössenwahn, Irrläufe, politische Halluzinationen, aber am Ende fand man sich immer wieder in der jeweils goldenen Mitte des Ausgleichs und des Kompromisses. Der Schweizer Staat ist für die Bürger und nicht für die Politiker gebaut worden. Im Zentrum steht der werktätige Mensch, der für sich selber sorgen muss. Das Faszinierendste an der Schweiz ist der stocknüchterne Wirklichkeitssinn, den ihre Konstrukteure über die Jahrhunderte hinweg bewiesen haben.

Keine Frage: Am Ende wird der Bundesrat scheitern mit seinen Versuchen, das auf seiner Selbstbestimmung und Unabhängigkeit beharrende Land gewaltsam einzufügen in eine internationale Ordnung, in der das Nationale unter die Räder kommt. Die würdelosen Manöver, mit denen in Bern derzeit heimlich versucht wird, in der Europafrage vollendete Tatsachen zu schaffen, können nicht gelingen, weil sie dem Wesen und der Identität der Schweiz zuwiderlaufen. Die Frage ist, wie hoch die Kosten ausfallen, die zur Behebung dieser politischen Fehler nötig werden.

Die Schweiz ist gleichzeitig das nationalste und das internationalste Land der Welt, aber ihre Internationalität setzt eine unbestrittene nationale Stellung voraus. Es ist verblüffend, dass gerade die angeblich klügsten und sich am weltoffensten wahnenden Schweizer diesen Urzusammenhang zwischen Unabhängigkeit und Weltoffenheit, zwischen national und international nicht sehen können, nicht sehen wollen. Sie lassen sich blenden vom mittlerweile nur noch intellektuellen Glanz einer «supranationalen» Europäischen Union, die sich als geistige und moralische Überwindung des Nationalen feiert.

Auch wenn die Fanfaren inzwischen noch so scheppern: Vor allem die Deutschschweizer Intellektuellen stehen nach wie vor auf Kriegsfuss mit dem Nationalstaat. In deutschen Büchern über den Zweiten Weltkrieg haben sie gelesen, dass der deutsche Nationalstaat den Nationalismus, den Nationalsozialismus und schliesslich einen Hitler hervorbrachte. Ihr ganzes Unbehagen an der Schweiz speist sich aus der einfältigen Verallgemeinerung dieser deutschen Erfahrungen auf ihre Heimat.

Dabei ist gerade die Schweiz, ähnlich wie Grossbritannien, ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie sich nationale Eigenständigkeit und internationale Weltverbundenheit ergänzen und befruchten. Die Schweizer Elite in Politik, Medien und Gesellschaft steht im Bann des Internationalen. Die Einseitigkeit wird jetzt allmählich korrigiert. Die Schweiz kehrt zu sich selbst zurück – als das gleichzeitig nationalste und internationalste Land der Welt.



Heimlicher Säulenheiliger: Peter Bichsel. Seite 66



Rebellennest Wallis: Seite 38



Virtuoser Tabubrecher: Jeremy Clarkson. Seite 56



«Rote Villa»: Maja Häberli. Seite 40

Kommentare & Analysen

- 9 Editorial
- 15 Kommentar Sozialhilfe abschaffen
- 15 Im Auge Florence Arthaud, Hochseeseglerin
- 16 Homosexualität Jeder ein Rassist
- 16 EU Zu viel Geduld
- 17 Energiewende Fehler in der Rechnung
- 17 Sprache Gebeugte Autoren
- 18 Personenkontrolle Monnard, Legrix, Fehr, Rühl, Projer, Sadis, EWS, Janom Steiner, Ambrosetti, Lehmann, Loosli, Meierhans, Varoufakis, Noonan, Levrat, Müller
- 19 Nachruf 1 Terry Pratchett (1948–2015)
- 19 Nachruf 2 Walter Burkert (1931–2015)
- 22 Jeton G. und der alltägliche Sozialwahnsinn
Der Fall des mutmasslichen Mörders Jeton G.
- 26 Die Deutschen Wahl und Wohl
- 26 Wirtschaft Nicht so intelligentes Design
- 27 Ausland Neo-osmanische Gefühle
- 28 Mörgeli Geschichte – modern und faktenfrei
- 28 Bodenmann Das zweite Wunder von Bern
- 29 Medien Romantiker und Pragmatiker
- 29 Gesellschaft Der Spurenleger
- 30 Leserbriefe
- 31 Darf man das?

Hintergrund

- 32 Vorauselender Gehorsam
Die Schweiz als EU im Kleinformat
- 35 Didier Burkhalter In der Rolle des Friedensstifters
- 36 Verbittert in der Idylle
Wie der Unternehmer Fasnacht die Welt verbessern wollte
- 38 In Grund und Boden gestampft
Alle gegen die Walliser bei der Zweitwohnungsinitiative
- 40 Mutter Courage
Das erstaunliche Leben der Bordellbetreiberin Maja Häberli
- 43 Syrien Hilfe vor Ort ist gerechter
- 44 Das Fernsehen ist so frei
Die Gäste in den SRG-Programmen verhöhnen das Volk
- 46 Die Kette des Versagens
Mordfall Adeline M. (Teil 4 und Schluss)
- 48 «Du kannst dort Riesendinger bauen»
Die Grossprojekte des Schweizer Architekten Damian Donzé
- 51 Daniel Jositsch Die Rassismus-Keule
- 52 Stratege – Krieger-Ass – Spion
General Qassem Soleimani, Mann des Iran für Spezialeinsätze
- 54 Die Motive der Signora Boccassini
Die Staatsanwältin und der Freispruch von Silvio Berlusconi
- 56 Anarchist der guten Laune
Suspendierung des BBC-Kultmoderators Jeremy Clarkson

Europa macht es der Schweiz nach.



E Swiss
Netto
Bonus mit Währungsvorteil
und Frühlingsprämie
von Fr. 6'030.-*

Der neue Passat. Car of the Year 2015.

Bereits für Fr. 27'270.-*

58 Experten, 22 Länder, ein Gewinner: Europas Automobilexperten küren den neuen Passat zum Car of the Year 2015. Dies, nachdem er bereits von einer hiesigen Fachjury zum Schweizer Auto des Jahres auserwählt wurde. Einige Gründe entdecken Sie auf den ersten Blick – die unzähligen anderen am besten bei einer Probefahrt.



Das Auto.

*Berechnungsbeispiel: Passat Limousine 1.4 TSI BMT, 125 PS, 6-Gang manuell, Energieverbrauch: 5.3 l/100 km, CO₂-Emission: 123 g/km (Durchschnitt aller verkauften Neuwagen: 144 g/km), Energieeffizienz-Kategorie: C. Regulärer Preis: Fr. 33'300.-, abzüglich Frühlingsprämie Fr. 3'000.-, abzüglich "SNB" Fr. 3'030.-, tatsächlich zu bezahlender Preis: Fr. 27'270.-. Laufzeit der Aktion "Swiss Netto Bonus" und Frühlingsprämie: vom 2.3. bis 31.3.2015. Abgebildetes Modell Passat Variant Highline 2.0 TDI BMT, 150 PS, 6-Gang manuell inkl. Mehrausstattung (R-Line Exterieur, Metallic-Lackierung, LED-Scheinwerfer, 19" Leichtmetallräder, Panoramadach): Fr. 45'288.-. *10% Reduktion auf den unverbindlich empfohlenen Brutto-Verkaufspreis inkl. Optionen, abzüglich Frühlingsprämie. Kumulierbar mit der Garantieverlängerung und dem Vorzugsleasing. Erhältlich nur bei offiziellen Volkswagen Partnern. Preisänderungen vorbehalten.



«Es bestehen Ungleichgewichte»: Zurich-Chef Senn. Seite 58

Interview

58 «Botschaft, die niemand hören will»

Martin Senn, der Konzernchef der Zurich-Versicherung, über Negativzinsen, Bersets Reformpaket und die Demontage des Wirtschaftsstandorts Schweiz

Stil & Kultur

62 Stil & Kultur Schöner Wohnen

66 Die Schweiz retten

Mit Martin Suter und Lukas Hartmann wird die Schweiz zum Romanstoff

66 Bestseller

66 Gut zureden

In diesen Tagen wird Peter Bichsel achtzig. Was sind seine Verdienste?

67 Jazz Red Garland Trio with Philly Joe Jones and Leroy Vinnegar

68 Top 10

68 Kino «Difret – Das Mädchen Hirut»

69 Radio-Kritik «Kontext»

70 Namen Prada-Jacke für den Hundespaziergang

71 Hochzeit Abbey Johnson und Steve Reno

71 Thiel Spielgeld

72 Wein La Rioja Alta Gran Reserva 904 2004.

72 Zu Tisch Benoît Violier, Crissier

73 Auto Porsche Boxster GTS

74 MvH trifft Peter Maffay, Musikstar

Autoren in dieser Ausgabe

Daniel Jositsch



Der SP-Nationalrat und Strafrechtsprofessor ist für seine hohe Akzeptanz über die Parteigrenzen hinweg bekannt. Er kritisiert den Einsatz der «Rassismus-Keule». Oft gehe es dabei nicht um die juristische Verurteilung – sondern um die Diffamierung des politischen Gegners. Seite 51

Max Wey



Als langjähriger Chefkorrektor der *Weltwoche* verkörpert er das orthografische Gewissen ganzer Generationen von Journalisten. In seinem Kommentar ärgert sich Max Wey darüber, dass es in den Medien offenbar nach wie vor nicht möglich ist, Fremdwörter korrekt zu deklinieren. Seite 17

Zum Blättern bitte streicheln.

Mit der sanften Blättertechnik vermittelt das neue E-Paper noch mehr Lesevergnügen.



Neu!

Available on the App Store ANDROID APP ON Google play

DIE WELTWOCH

Entlang Dalmatiens Sonnenküste mit MV Paradis ☀️☀️☀️+



Es het solangs het
Rabatt*
bis Fr. 400.-
*Abhängig von Auslastung,
Saison, Wechselkurs

Zadar–Split–Insel Hvar–Korčula–Dubrovnik

8 Tage ab Fr. 1290.-

Rabatt von Fr. 400.- abgezogen, HD hinten, (ohne Flug)
inkl. alle 9 Ausflüge im Wert von Fr. 300.-

- Rauschende Wasserfälle
- Mit Insel Hvar
- Historische Städte

Tag	Destination	Programm/Ausflug
1	Schweiz–Zagreb–Zadar	Flug mit Croatia Airlines nach Zagreb. Bustransfer nach Zadar mit Ausflug zu den Plitvicer Seen. Einschiffung, Willkommenscocktail und Abendessen.
2	Zadar	Busausflug zum Zrnanja Canyon inkl. Fahrt in Ausflugsbooten und Mittagessen. Rundgang durch Zadar. Individuelles Abendessen.
3	Zadar–Skradin–Šibenik	«Leinen los!» Fahrt entlang der Kornati Inseln. Besuch der Wasserfälle von Krka. In Ausflugsbooten zum «Skradinski Buk». Geführter Rundgang durch die einmalige Fjordwelt. Weiterfahrt und individuelles Abendessen in Šibenik.
4	Šibenik–Split–Omiš	Nach dem Frühstück Stadtrundgang in Split. Weiterfahrt nach Omiš und individuelles Abendessen.
5	Omiš–Hvar/Stari Grad	Fahrt mit Ausflugsbooten auf dem Cetina-Fluss zu «Radmanove Mlinice». Schifffahrt zur Insel Hvar. Am Nachmittag Rundgang* durch die Altstadt. Individuelles Abendessen.
6	Korčula	Bis zur Abfahrt am Mittag freie Zeit in Stari Grad. Fahrt zur Insel Korčula. Abendessen an Bord oder individuell in Korčula.
7	Korčula–Dubrovnik	Nachmittags Rundgang durch die Altstadt von Dubrovnik (UNESCO-Weltkulturerbe).
8	Dubrovnik–Schweiz	Ausschiffung und Transfer zum Flughafen, Rückflug nach Zürich.

Dubrovnik–Zadar Gleiche Reise in umgekehrter Reihenfolge.

Alle Ausflüge im Preis inbegriffen | Programmänderungen vorbehalten | Partnerfirma: Obrt za Usluge (Ivan)



MV Paradis****

Unser neuestes Schiff (Baujahr 2014) bietet Platz für 38 Gäste. Kabinen mit zwei Einzel- oder einem Doppelbett mit separaten Matratzen, Dusche/WC, Safe, Föhn, TV und Klimaanlage. Auf Ober-/Promenadendeck mit Fenstern zum Öffnen. Hauptdeck mit je drei nicht zu öffnenden Bullaugen und regulierbarer Frischluftzufuhr. Gutbürgerliche Speisen mit frischen lokalen Produkten. Grosses Sonnendeck und vor dem Salon überdachte Sitzgelegenheiten. Gratis WLAN. **Nichtraucherschiff** (Rauchen im gekennzeichneten Aussenbereich erlaubt).

Abreisdaten 2015 Es het solangs het Rabatt

Zadar–Dubrovnik

26.04.	200	07.06.	200	30.08.	200	11.10.	400
10.05.	200	21.06.	200	13.09.	200		
24.05.	200	16.08.	200	27.09.	200		

Dubrovnik–Zadar

03.05.	200	14.06.	200	06.09.	200
17.05.	200	28.06.*	200	20.09.	200
31.05.	200	23.08.	200	04.10.	300

*Badekreuzfahrt Dubrovnik–Split 7 Tage ab Fr. 990.-

Preise pro Person in Fr. (vor Rabattabzug)

2-Bettkabine Hauptdeck hinten	1790
2-Bettkabine Hauptdeck	1990
2-Bettkabine Oberdeck	2090
Zuschlag zur Alleinbenutzung Hauptdeck	890
Zuschlag zur Alleinbenutzung Oberdeck	990
Flug inkl. Taxen und Gebühren	490

Inklusive Fahrt, Mahlzeiten gem. Programm, Ausflüge, Gebühren. Weitere Details unter www.thurgautravel.ch

Insel- und Flusslandschaften Dalmatiens mit MV Thurgau Dalmatia****

8 Tage ab Fr. 1290.- Rabatt von Fr. 400.- abgezogen

Zadar–Dubrovnik

29.04.	27.05.*	24.06.*	22.07.	19.08.	16.09.
13.05.*	10.06.*	08.07.	05.08.	02.09.	14.10.

Dubrovnik–Zadar

06.05.*	03.06.*	01.07.	29.07.	26.08.	23.09.*
20.05.	17.06.*	15.07.	12.08.	09.09.	07.10.

*nur noch wenige Kabinen verfügbar

Online navigieren
www.thurgautravel.ch

Verlangen Sie Frau Anica
Gratis-Nr. 0800 626 550



Thurgau Travel

Aussergewöhnliche Reisen zu moderaten Preisen

Rathausstrasse 5, 8570 Weinfelden,
Tel. 071 626 55 00, info@thurgautravel.ch

Mehr Auto fürs Geld
www.kia.ch

Liebe auf den ersten, zweiten und 1000sten Blick.



3,9%-Leasing

Swiss Eco Edition
Kia Sportage
inkl. **€uro-Paket** von CHF
6'500.-*
Mehrausstattung
gegenüber Modell Trend

Mehrausstattung Swiss Eco Edition:
7" Navigationssystem mit Rückfahrkamera,
Shark-Antenne, Privacy-Verglasung,
LED-Rückleuchten, Sitzbezüge Leder (Urban
Sports Pack), 4 Leichtmetall-Winterräder 16",
Bodenteppiche, Sonnen-/Eisschutz für
Windschutzscheibe (Abdeckung),
Safety Bag, Schlauchi,
Swiss Eco Edition Badge.

HVS Zürich



The Power to Surprise

Der Kia Sportage hat viele Eigenschaften, die auf sich aufmerksam machen. So die dynamische Linie im unverwechselbaren, preisgekrönten Design. Oder die einzigartigen LED-Scheinwerfer, das 7" Navigationssystem mit Rückfahrkamera oder die Stopp-Start-Automatik. Trau Deinen Augen!

Kia Sportage 1.6 L GDi 135 PS ab CHF 29'950.- (inkl. Mehrausstattung von CHF 6'500.-)



Abgebildetes Modell: Kia Sportage 1.6 L GDi man. Swiss Eco Edition CHF 29'950.-, 6,4 l/100 km, 149 g CO₂/km, Energieeffizienzklasse E, Kia Sportage 1.7 L CRDi man. Swiss Eco Edition CHF 32'950.-, 5,2 l/100 km, 135 g CO₂/km, Energieeffizienzklasse C, Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagen: 144 g CO₂/km (unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt.).

* Die Aktion ist gültig auf gekennzeichnete Fahrzeuge bis 30.04.2015 oder solange Vorrat.

3,9%-Leasing: Rechnungsbeispiel Sportage 1.6 L GDi Swiss Eco Edition, Listenpreis CHF 29'950.-, Leasingrate CHF 347,25, Leasingzins 3,9%, eff. Leasingzins 3,97%, Laufzeit 48 Monate, 10'000 km/Jahr, Sonderzahlung 15% (nicht obligatorisch), Kautions 5% vom Finanzierungsbetrag (mind. CHF 1'000.-), obligatorische Vollkasko nicht inbegriffen. Leasingpartner ist die MultiLease AG. Eine Leasingvergabe wird nicht gewährt, wenn sie zur Überschuldung der Konsumentin oder des Konsumenten führt.



Sozialhilfe abschaffen

Von Philipp Gut — Der Fürsorgestaat bringt die meisten Probleme, die er lösen will, selber hervor. Das System ist nicht reformierbar. Man sollte es auflösen.



Leistungen werden auf dem Silbertablett serviert.

Ein gebürtiger Kosovo-Albaner, heute 31, wird eingebürgert, obwohl er bereits als Jugendlicher ein sogenannter Intensivtäter war. Er bricht die Lehre ab und lebt seither samt seiner wachsenden Familie auf Staatskosten. Er fährt einen Jaguar, verweigert sich jeder ordentlichen Arbeit, ist auch sonst renitent. Aus krimineller Tätigkeit erzielt er illegale Einkünfte, was den Behörden bekannt ist. Folgen indes hat das alles kaum. Die Sozialleistungen fließen weiter.

Diese Beschreibung ist keine Fiktion eines bösartigen rechtsgerichteten Satirikers. Sie ist Realität. Im Fall des Papier-Schweizers Jeton G., der verdächtigt wird, einen Rivalen aus der Kampfsportszene in Zürich auf offener Strasse erschossen zu haben, spiegeln sich die Probleme des Fürsorgestaats wie in einem Brennspeigel. Man reibt sich die Augen und fragt sich: Wie ist das nur möglich?

Im Zuge unserer Recherchen sind wir zur ernüchternden Einsicht gelangt, dass der zufällig ans Licht der Öffentlichkeit gelangte Fall ein Beispiel unter vielen ist (siehe Artikel Seite 22). Er illustriert, auf welcher abschüssigen Bahn das Fürsorgewesen geraten ist.

Einst als vorübergehende Hilfe für wirklich Bedürftige geschaffen, hat sich die Sozialhilfe längst zu einer eigenen Lebensform entwickelt, die sich selber reproduziert. Der Staat

offeriert ein Angebot, auf das ein Rechtsanspruch besteht. Es steht jedem offen, der es nützen will. Der Schweizer hat über Jahrzehnte in der Regel nur dann auf die Fürsorge zurückgegriffen, wenn er in echte Notlage geriet. Und auch dann nur vorübergehend. Man schämte sich, auf Kosten der arbeitssamen Nachbarn und Mitbürger zu leben, von denen man viele noch persönlich kannte.

Niemand schaut genau hin

Heute ist das ganz anders. Gegen drei Viertel der Fürsorgebezüger haben einen sogenannten Migrationshintergrund. Einem zugereisten Eritreer, Türken oder Montenegriner kommt es nicht im Traum in den Sinn, sich für die Inanspruchnahme von Leistungen zu genieren, die man ihm auf dem Silbertablett serviert. Und falls doch jemand zu stolz dafür sein sollte, so steht garantiert ein Schweizer Sozialarbeiter oder Anwalt bereit, der ihm einbläut, er solle doch unbedingt seine Rechte wahrnehmen.

Hinzu kommt die wachsende Anonymität in Städten und Agglomeration, wo die meisten Sozialhilfeempfänger leben. Niemand hat den Überblick, niemand schaut genau hin. Den Rest erledigen die Akteure selber: die Sozialarbeiter, die Verwaltung, die Gerichte, die Politiker. Die Mechanik des Systems ist

»» Fortsetzung auf Seite 16

Ewige Meerjungfrau



Florence Arthaud, Hochseeseglerin.

Es erscheint wie die makabre Fügung ihres dramatischen Lebens und Sterbens, dass Florence Arthaud, die mit 57 Jahren bei einem Helikopter-Crash in Argentinien starb, nun eine Art Auferstehung feiert. Denn fast gleichzeitig mit den Totenfeiern erscheinen ihre Memoiren (bereits die zweiten). Die Trauer als ultimatives Marketing. Die Abenteurerin mit der ungezügelten roten Lockenmähne hatte 1990 als erste und einzige Frau die Route du Rhum gewonnen, die Transatlantik-Regatta für Alleinsegler von Saint-Malo nach Pointe-à-Pitre. Auf hoher See traf sie ein schlingernder Mast am Kopf, sie verlor immer wieder die Besinnung, der Funkkontakt brach ab, der Autopilot fiel aus. So wurde sie zur Jeanne d'Arc der Ozeane, zur «petite fiancée de l'Atlantique». Todesgefahr und Einsamkeit hatte sie schon als junges Mädchen erlebt, nach einem Autounfall lag sie tagelang im Koma und kam erst nach zwei Jahren wieder auf die Beine. Als Kind einer grossbürgerlichen Verlegerfamilie sollte sie Medizin studieren. Aber dann begegnete sie den leibhaftigen kühnen Seglern, die Jahrhunderte nach den Entdeckern wieder die Weltmeere erkundeten, diesmal auf der Jagd nach Rekorden, und deren Geschichten ihr Vater druckte und die manchmal verschollen blieben. Sie verfiel der Romanze des Meeres. Vor vier Jahren ging Florence Arthaud selber vor Cap Corse über Bord, «und ich sah mein Boot davonschwimmen, mit meiner Katze». Über das Handy konnte sie ihre Mutter benachrichtigen, nach zwei Stunden wurde sie aus den eisigen Fluten gezogen. Gefährdet war sie nicht auf den Wellen, aber auf dem schwankenden Festland. Als sie als Mutter einer Teenagertochter bekannte, sie vertrage wie jeder Matrose vier Liter Rotwein, blieben die Sponsoren weg. Sie brauchte Geld und heuerte bei der Reality-Show «Dropped» des Senders TF 1 an. Die in der Wildnis ausgesetzten Promi-Teilnehmer sollten im Wettlauf den Weg zurück in die Zivilisation finden. Auf dem Transport zum Start kollidierten zwei Helikopter, zehn Menschen starben. Das Element Luft und ein virtuelles TV-Überlebensexperiment wurden der ewigen Meerjungfrau Florence Arthaud zum tragischen Verhängnis. Peter Hartmann

grundlegend falsch eingestellt. Die Leistungen sind derart hoch, dass es sich für viele gar nicht lohnt, zu arbeiten. Eine vierköpfige Familie erhält im Schnitt staatliche Zuwendungen, die einem Einkommen von 70 000 bis 80 000 Franken entsprechen, steuerfrei.

Dann die Umsetzung. Es ist ein offenes Geheimnis, dass eine wirksame Überwachung und Kontrolle gerade der ausländischen Sozialrentner kaum stattfindet. Wer beispielsweise auf dem Balkan ein Haus besitzt oder über legale oder illegale Einnahmequellen verfügt, müsste das theoretisch angeben, und die Leistungen würden entsprechend reduziert. Das geschieht aber höchst selten. Darauf angesprochen, verwerfen Behördenvertreter und Sozialdetektive bloss die Hände. *Mission impossible*.

Und wenn dennoch ein beherzter Sozialarbeiter oder Exekutivpolitiker durchgreift und Leistungen kürzen oder streichen will, kann er sicher sein, dass die Betroffenen alle möglichen juristischen Mittel anwenden, um keines ihrer Privilegien preisgeben zu müssen. Die verschiedenen Rekursinstanzen schlagen sich erfahrungsgemäss lieber auf die Seite derer, die selbstbewusst auf ihre weitreichenden Ansprüche pochen, als auf die Seite jener, die den Sozialstaat mit ihrer Arbeit und ihren Steuern finanzieren.

Die Politik schliesslich geht offenbar vielfach noch vom veralteten Bild aus, es gebe hierzulande noch bittere Armut. Doch die grosse Masse der Sozialhilfeempfänger befindet sich heute nicht in einer existenziellen Notlage, Auto, Flachbildschirm, Auslandferien sind weitverbreitet. Die Sozialhilfe funktioniert vielmehr wie ein Magnet, der eine bestimmte Kundschaft anzieht und sie nicht mehr lässt. Es sind Familien bekannt, in denen bereits die dritte Generation vom Staat lebt.

Mit ein paar Schraubendrehungen ist dieses kranke System nicht reformierbar. Wer nicht will, dass es sich weiter ausbreitet und dass auf Dauer eine neue Klasse von Sozialrentnern herangezüchtet wird, der sollte ernsthaft über eine Abschaffung der Sozialhilfe in heutiger Form nachdenken.

Man könnte etwa den Kreis der Empfänger einschränken auf Personen, die mindestens dreissig Jahre hier gelebt und gearbeitet haben. Oder man könnte eine degressive Fürsorge einführen, bei der die Leistungen mit jedem Jahr zurückgehen. Vielleicht aber wäre es noch besser, die Sozialhilfe gleich ganz zu streichen. Verhungern muss in der Schweiz niemand. Und bei Notfällen könnten sich immer noch die vielen karitativen und gemeinnützigen Organisationen profilieren, auch die Kirchen. Der Staat müsste sich dann nicht mehr als Ernährer aufspielen und könnte die Bürger, die er teilweise bereits auf Generationen hinaus von sich abhängig gemacht hat, in die Freiheit und Selbstverantwortung entlassen.

Homosexualität

Jeder ein Rassist

Von Florian Schwab — Elton John vs. Dolce & Gabbana. Politische Korrektheit für Fortgeschrittene.

Die neue Kollektion von Dolce & Gabbana ist eine Hommage an die italienische Familie: die *nonna* mit dem Rosenkranz in der Hand, die *mamma* mit dem barfüssigen Kind auf dem Arm. Der Vater etwas leger, der Grossvater würdevoll. Ihr Familienbekenntnis hat den beiden Stardesignern Domenico Dolce und Stefano Gabbana, die bekanntlich homosexuell sind, eine internationale Welle der Empörung eingetragen.

«Was erlauben die sich eigentlich?», wetteuerte der ebenfalls schwule britische Musiker Elton John. (Er selbst hat sich mit Hilfe der Medizin ein Kind aus dem eigenen Erbgut und jenem seines Partners zusammensetzen lassen). Im Internet geisterten Boykottaufrufe, US-Sängerin Courtney Love will «all ihre D-&G-Stücke verbrennen», ihr Berufskollege Ricky Martin spricht von «Hass» und «Aufwachen, wir leben im Jahr 2015».

Die hysterischen Reaktionen entzündeten sich weniger an der konkreten Umsetzung der Botschaft (z. B. T-Shirts aus Seide mit der



Sakrileg: Poplegende Elton John (r.).

Aufschrift «Ti porto nel cuore») als an einem Interview, das der aus Sizilien stammende Domenico Dolce der Zeitschrift *Panorama* gegeben hat. «Die Familie? Das ist kein vorübergehender Modetrend; es gibt natürliche, unabänderliche Dinge.» Er spricht sich gegen Methoden aus, mit denen sich Homosexuelle ihren Kinderwunsch erfüllen können («synthetische»), und «Kinder der Chemie».

Die Liebesbekundung an die zeitlose Romantik der italienischen Familie aus Frau, Mann und Kind ist heutzutage offenbar eine Art Sakrileg. Passend dazu möchte der Nationalrat abweichende sexuelle Präferenzen unter den Schutz der Antirassismus-Strafnorm stellen. Die einzige Minderheit, die wohl weiterhin ungestraft diffamiert werden darf, ist der weisse Hetero-Mann im Anzug von Dolce & Gabbana.

EU

Zu viel Geduld

Von Beat Gygi — Griechenland ist reif für den Austritt aus der Währungsunion.

Muss Deutschland zahlen? Mit dieser Frage hat in der deutschen und europäischen Politik die Debatte über Griechenlands Rolle in der Währungsunion eine neue Stufe erreicht. Die griechische Regierung fordert von Deutschland Zahlungen in Milliardenhöhe, dies mehr oder weniger als Gegenleistung für das, was Deutschland Griechenland im Zweiten Weltkrieg weggenommen habe. Damit bringen die Griechen im langwierigen Spiel gegen den wohlhabenden Teil der EU nun auch Ereignisse aus dunkler Vergangenheit aufs Tapet, um die Umverteilung innerhalb der EU möglichst weit zu treiben.

Interner Zwist

Ganz neu ist die Forderung nicht, sie dient seit längerem als flankierende Massnahme in der griechischen Strategie gegen die Wiederherstellung der früheren Ordnung in der Währungsunion. Da vor allem deutsche Politiker und vor allem Bürger auf die Stärkung früherer Stabilitätsregeln pochen, war Griechenland schon bisher ein Stück weit auch ein innenpolitisches Thema in Deutschland. Nun verschärft sich die innere Debatte aber schlagartig, da linke und grüne deutsche Politiker erstmals öffentlich auf eine Entschädigung Griechenlands drängen. Dem Euro-Empfängerland gelingt es offensichtlich, im Euro-Geberland internen Zwist zu erzeugen.

Dies muss für die deutsche Regierung nach langer Geduld der Zeitpunkt sein, wirklich energischer auf eine Klärung der Verhältnisse in der Euro-Zone, also auf einen Austritt Griechenlands aus der Währungsunion, hinzuarbeiten. Für das Problemland besteht keine Aussicht, dass es im Euro-Verbund wieder genesen kann, dafür ist seine Arbeits- und Lebensweise zu teuer geworden. Geldtransfers nützen auch nichts, da sie unproduktiv versickern. Wenn Griechenland dagegen den Euro abgibt und mit eigener Währung zu wirtschaften beginnt, kann es Kunden aus anderen Ländern wieder günstigere Leistungen und Produkte anbieten, der Tourismus etwa wird beste Arbeitsbedingungen erhalten. Die Importe allerdings werden teurer und die Euro-Schulden schwerer, aber etliche geflohene Investoren dürften zurückkehren. Ein Austritt Griechenlands aus der Währungsunion wäre schmerzhaft, aber er könnte zeigen, welche wichtige Funktion Wechselkurse haben, wenn ganz unterschiedliche Länder und Kulturen einen friedlichen Austausch miteinander pflegen wollen.

Fehler in der Rechnung

Von Markus Schär — Der Bundesrat will Strom, Gas und Öl weiter verteuern, um das Volk zum Sparen zu zwingen. Das geht nur, indem die Politik Denkverbote durchsetzt.

Frage an die Finanzministerin, die den Verbrauch von Energie mit höheren Preisen lenken will: Es ist marktwirtschaftlich korrekt, externe Kosten – zum Beispiel von Luftverschmutzung oder Klimaerwärmung – mit Lenkungsabgaben zu internalisieren, also auf die Preise draufzuschlagen. Dafür müssen sich diese Kosten aber beziffern lassen – was, wenn es dazu global keinerlei Konsens gibt, wie bei den Auswirkungen des Klimawandels? Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf drückt sich um eine Antwort. «Wir haben den Atomausstieg beschlossen», dekretiert sie; also müssten wir «etwas machen», um den fehlenden Strom zu erzeugen oder einzusparen. Damit provoziert sie allerdings die nächste Frage: Wer, bitte, hat was beschlossen? Konnte sich das Volk, seit der Bundesrat vor vier Jahren das Parlament zur Energiewende prügelte, je dazu äussern?

Für die Schweiz kein Problem

Die Schweiz erzeugt bisher ihren Strom, mit 55 Prozent Wasserkraft und 40 Prozent Atomkraft, als einziges Land der Welt, ohne das Klima zu belasten. Dagegen kann die Atomkraft erhebliche externe Kosten verursachen; aber sie lassen sich nicht berechnen, also auch nicht internalisieren. In einer Demokratie muss deshalb das Volk den politischen Entscheid fällen, ob es das Restrisiko tragen will. Dazu zeigte es sich in den letzten fünfzig Jahren immer bereit – darum wollen es Regierung und Parlament nicht nochmals abstimmen lassen.

Die Wende linksumkehrt legten CVP und BDP im Frühling 2011 aus politischen Gründen hin. Bei der BDP kamen ökonomische dazu, weil ihre Berner Vertreter die Verantwortung für das kaum mehr sanierbare AKW Mühleberg tragen. Die Mitteparteien gaukelten ihren roten und grünen Verbündeten vor, sie wollten aus der Atomkraft aussteigen – dabei maximieren sie einfach den Mittelfluss aus den problemlos laufenden Werken. Als Preis für diese Heuchelei müssen sie den Subventionsjägern von SP, GP und GLP Milliarden für ihre Solaranlagen, Windräder und Kleinwasserkraftwerke zuhalten.

Aber selbst im unwahrscheinlichen Fall, dass die Atomausstieger ihr Denkverbot durchsetzen könnten, hätte die Schweiz kein Problem. Einerseits liesse sich der fehlende Strom aus dem befreundeten Ausland einführen: Vor allem Deutschland erzeugt aufgrund seiner eine halbe Billion Euro teuren Energiewende an den wenigen heissen oder windigen Tagen so viel



«Wir haben den Atomausstieg beschlossen.»

Strom, dass es verzweifelt Abnehmer sucht. Andererseits liessen sich allfällige Lücken mit Gaskombikraftwerken schliessen – entwickelt von Schweizer Cleantech-Unternehmen, die seit mehr als hundert Jahren Weltspitze sind.

Die Milliardensubventionen für ökonomisch nutzlose und ökologisch fragwürdige Anlagen kann die Politik deshalb nur mit einem weiteren Denkverbot rechtfertigen: Die Schweiz darf nicht mehr CO₂ ausstossen. Deshalb muss sie Strom, Öl und Gas künstlich noch mehr verteuern. Und deshalb muss sie bei der Klimakonferenz in Paris versprechen, ihren CO₂-Ausstoss so stark zurückzufahren wie kaum jemand sonst – obwohl sogar Bundesrätin Doris Leuthard einräumt, unser Land stehe so gut da, dass das Sparen immer schwieriger und teurer wird.

Zurück deshalb zur Frage: Wie hoch sind denn die externen Kosten, die der Bundesrat mit Lenkungsabgaben internalisieren will? Die Finanzministerin kann die Frage nicht beantworten – weil niemand es kann. Auch der Weltklimarat (IPCC) weiss keine Antwort: In seinem aktuellen Bericht räumt er ein, eine moderate Klimaerwärmung könne sich sogar günstig auswirken. Die Rechnung des Bundesrates geht also nicht auf. Das muss er spätestens erkennen, wenn das Volk endlich abstimmen kann.

Gebeugte Autoren

Von Max Wey — Wie man Fremdwörter richtig dekliniert.

Gute Autoren, die sich nicht verbiegen, gibt es nicht wie Sand am Meer. Man soll sie pfleglich behandeln, sich ruhig mal vor ihnen verbeugen, aber eines sollte man vor allem tun: sie richtig beugen. Heerscharen von Sprachpflegern haben schon darauf hingewiesen. Und? Hat's was genützt? Nö. Sätze wie die folgenden lassen einen noch immer zusammenzucken: «[...] mit dem fabelhaften amerikanischen Dramatiker, Drehbuchautoren und Regisseur Preston Sturges» (*Tages-Anzeiger*). «[...] ein Gespräch zwischen dem musikalischen Leiter Andreas Felber, dem Komponisten Carl Rütli und dem Autoren Andreas Iten [...]» (*Neue Luzerner Zeitung*). «[...] die Bestseller des Autoren Ronald Reng [...]» (*NZZ*).

Wieso ist der Dativ «dem Autoren» falsch? Es gibt Regeln. Dichter haben ihre eigenen, deshalb deklinierte Christian Morgenstern: der Werwolf, des Weswolfs, dem Wemwolf, den Wenwolf. Die Regel für den «Autor» geht so: Fremdwörter auf-*or* gehören, wenn die Grundform auf der vorletzten Silbe betont wird, zur gemischten Deklination. Also: «der Autor, des Autors, die Autoren». Heisst es «des Autors», können Dativ und Akkusativ nicht «dem Autoren, den Autoren» lauten, sondern nur «dem Autor, den Autor». Weitere Beispiele, die gleich flektiert werden: Aggressor, Direktor, Juror, Lektor, Traktor. Das Wort «Tenor» zum Beispiel ist endbetont, das heisst, der Genitiv lautet «des Tenors», der Plural aber «die Tenöre». Es gibt Wörter, die einem anderen Deklinationsmuster folgen, wie «Nachbar» oder «Bauer»; weil im Genitiv sowohl die Formen «des Nachbars» als auch «des Nachbarn» richtig sind, können Dativ und Akkusativ «Nachbar» oder «Nachbarn» lauten. Zusammensetzungen wie «Autorenlesung» oder «Autorenkino» widersprechen dieser Regel nicht, handelt es sich hier doch nicht um den Genitiv, sondern um ein Fugen-n.

Also, liebe Autorinnen und Autoren, reisst euch zusammen, nehmt Vernunft an, noch ist es Zeit, das Steuer herumzureissen. Es ist nämlich so: Schreibt ihr weiter hemmungslos «des Autoren, dem Autoren», wird es nicht mehr lange gehen, und dies gilt als richtig. Dafür gibt es genügend Beispiele. Dann sind wir wieder so weit wie 1888, als ein gewisser Dr. Konrad Duden sein «Vollständiges Orthographisches Wörterbuch der deutschen Sprache» herausgab und unter dem Stichwort «Autor» sowohl den Genitiv «des Autors» als auch «des Autoren» aufführte. Wollt ihr das?

Max Wey war lange Chefkorrektor der *Weltwoche*.

Personenkontrolle

Monnard, Legrix, Fehr, Rühl, Projer, Sadis, EWS, Janom Steiner, Ambrosetti, Lehmann, Loosli, Meierhans, Varoufakis, Noonan, Schäuble, Levrat, Müller

Seit über einem Monat gilt Pierre-André Monnard, Finanzvorsteher von La Chaux-de-Fonds und Nationalrat (FDP), als verschollen. Er beantwortet keine SMS und keine E-Mails, nimmt an keiner Sitzung teil und ist selbst für Parteikollegen nicht erreichbar. Ende Februar liess Monnard über die Zeitung *L'Impartiale* verlauten, er sei Opfer eines «Lynchmordes» geworden; womit wenigstens klar war, dass er noch lebte und höchstens sein Ruf ramponiert war. Dies allerdings nachhaltig. Am 5. Februar hatte Monnard seinen überraschten Stadtratskollegen eröffnet, dass in der Stadtkasse ein Loch von 14 Millionen Franken klafft, welches er mit buchhalterischen Tricks ein halbes Jahr lang verheimlicht hatte. In der Not bat die Regierung den Finanzspezialisten Jean-Charles Legrix (SVP), die Stadtkasse wieder ins Lot zu bringen. Dem Vernehmen nach winkte dieser aber ab. Legrix wurde im Sommer 2013 wegen seines radikalen Sparkurses aus dem Amt gemobbt, Monnard spielte dabei eine führende Rolle. Anfang 2014 kehrte Legrix auf Befehl des Bundesgerichtes ins Stadthaus von La Chaux-de-Fonds zurück. Jetzt zeigt sich: Just während seiner Abwesenheit hatte Monnard das frisierte Budget durchgeboxt. Gemäss *L'Impartiale* tauchte Monnard schon 2002 nach der Pleite eines Unternehmens, die er als Chefbuchhalter mit zu verantworten hatte, einfach spurlos unter. (axb)

Jacqueline Fehr, SP-Nationalrätin und Regierungsratskandidatin aus dem Kanton Zürich, schrammt in ihrer politischen Werbung haar-scharf an einem Etikettenschwindel vorbei. Auf Plakaten ihrer Partei lässt sie sich als «Regierungsrätin (neu)» feiern. Bekanntlich haben die Wahlen aber noch gar nicht stattgefunden. Noch einen Schritt weiter im Dichten und Fantasieren geht der *Tages-Anzeiger* in seiner Wahlbörse: Dort erschien Fehr sogar unter der Rubrik «Bisher». (gut)

Monika Rühl, seit einiger Zeit Direktorin des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse, hatte letzte Woche ihren ersten Auftritt in der SRF-Politsendung «Arena». Thema der Sendung: die Energiewende. Leider konnte Rühl ihre «Arena»-Tauglichkeit nicht unter Beweis stellen. Tiefpunkt ihres Auftritts war, als Moderator Jonas Projer sie fragte, ob ihr Verband für oder gegen den Atomausstieg sei. Er stellte



Verschollen: Finanzvorsteher Monnard.

die Frage nicht einmal, sondern dreimal. Rühl versuchte sich schliesslich mit der Behauptung zu retten, die Frage nach dem Atomausstieg stelle sich gegenwärtig gar nicht. (are)

Aufruhr im Tessin! Regierungsrätin Laura Sadis (FDP) hat ihr Mandat im Bankrat der SNB per 31. März hingeworfen, ohne ihre Partei- oder Regierungskollegen frühzeitig zu informieren. Relativ geräuschlos konnte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) somit ihre Graubündner Weggefährtin Barbara Janom Steiner (früher SVP, heute BDP) in die vakante Position hieven. Widmer-Schlumpf kommt auf diese Weise ihrem erklärten Ziel näher, die SNB an die politische Kandare zu nehmen. Im Tessin ist man erbost, weil der Kanton es verpasst hat, sich rechtzeitig für die Sadis-Nachfolge in Stellung zu bringen. Beschwichtigungen, auch Janom Steiner spreche Italienisch, verfangen nicht. (fsc)

«Trübes Kapitel CH-Geschichte: Vom 17. bis 21. März ist am Zürcher HB eine originalgetreue Saisonierbaracke aufgebaut.» Das ist nicht etwa ein Communiqué von Unia-Chef Renzo Ambrosetti. Abgesetzt hat die Botschaft im Gewerkschafterjargon der Schweizerische Baumeisterverband (SBV): Dürstet es den Verband unter Direktor Daniel Lehmann nach etwas sozialpartnerschaftlicher Wärme? Oder nach etwas Gratisapplaus für ein «mea culpa»? Den historischen Tatsachen hält die pauschale Abqualifizierung des Saisonierstatuts jedenfalls nicht stand. Viele SBV-Mitglieder haben ihre Saisoniers gut behandelt und es ihnen ermöglicht, Kapital aufzubauen. Gar Freundschaften sind entstanden. Die Bauunternehmer haben es nicht verdient, von ihrem Verband rückwirkend in den Ruch herzloser Ausbeuter gebracht zu werden. (fsc)

Er ist Coop-Präsident, Swisscom-Verwaltungsrat und Economiesuisse-Vorstandsmitglied: Hansueli Loosli hat dieser Tage einen



Dichten und Fantasieren: Kandidatin Fehr.



Keine Frage: Economiesuisse-Direktorin Rühl.

abenteuerlichen Doppelsalto hingelegt. Nach Erkenntnissen des *Tages-Anzeigers* erreichte er auf Initiative des flamboyanten Berner PR-Büros Furrer Hugi im Economiesuisse-Vorstand eine Abkehr vom Nein zum neuen Radio- und Fernsehgesetz. Das Gesetz, über das im Juni abgestimmt wird, zwingt jeden Haushalt zur Finanzierung der staatlichen SRG – egal, ob die Angebote in Anspruch genommen werden oder nicht. Ungefähr zur gleichen Zeit kippte Coop die Zeitschriften deutscher Verlage aus dem Sortiment, weil diese ihre Preise nicht den neuen Wechselkursgegebenheiten anpassen. Damit reagierte Coop auf einen öffentlichen Rüffel von Preisüberwacher Stefan Meierhans an die Adresse der deutschen Verlage. Er hatte sich zuvor sogar eigens ins Flugzeug nach Deutschland gesetzt, um heldenhaft, aber vergeblich auf Preisanpassungen zu dringen. Merke: 400 Franken Zwangsabgabe für die SRG sind kein Problem, Fr. 7.40 für einen freiwillig gekauften *Spiegel* dagegen schon. (fsc)

Anders als sein griechischer Kollege Janis Varoufakis lässt der irische Finanzminister Michael Noonan Frauenherzen wohl nicht höherschlagen. Der 72-Jährige aus Limerick



Aufbruch im Tessin: Regierungsrätin Sadis.



Doppelsalto: Coop-Chef Loosli.

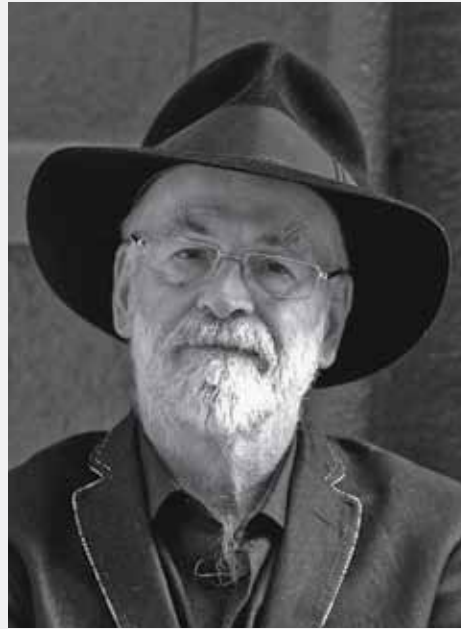


Müllers Wortschatz: SP-Präsident Levrat.

hat wenig Haupthaar und stattdessen viel Bauch. Er fährt nicht Motorrad, trägt Krawatte und steckt sich auch das Hemd immer in die Hose. Gemeinsam mit Varoufakis dürfte Noonan allerdings den Puls des deutschen Finanzministers **Wolfgang Schäuble** beschleunigen. Denn Dublin, bislang Musterknabe beim Reformprogramm, fordert nun ebenfalls eine Lockerung der strengen EU-Regeln – unter Hinweis auf den erneuten Aufschub, den die EU-Kommission Frankreich gewährte. Vorsorglich hat sich Noonan der Sympathien Athens versichert und sich für einen griechischen Schuldenschnitt ausgesprochen. (ky)

Im Interview mit der *Tageswoche* hat SP-Präsident **Christian Levrat** zu Wochenbeginn dargestellt, wieso für ihn der Zugang zur FDP derzeit ziemlich schwierig sei: «Zurzeit gilt bei den Bürgerlichen sowieso: Was nicht in der *Weltwoche* als Gedankengut daherkommt, ist als sozialistisch gebrandmarkt.» Der Wortschatz von FDP-Präsident **Philipp Müller** sei «eigentlich direkt von der *Weltwoche* übernommen», weshalb man ihm «verbieten» sollte, die *Weltwoche* zu lesen, denn «er spricht, wie die *Weltwoche* schreibt». (gy)

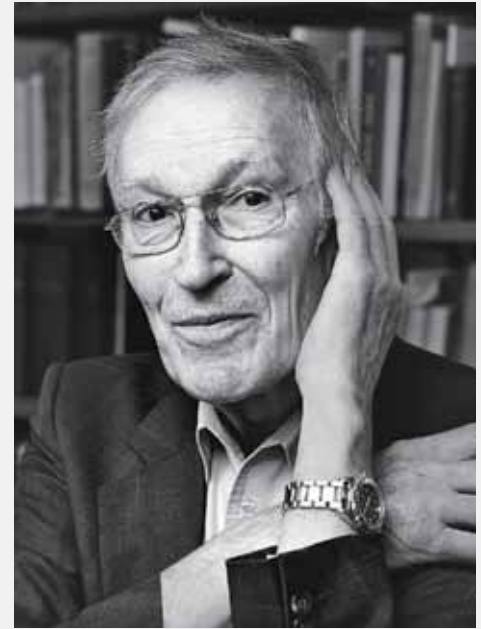
Nachruf



Solitär in der Fantasy-Welt: Terry Pratchett.

Terry Pratchett (1948–2015) — Es passiert kaum einer Zelebrität, dass etwa 25 000 Menschen eine Petition an den Tod richten, ihr Idol bitte wieder ins Leben zurückzulassen. Mit dieser bizarren Aktion wurde tatsächlich dem britischen Fantasy-Autor Terry Pratchett gehuldigt, der seinerseits mal, weil er relativ früh an einer seltenen Alzheimer-Version erkrankt war, eine Petition zur Alzheimer-Forschung dem britischen Premier überreichte. Natürlich war das nicht allein der Grund für die kuriose Bitte an den Sensenmann. Der Grund war der Tod selbst, denn Pratchett, ein Solitär in der Fantasy-Welt, konnte ihn beschreiben und wusste, wie er aussieht (ziemlich knochig, mag Katzen und ist über seine Rolle sogar verbittert: «Es gibt keine Gerechtigkeit. Es gibt nur mich»). Pratchett hatte mit seinem Meisterstück, den «Scheibenwelt-Romanen», die dutzendorfach übersetzt wurden und ihm eine gewaltige Fangemeinde bescherten, ein Sakrileg am Genre begangen: Er hat sie nicht wie sein bierernster Antipode Tolkien («Herr der Ringe») ernst, sondern gewaltig auf die Schippe genommen; und genau das macht den Spass aus. In über vierzig Romanen hat er im Universum eine Scheibe erkannt, die von vier Elefanten getragen wird, die auf einer Schildkröte ruhen, die wiederum mit ihren breiten Beinen durchs All rudert. In diesem Irresein haben alle Spleens, aber Pratchett war nicht nur ein Spassvogel und meinte es mit seinem Spott auf Rassisten, religiöse Fanatiker und machthungrige Haie in der Gesellschaft durchaus auch ernst.

Wolfram Knorr



Der tötende Mensch: Walter Burkert.

Walter Burkert (1931–2015) — «Altphilologe» war für den Dekan der Philosophischen Fakultät der Uni Zürich eine zu knappe Bezeichnung. Der gebürtige Franke war Ehrendoktor der Theologie. Der vielfach zu multikulturellem Blabla heruntergekommene Begriff «Religionswissenschaft» wurde für den Philologen Lebensinhalt. Um Poppers These «Theologie ist ein Fehler» musste er sich nicht kümmern. Das Augenmerk galt meist untergegangenen Religionen. In welchem Bezug stand das griechisch-römische «Heidentum» zu orientalischen Mysterienkulten? Burkert liess Pionierleistungen von Walter F. Otto, Karl Kerényi und Reinhold Merkelbach hinter sich. Das Unheimliche an religiöser Praxis, oft rituelle Ersatzhandlungen für Töten, wird im Buch «Homo necans» (der tötende Mensch) sichtbar. Das von Reinigungs- und Entschuldungsritualen mitgeprägte ehrwürdige Amt des Metzgers fällt für das Wesen von Religion stärker ins Gewicht als soziales Predigen. Dies zeigt der einen Stier schlachtende Mithras, dessen Geburtstag der 25. Dezember ist. Ihm und dem Sonnengott wollte Kaiser Konstantin huldigen, als er im Jahre 313 auch zugunsten der Christen religiöse Toleranz verkündete. Ohne den orientalischen Opferkult, dies machte Burkert klar, sind die monotheistischen Religionen nicht zu verstehen. Der mit dem Sigmund-Freud-Preis ausgezeichnete Stilist schrieb das Nachwort für die unübertriffene «Odyssee»-Nachdichtung von Kurt Steinmann. Für Tagesgespräch war Walter Burkert, verstorben am 11. März, um Nummern zu gross.

Pirmin Meier



Nachtaktiv.

Regelmässige Überprüfung Ihres Anlageportfolios.



Jetzt mehr erfahren:
www.ubs.com/advice-ch
044 238 14 28



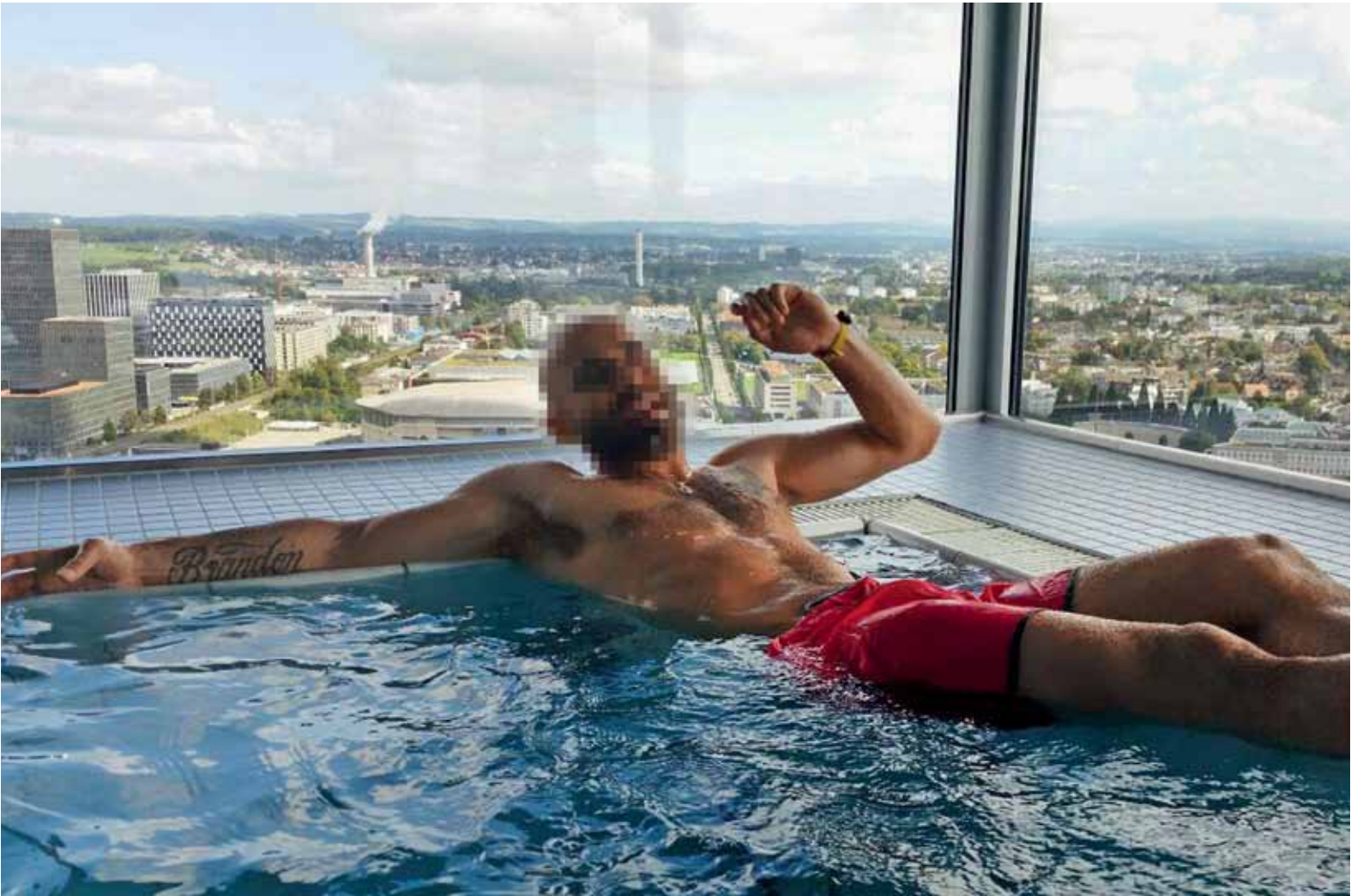
Proaktiv.

Garantierte Benachrichtigung bei Abweichungen
des Portfolios von der Anlagestrategie.

UBS Advice.

Der Massstab in der Anlageberatung.
Zum attraktiven Pauschalpreis.





Verkehrte Welt: Sozialhilfebezüger Jeton G. auf einem Bild, das er im September 2014 auf Facebook veröffentlichte.

Schweiz

Jeton G. und der alltägliche Sozialwahnsinn

Von *Philipp Gut* — Er ist seit der Jugend kriminell und wurde trotzdem eingebürgert. Er hat nie gearbeitet, verfügt über illegale Einkünfte, fährt einen Jaguar und bekommt Sozialhilfe. Der Fall des mutmasslichen Mörders Jeton G. zeigt die Systemfehler im Fürsorgestaat.

Für die Linke und die Verteidiger der real existierenden Sozialhilfe ist klar: Der Fall Jeton G. ist ein Einzelfall, ein bedauerlicher Unfall in einem ansonsten bewährten System. Schuld seien allenfalls die lokalen Behörden. Grundsätzliche Fragen stellten sich nicht, Reformbedarf bestehe keiner – so der Tenor der Links- bis Mitteparteien in der Debatte des Zürcher Kantonsrats vergangene Woche. «Weder die Gesetze noch das System sind das Problem», sagte SP-Fraktionspräsident Markus Späth.

Jeton G., Anfang dreissig, eingebürgerter Kosovo-Albaner, verheiratet mit einer Landsfrau, zwei Kinder, wohnhaft im zürcherischen Regensdorf, mehrfach vorbestraft, sorgt zurzeit für Schlagzeilen. Er wird verdächtigt, am 1. März in Zürich Affoltern einen Türsteher aus Montenegro auf offener Strasse erschossen zu haben. Das mutmassliche Tötungsdelikt ist das eine. Das andere, was letztlich noch mehr

irritiert, sind die Abgründe des Schweizer Sozialstaats, die zwischen den Zeilen aufblitzten. Das Verrückte an diesem Fall ist nämlich, dass er ganz normal ist. Es gilt der Satz aus Shakespeares «Hamlet»: «Ist es Wahnsinn, so hat es doch Methode.»

Überteuerte Wohnung à 1901 Franken

Jeton G. konnte sich alles erlauben. Und er hat immer alles bekommen. Es fing schon bei der Einbürgerung durch das Stadtzürcher Parlament 2003 an. Aufgrund des Datenschutzes wussten die Parlamentarier nicht, dass sie einen Intensivtäter einbürgerten. Auch die SVP stimmte zu. Seither lebt Jeton G. vom Staat.

2009 zog er mit seiner vierköpfigen Familie nach Regensdorf, wo diese in den letzten Jahren Hunderttausende Franken an Sozialhilfe bezog. Im Durchschnitt waren es gegen 5000 Franken im Monat, netto und steuerfrei. Der sogenannte

Grundbedarf beträgt 2110 Franken. Hinzu kommen Krankenkassenprämien, eine grosszügige Wohnung sowie sogenannte situationsbedingte Leistungen – eine Art Vollkaskodeckung, die den Sozialhilfebezüger von der Zahnarztrechnung über Selbstbehalte bis zu Abos von jeder Eigenverantwortung befreit.

Für die Unterkunft der Familie bezahlten die Steuerzahler jeden Monat 1901 Franken. Dieser Betrag übersteigt sogar die internen Höchstwerte. Dennoch wurde er während zweier Jahre bezahlt. Begründet wird die Finanzierung der nach eigenen Massstäben zu teuren Wohnung mit dem Hinweis, dass Jeton G. sich in verschiedenen Sozialprogrammen engagiere. Die Sozialarbeiter beantragten sogar, ihn und seine Frau vorübergehend von der Pflicht zu entbinden, sich nach einer günstigeren Wohnung umzusehen, solange sie an der Abklärung und der möglichen späteren

Umsetzung von sogenannten berufsintegrativen Massnahmen teilnahmen.

Bloss: Diese Massnahmen – das war aufgrund des bisherigen Lebenslaufs von Jeton G. abschbar – fruchteten nichts. Jeton G. hat seit dem Abbruch seiner Lehre nie legal gearbeitet. Der Staat fütterte ihn seit dem 18. Lebensjahr durch und stellte ihm ein ganzes Karussell von Beratungen, Kursen, Hilfeleistungen zur Verfügung. Nicht nur die Gemeinde, auch der Kanton kümmerte sich um ihn.

Das bürokratische Gebilde nennt sich Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ), beteiligt ist eine Armada von Behörden: das Amt für Wirtschaft und Arbeit, das kantonale Sozialamt, das Amt für Jugend und Berufsberatung, die Sozialversicherungsanstalt Zürich sowie die Sozialdienste der beteiligten Gemeinden. Die IIZ führt eine eigene Geschäftsstelle, welche die Bemühungen der verschiedenen Ämter und Stellen koordiniert. Ziel ist es, die «Klienten», wie es im Sozialjargon heisst, in den Arbeitsmarkt oder den Scheinarbeitsmarkt (den sogenannten zweiten Arbeitsmarkt) zu integrieren.

«Arbeitsmarktfern»

Die Behörden beugten sich mit offensichtlich durch nichts zu erschütternder Duldsamkeit und Geduld über Jeton G. und seine gleichaltrige Frau Valentiné, als wären diese unmündige Kinder. Zwar seien sämtliche arbeitsintegrativen Massnahmen bei Herrn G. bis dato ohne Erfolg geblieben, schrieb der zuständige Sozialarbeiter der Gemeinde Regensdorf im September 2013 hoffnungsvoll, aber umso mehr sei nun der Weg über das IIZ zu unterstützen. Auch Frau G. sei «arbeitsmarktfern». Zu diesem Zeitpunkt lebte die Familie bereits mindestens zehn Jahre auf Kosten der Allgemeinheit, ohne dass auch nur einer der Ehepartner je einer legalen Arbeit nachgegangen wäre.

Doch die Hoffnungen und Erwartungen erfüllten sich – einmal mehr – nicht. Auch das Grossaufgebot des Kantons konnte Jeton G. nicht dazu bringen, sich für eine ordentliche Arbeit zu interessieren. Das IIZ-Verfahren wurde im folgenden Jahr ohne Resultat eingestellt, aufgrund «unklarer Zusammenarbeit» und «keiner ersichtlichen Motivation des Klienten», wie es in den Akten heisst. Jeton G. sabotierte alle Bemühungen. Er sagte Termine jeweils kurzfristig ab und führte sowohl die Gemeinde- wie auch die Kantonsbehörden an der Nase herum.

Dabei wussten die zuständigen Behörden nur zu gut, mit wem sie es zu tun hatten. Belege dafür finden sich in der Sozialakte der Familie G. zuhauf. Die betroffene Gemeinde und der Kanton halten selber fest, dass sich Jeton G. und seine Frau systematisch querstellten. Es sei schwierig bis unmöglich, mit den «Klienten» ein konstruktives Gespräch zu führen. Konkreten Fragen weiche Jeton G. aus.

Auch Ehefrau Valentiné erscheine nicht wie abgemacht zu Terminen. Jeton G. verhalte sich unkooperativ bis infantil. Ein ehrliches Gespräch sei mit ihm nicht möglich. Entweder sage er das, wovon er annehme, «dass wir es hören wollen», oder er sage nicht die Wahrheit.

Dennoch zahlte der Staat pünktlich immer weiter. Warum sollte sich Jeton G. auch ändern? Sein ganzes Erwachsenenleben lang haben Gemeinden und Kanton umfassend für ihn und seine wachsende Familie gesorgt. Seine Ausflüchte wurden stets mit Erfolg belohnt.

Zu dumm, um ehrlich zu sein

Die Behörden wussten nicht nur, dass Jeton G. einen Jaguar fuhr. Sie bezahlten nicht nur zeitweilig eine überbezahlte Wohnung. Sie wussten auch, dass Jeton G. ein Krimineller war, dass er Waffendelikte beging, dass er Einkünfte aus kriminellen Quellen hatte. Seinen Betreuern sagte Jeton G. ganz offen, er beschaffe sich illegale Mittel, unter anderem durch Hanfanbau. Doch sanktioniert wurde er kaum. Bloss ein einziges Jahr lang wurde der Grundbedarf wegen mangelnder Kooperation um fünfzehn Prozent gekürzt.

Am Ende zahlten die Regensdorfer sogar zu viel: Weil das Amt für Justizvollzug aus Datenschutzgründen die Inhaftierung verschwieg, entrichtete die Wohngemeinde überflüssigerweise auch Sozialhilfe, während Jeton G. im Gefängnis sass. Diese ungerech-



Erstaunliche Diagnose: Gewalttäter Jeton G.

fertigten Zahlungen hat sie bis heute nicht zurückverlangt. Juristisch wäre das heikel, sagt ein Gemeindevertreter.

Die Sozialarbeiter zeigten weiterhin Verständnis und Zuversicht. Sie hoffe, dass sich Jeton G. von seinen illegalen Aktivitäten lösen könne, schrieb die zuständige kantonale Betreuerin an die Gemeinde. Sie merke, dass er grundsätzlich einen anderen Weg einschlagen wolle. Dazu sei er jedoch aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage, «kognitiv, aber auch fehlender Ausbildung wegen». Im Klartext: Jeton G. sei zu dumm, um ehrlich zu sein. Eine erstaunliche Diagnose.

Wie weit man der renitenten Familie entgegenkam, zeigt auch folgende Episode. Sollte Jeton G. inhaftiert werden, sei die überhöhte Miete auch für einen Dreipersonenhaushalt zu übernehmen, um die Familiensituation möglichst stabil halten zu können, forderte ein fallbetreuender Sozialarbeiter.

Was musste Jeton G., der angeblich zu einer legalen Tätigkeit «kognitiv» nicht fähig war, aus all dem lernen? Der Schluss wurde ihm

Er hatte selber mehr oder weniger offen darauf hingewiesen, dass er illegal geschäftete.

geradezu aufgedrängt: «Egal, wie du dich benimmst, ganz gleich, ob du sogar kriminell handelst, der Schweizer Sozialstaat zahlt und sorgt für dich.» Jede noch so dreiste Entgleisung wird toleriert, ja sogar belohnt. Die Leistungen werden nicht gekürzt, sondern in Relation zu den Profiteuren noch erhöht, wenn das Familienoberhaupt erklärermassen kriminelle Geschäfte treibt. Verkehrte Welt.

Der Familienvater, der es sich in der sozialen Hängematte bequem eingerichtet hatte, Jaguar S-Type inklusive, handelte aus seiner Sicht völlig rational. Der Mensch ist ein Jäger und Sammler. Er nimmt, was er vorfindet und was man ihm zur Verfügung stellt. Jeton G. hat schlicht keinen Anreiz, zu arbeiten oder sich auch nur einigermaßen korrekt zu verhalten. Er kann beliebig über die Stränge hauen – sein Lebensmodell, auf Kosten der Mitbürger zu leben, die redlich arbeiten und Steuern abliefern, funktioniert so oder so. Der Staat garantiert ihm und seiner vierköpfigen Familie mittels Sozialhilfe und weiterer Transferzahlungen einen Lebensunterhalt, der einem Jahreseinkommen von rund 70 000 bis 80 000 Franken entspricht, steuerfrei. Ein solches Einkommen könnten der ungelernete Jeton G. und seine ebenfalls ungelernete Frau Valentiné durch Arbeit kaum erzielen.

Ein Fall unter vielen

Die Erkenntnis bleibt beunruhigend: Wäre Jeton G. nicht als Verdächtiger im sogenannten Türstehermordfall verhaftet worden – seine aufsehenerregende Sozialkarriere wäre wohl nie ans Licht gekommen. Datenschutz und Amtsgeheimnis sind zuverlässige Komplizen. Das hermetisch gegen aussen abgeschottete Sozialsystem bewahrt nicht nur sich selber, sondern auch seine Klienten vor jeder Kritik. Das zeigte auch die Tatsache, dass Behörden und Justiz nicht etwa gegen Jeton G. vorgingen, sondern lieber Anzeige gegen unbekannt erstatteten wegen eines vermuteten Lecks. Es ist ein fataler Kreislauf: Der Weg des geringsten Widerstandes zahlt sich für alle aus. Das zeigen Recherchen auch in anderen Kantonen und Gemeinden. >>>

Wohnen — Theoretisch gibt es Höchstbeträge für Mieten, doch grosszügige und überteuerte Wohnungen gehören zum Sozialalltag. Der *Weltwoche* liegt ein ganz ähnlich gelagerter Fall aus einer anderen Gegend vor. Nur, dass hier die «Luxuswohnung» (Zitat aus den Fallakten) die an sich zulässige Obergrenze der Kosten noch viel deutlicher übertraf als im Fall G. Auch die Familiensituation ist vergleichbar: eine ausländische Frau mit zwei Kindern, der ebenfalls ausländische Gatte sitzt im Gefängnis. Die Wohnung kostete mehr als 2000 Fran-

Die «Klientin» wollte lieber in der Luxuswohnung bleiben. Das Gericht gab ihr recht.

ken, die Limite lag bei 1500 Franken – was einer Kostenüberschreitung von 25 Prozent entspricht.

Die Sozialbehörde wollte eigentlich handeln und wies die Frau an, eine günstigere Wohnung zu suchen. Doch dagegen legte die Betroffene, die lieber in der Luxuswohnung bleiben wollte, Rekurs ein. Und sie bekam recht. Die Auflage der Gemeinde, eine günstigere Wohnung zu suchen, sei «nicht verhältnismässig», urteilte die Rekursinstanz. Als Argument «für die Beibehaltung der aktuellen Wohnsituation» fügte sie unter anderem an: «Mit der Auflage, eine günstigere Wohnung zu suchen (und letztlich auch zu beziehen), würde die Chance anderer Sozialhilfebezüger auf eine günstige Wohnung eingeschränkt.» Was für eine Begründung!

Auto — Der Fall Jeton G. ist auch kein Einzelfall, was den Besitz von Autos, ja von Luxuskarossen betrifft. Die *Weltwoche* hat schon vor Jahren anhand von Beispielen aus der Stadt Zürich aufgedeckt, dass Sozialhilfebezüger auch schnittige Cabriolets und imposante Offroadler steuern («BWM-Fall»). Dass Jeton G. einen Jaguar fahre, habe ihn nicht gewundert, sagt ein Sozialdetektiv. Es sei überhaupt kein Problem, als Fürsorgefall auch teure Autos zu besitzen. Eine griffige Kontrolle sei kaum möglich. Oft seien die Wagen auch auf Drittpersonen eingelöst.

Arbeit — Der Fall Jeton G. ist auch kein Einzelfall in Sachen Arbeitsverweigerung. Der Fehler liegt im System: Die von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) vorgegebenen Ansätze sind so hoch, dass sich Arbeit vor allem für Bezüger mit Kindern gar nicht lohnt. Sie bekommen alles gratis und franko: Grundbedarf, Wohnung, Krankenkasse, Franchise, Selbstbehalt, Zahnarzt, Brille, Möbel, Kinderbetreuung und so fort. Steuern? Null. Betreibungen? Müssen abgeschrieben werden, da offiziell ja kein Geld vorhanden ist. Und wie die zum Teil recht teuren Autos zei-

gen, kommt das grosszügig ausgeschüttete Kindergeld auch nicht unbedingt jenen zugute, für die es gedacht ist.

Einkünfte und Vermögen — Der Fall Jeton G. ist schliesslich auch kein Einzelfall, was illegale Einkünfte und verschwiegenes Vermögen betrifft. Eigentlich müssten sämtliche Einkünfte, Zuwendungen und Geschenke deklariert und ab einer bestimmten Höhe auch angerechnet werden. Aber wer kann das schon kontrollieren? Wie Jeton G. haben viele Fürsorgebezüger illegale Nebeneinnahmen, die, vor allem wenn sie aus dem Drogenhandel stammen, astronomische Höhen erreichen können. Berufskriminelle nutzen die Sozialhilfe gern als Alibi, um das Fehlen legaler Einkünfte zu verdecken.

Dass die Verantwortlichen oft lieber wegsehen als nachforschen und sanktionieren, zeigt das Beispiel eines Serben aus einer mit-telgrossen Gemeinde.



Der Mann deklarierte die Leistungszahlung einer Sozialversicherung in der Höhe von 40 000 Franken nicht. Auch zusätzliche Einnahmen von 52 000 Franken verschwieger. Er steckte das Geld in Konsum und verwendete es zur Rückzahlung privater Schulden. Die Gemeinde stand vor der Wahl: den Grundbetrag um 15 Prozent kürzen, Überwachung und allfällige Strafanzeige oder beide Augen zudrücken und nichts tun. Bei einer Kürzung des Grundbetrags dauerte es Jahrzehnte, bis die Betrugssumme wieder eingespielt wäre. Würde der Serbe angezeigt und auch verurteilt, würde er – da offiziell mittellos – die Busse oder Strafe nicht bezahlen. Am Ende riet die Ausländerberatungsstelle der Gemeinde, auf die Rückforderung wie auch auf die Kürzung zu verzichten. Der Serbe machte also die gleiche Erfahrung wie Jeton G.: «Du kannst dir

alles erlauben.» Der Schweizer Staat toleriert und deckt sogar Betrug.

Ein weiteres Problem, das die Behörden nicht in den Griff kriegen, ist der verbreitete Immobilienbesitz im Ausland. Fachleute gehen davon aus, dass sogar die grosse Mehrzahl der Sozialfälle aus Ex-Jugoslawien Land und Haus in der alten Heimat besitzt. Auch hier sei eine Kontrolle schwierig bis unmöglich. Meist finde gar keine Überprüfung statt. Und wenn, dann ende sie meist ergebnislos: Es fehlen Einträge im Katasteramt, wenn es ein solches überhaupt gibt. Oder die Häuser sind pro forma auf Verwandte oder Bekannte überschrieben.

Den Mechanismus illustriert der Fall eines bosnischen Ehepaars, welcher der *Weltwoche* zugetragen wurde. Die Sozialbehörde verfügte über Bilder, die das Einfamilienhaus des Paares in seiner Heimat zeigen, und erstattete Strafanzeige. Doch auch dies nützte nichts. Das Ehepaar brachte daraufhin eine amtliche Bescheinigung bei, dass es keine Immobilie besitze. Wahrscheinlich ist diese Bescheinigung für ein paar Dutzend Euro gekauft worden. Aber das Schweizer Gericht musste sie akzeptieren. Die Gemeinde hatte das Nachsehen. Es liessen sich noch zahllose weitere Fall-

Die Ursachen haben auch mit der Kultur zu tun: Rund 50 Prozent der Fürsorgebezüger sind Ausländer.

beispiele anführen, die stets auf denselben Grundmissstand hinweisen: Die Sozialhilfe schafft erst ein Problem, das sie zu lösen vorgibt. Sie stellt ein Angebot zur Verfügung, samt Rechtsanspruch und vielfältigen Rekursmöglichkeiten, das für eine wachsende Zahl von «Klienten» nicht nur bequemer, sondern auch lukrativer ist als ehrliche Arbeit.

Das hat auch kulturelle Ursachen. Rund 50 Prozent der Fürsorgebezüger sind Ausländer, zählt man die Eingebürgerten dazu, dürften über 70 Prozent einen sogenannten Migrationshintergrund haben (genaue Statistiken existieren nicht, die Schätzung beruht auf Stichproben in Zürcher Agglomerationsgemeinden). Auch wenn die «Klienten», wie Jeton G., offiziell Schweizer sind, haben sie ihre mediterrane Mentalität bewahrt. Von der Sozialhilfe zu leben, erfüllt sie nicht mit Scham. Die Staatsrente ist für sie vielmehr ein Anspruch, den sie selbstbewusst einfordern. Darauf freiwillig zu verzichten, empfinden sie geradezu als absurd. Das hat kürzlich auch die St. Galler Ökonomeprofessorin Monika Bütler hervorgehoben, die von einer «tickenden Anstandsbombe» sprach. Irgendwann wird dieses feudalistische System, bei dem eine wachsende *leisure class* von Sozialrentnern auf Kosten der arbeitenden Klasse lebt, nicht mehr finanzierbar sein. ○

Vielfalt, die begeistert.

Jeden Donnerstag fundierte Recherchen und interessante Artikel aus Politik, Gesellschaft und Kultur. Sie haben noch kein Abo? Jetzt bestellen über Telefon 043 444 57 01 oder www.weltwoche.ch/probeabo. Selbstverständlich auch online und übers Tablet verfügbar.

Probeabo
10 Ausgaben!
nur Fr. 40.–



Wahl und Wohl

Von Henryk M. Broder — Was sagen die Journalisten, wenn Israel wählt?



Letzten Dienstag wurde in Israel ein neues Parlament gewählt. Kein ungewöhnlicher Vorgang in einer Demokratie. Der amtierende Ministerpräsident Netanjahu hat, mit

Unterbrechungen, neun Jahre lang die Regierung geführt und zwischendurch auch als Aussenminister und Finanzminister dem Lande gedient. Seine Abwahl wäre kein Unglück, sein Verbleib im Amt auch nicht. Das eine wie das andere ist Sache der Israelis. Aber viele meiner deutschen Kollegen sehen das anders. Das Wohl Israels liegt ihnen dermassen am Herzen, dass sie keine Hemmungen haben, den Ausgang der Wahlen herbeizuschreiben. Am besten für Israel wäre es, wenn sie darüber entscheiden könnten, wer demnächst in Israel das Sagen haben soll. Auf jeden Fall nicht Bibi Netanjahu.

Der Korrespondent der ARD warnt davor, das Land könnte «langfristig seine Zukunft verspielen», man dürfe nicht nur «die Spitze des Eisbergs» sehen, sondern müsse die Gefahren erkennen, die darunter lauern. Er meint die wirtschaftliche Lage in Israel, obwohl die nach allen gängigen Parametern besser ist als in den meisten Ländern der EU. In die gleiche Kerbe schlägt der Korrespondent der FAZ, wenn er von einem «Stühlerücken auf dem Deck der <Titanic>» spricht, auch wenn er nur einen «Experten» zitiert, der «seit Jahren vergeblich versucht, die Aufmerksamkeit der Politiker auf die Ursachen der existenzbedrohenden Krise [...] zu lenken». Der Slogan «Wir wollen den Wechsel» ist ihm Beweis genug, dass «die Leute» Netanjahu «loswerden wollen». Die Spiegel-Frau vor Ort will das auch. Denn: «Benjamin Netanjahu schadet dem Land massiv.»

Die Israelis sollten «die Chance nützen», ihn abzuwählen. «Mit seiner perspektivlosen Politik der ewigen Blockade raubt Netanjahu den Israelis die Zuversicht und der internationalen Gemeinschaft den letzten Nerv.» Allein die Spiegel-Korrespondentin behält die Nerven und verspricht: «Ein Ende seiner [Netanjahus] Regentschaft wäre ein Segen für das Land.» Das alles ist natürlich nicht Ausdruck von Anmassung und Selbstüberschätzung, sondern der grossen Liebe zu einem Land, das seine Existenz weitgehend der Idee verdankt, Europa judenrein zu machen. Und so eine Liebe löst sich nicht in Luft auf. Sie wandert aus und mutiert zur Fürsorge.

Nicht so intelligentes Design

Von Silvio Borner — Evolutionäre und revolutionäre Entwicklungen bringen die Welt voran. Bertrand Piccards gefeiertes Fluggerät «Solar Impulse» ist weder das eine noch das andere.

Wer als Bewunderer von Darwin die Galapagosinseln besucht, staunt noch mehr über dessen wissenschaftliche Leistung. Darwin hatte nicht nur ein unglaubliches theoretisches Flair, sondern auch eine scharfe und systematische Beobachtungsgabe. Seine Erklärung der Entstehung und Entwicklung «des Lebens» stand im Widerspruch nicht nur zur gängigen Lehre, sondern auch zur christlichen Schöpfungsgeschichte.

Es ist wie so oft mit umwälzenden Entdeckungen: Im Rückblick kann man nicht verstehen, dass es so lange ging, bis man das Offensichtliche endlich erkannte. Noch unverständlicher ist der bis heute anhaltende Widerstand der Kreationisten. Sie können zwar heutzutage die Evolution nicht mehr leugnen, weil mittlerweile so viel archäologisches Beweismaterial vorliegt. Sie retten sich daher auf die letzte Bastion, die wissenschaftlich nicht direkt angreifbar ist: Hinter der ganzen Evolution stehe eben ein göttlicher Plan, sie sei die geplante Abfolge von «intelligentem Design». Diese These kann man wissenschaftlich nicht widerlegen, aber man kann auf zwei Arten zeigen, dass sie extrem unwahrscheinlich ist.

Der erste Ansatz stützt sich auf die Zufälligkeit der Evolution selbst. Katastrophen wie Vulkanausbrüche, Zusammenstösse von Kontinenten oder erdumspannende Eiszeiten, die fast alles Leben auszulöschen drohten: Es müsste sich so gesehen schon um einen extrem bösartigen Designer gehandelt haben.

Zum anderen aber unterscheidet sich «intelligentes Design», wie es sich in dem vom Menschen getriebenen technischen Fortschritt beobachten lässt, grundlegend von evolutionärer Entwicklung. Die Evolution, sei es von Pflanzen, Tieren oder uns Hominiden, folgt immer demselben Muster: Organismen passen sich veränderten Umweltbedingungen an. Dies führt zu genetischen Mutationen, die sich via Selektion (*survival of the fittest*) langsam durchsetzen. Wie gross die heutige Diversität auch sein mag, wir können von allen Organismen Familien bilden, gemeinsame Vorfahren genetisch nachweisen und schliesslich alle Kamelarten, Echsen oder Hominiden auf einen gemeinsamen Urahnen zurückführen. Das ist der Entwicklungsbaum der Evolution.

Radikale technische Neuerungen sind demgegenüber von Grund auf neu. Wir sprechen

zu Recht von Revolutionen. Sie sind Geschöpfe kreativer Geister. Die Glühlampe oder das Grossraumflugzeug haben keine Vorahnen im darwinschen Sinne. Sie haben keine Verwandtschaft mit Leuchtkäfern oder Kondoren. Sicher, sie kombinieren früheres technisches Know-how, aber nicht aus einem Stammbaum, sondern aus den verschiedensten Forschungsbereichen. Dadurch schaffen sie jedes Mal einen Neuanfang, der sich von der bisherigen technischen Entwicklung radikal abkoppelt. So gesehen ist der technische Fortschritt als Parafall von intelligentem Design das pure Gegenmodell zur Evolution.

Neuaufgabe der Spanisch-Brötli-Bahn

Aber was hat das alles mit Piccard zu tun, der mit einem solarbetriebenen Flugzeug die Welt umrunden möchte? Sein «Solar Impulse» ist weder Evolution noch intelligentes Design. Er kombiniert ein modernes Segelflugzeug mit

der Spannweite eines Jumbos, bestückt dieses mit Propellern und treibt diese mit Solarenergie elektrisch an. Dieser Technik-Mix trägt nicht wie ein Jumbo fünfhundert Passagiere mit all ihrem Gepäck bei etwa 800 km/h durch die Lüfte, sondern wie ein Kondor nur gerade sich selbst – und das in einem Tempo, das schon die Propellerpioniere vor hundert Jahren

zum Lachen gebracht hätte (und Kormorane erst recht!). Bei Piccards Fluggerät handelt es sich nicht um eine evolutionäre Mutation eines Kondors, aber leider auch nicht um eine technisch-wissenschaftliche Revolution.

Die wenigsten Einträge im Guinness-Buch der Rekorde haben irgendeine Beziehung zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Sie sind mediale Gags mit teils hohem Unterhaltungswert. Im vorliegenden Fall handelt es sich um eine Kombination veralteter Technologien mit einer Anwendung ausgerechnet auf die Aviatik, die nur mit Treibstoffen von höchster Energiedichte technisch, aber vor allem ökonomisch funktionieren kann.

Um nicht nur zu kritisieren, schlage ich für umweltbewusste Pendler eine Art Neuaufgabe der Spanisch-Brötli-Bahn vor, die nur mit Windrädern und Solarzellen angetrieben wird. Statt im Stundentakt würde dieses «Wunder» halt dann im Wind- und Sonnentakt verkehren. Aber die Pendler können sich ja an «intelligente» Arbeitszeiten anpassen.



Neo-osmanische Gefühle

Von Hansrudolf Kamer — Die Türkei erlebt schwierige Zeiten. Das Wachstum lahmt, und Erdogan wehrt sich gegen Machtverlust. Seine undurchsichtige Aussenpolitik schafft mehr Feinde als Freunde.



Als der deutsche Schlachtkreuzer «Goeben» unter türkischer Flagge im Schwarzen Meer das Feuer auf die russische Kriegsmarine eröffnete, war das Todesurteil unterschrieben. Das Osmanische Reich

ging unter im Strudel der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg.

Die Folgen sind heute sichtbar. Der Oxford-Historiker Eugene Rogan beschreibt in seinem neuen Buch, wie das multinationale muslimische Imperium zerfiel, das Jahrhunderte früher Wien bedroht hatte. Die arabischen Provinzen wurden aufgeteilt in koloniale Mandatsgebiete. Die Fundamente für den künftigen jüdischen Staat wurden gelegt. Das Kalifat, in der Geburtsstunde des Islam entstanden, wurde abgeschafft.*

Die Türkei lebt mit diesem historischen Ballast im Zentrum der heutigen Wirren und Umwälzungen. Die Grenzen der Mandatsgebiete werden ignoriert. Ein Jahrhundert und viele Kriege später taucht wieder das Kalifat am Horizont auf – unter dem schwarzen Banner des Islamischen Staates. Die Rache der Geschichte müsste ungefähr so aussehen.

In den Weiten Anatoliens ist von all dem wenig zu spüren. Noch immer läuft die lokale Wirtschaft so, wie sie bei Erdogans Amtsantritt als Regierungschef vor zwölf Jahren angestossen worden war. Kleinasien hat von ihm und der Herrschaft seiner Partei profitiert.

Die Grenze zu Syrien ist gedanklich weit weg, auch wenn sie nur etwa 450 Kilometer Luftlinie entfernt ist. Vergessen wird oft, dass Anatolien noch viel weiter in den Osten reicht und über Syrien und den Irak hinaus direkt an den Iran stösst. Euphrat und Tigris entspringen im Taurus. Die Türkei steht geografisch mitten im mittelöstlichen Schlamassel.

Rund um die Millionenstadt Antalya, wo im November das jährliche G-20-Gipfeltreffen stattfinden soll, sind indes deutliche Bremspuren sichtbar – Bauruinen vor allem, Betongerippe im dünnen Buschgewächs, das sich im bissig kalten Küstenwind biegt. Traurig verlassene Touristenoasen säumen Landstrassen.

An der türkischen Riviera, so erzählen Einheimische, seien die reichen Russen und die opulenten Ölscheichs auch im Sommer seltener

geworden. Man bemüht sich deshalb um die Besucher – selbst die europäischen. Der Markt funktioniert. Der Umgang ist freundlich. Beim Kaffee lässt man das natürliche Talent beim Handeln um Waren und Dienstleistungen spielen. Nur halb so viel Enthusiasmus würde dem Schweizer Tourismus gut über die Frankenstärke hinweghelfen.

Das Wirtschaftswachstum ist im dritten Quartal 2014 auf magere 1,7 Prozent gesunken. Die Inflation steigt. Dies alles verursacht dem Sultan im neuen, immensen Prachtpalast in Ankara Kopfschmerzen. Im Juni stehen Wahlen an. Seit der Gezi-Park-Protestwelle ist klar, dass sich Erdogan mit allen Mitteln gegen einen Machtverlust wehrt.

Die Schraube wurde angezogen. Die Untersuchungen wegen Korruption wurden abgeblockt, missliebige Polizisten und Richter abserviert und durch eigene Gefolgsleute ersetzt. Die Zensur im Internet wurde ausgeweitet, die Presse gegängelt. Erdogan legt sich auch immer wieder mit dem Chef der formell unabhängigen Notenbank an.

Sehr erfolgreich sind diese autoritären Anwandlungen nicht. Neben dem flauen Wirtschaftsgang sind weitere frühe Errungenschaften im Rückwärtsgang. Der sogenannte Friedensprozess mit den Kurden stockt, weil Regierung und Präsident wachsende pankurdi-

sche Regungen fürchten. Dass die türkischen Kurden zusammen mit jenen in Syrien und im Irak gemeinsame Sache machen könnten, ist ein Albtraum.

Entlang der langen Grenze mit Syrien drängen sich fast zwei Millionen Flüchtlinge. Infiltrationen durch Kämpfer des Islamischen Staates schaffen Unruhe. Dabei ist die Haltung gegenüber den Islamisten äusserst undurchsichtig. Nach hartnäckigen Gerüchten spannen die Türken mit ausgewählten Dschihadisten zusammen und lassen sie nach Europa durchreisen. Auch von Öllieferungen ist die Rede.

Das fügt sich ins Bild einer irrlichternden türkischen Aussenpolitik. So soll Ankara libysche Islamisten mit Waffen unterstützen im Verein mit Katar und gegen die Interessen Ägyptens. Dem Iran hatten die Türken einst geholfen, die westlichen Sanktionen zu umgehen. Der Hamas wurde erlaubt, ein Hauptquartier einzurichten.

Doch ist es der Gegensatz zum Iran, der sonst alles bestimmt. Das Verhältnis zu Israel bleibt zerrüttet. Die Europäer und Amerikaner sind verärgert, weil Erdogan den Flugzeugen der Allianz, die gegen den Islamischen Staat kämpft, den Luftstützpunkt Incirlik nicht öffnet.

So steht die Türkei mittlerweile ohne Freunde da. Das ist eine gefährliche Lage für einen impulsiven Autokraten, der einst eine neo-osmanische Aussenpolitik führen wollte. Enver Pascha, der letzte Kriegsminister der Osmanen, ist schliesslich im Dunkel der Geschichte abgetaucht. Nur eine rostige Brücke in Berlin und eine deutsche Zigarettenmarke erinnerten an ihn.

* Eugene Rogan: The Fall of the Ottomans: The Great War in the Middle East, 1914–1920. Basic Books



Autoritäre Anwandlungen: Premier Erdogan.

Geschichte – modern und faktenfrei

Von Christoph Mörgeli

Von «Mörgeli in mir» schrieb unlängst der Schweizer Historiker Thomas Maissen in der Zeitung *Die Zeit*. Er habe sich dabei ertappt, in Kategorien der «Nationalgeschichte» und der «geistigen Landesverteidigung» zu denken. Doch die berufsethische Differenz zwischen Maissen und mir ist weniger eine zwischen linkem Internationalem und rechtem Nationalkonservativem. Sondern sie liegt in der historischen Faktentreue.

Am 29. Juni 2014 schrieb Thomas Maissen in der *NZZ am Sonntag* über die angebliche Schweizer Parteinahme für Deutschland vor hundert Jahren. Und hielt fest, «dass zwei Generalstabs-offiziere regelmässig Geheimdienstinformationen an die Mittelmächte weiterreichten, wofür General Wille sie nur widerwillig und leicht bestrafte». Daran ist ziemlich alles falsch. Statt um «Geheimdienstinformationen» ging es 1915/16 um das normale tägliche Nachrichtenbulletin des Armeestabs. Dieses hätte zwar aus Neutralitätspolitischen Gründen nicht weitergegeben werden dürfen. Aber ein ähnlicher Nachrichtenaustausch bestand im Interesse unserer Landesverteidigung auch mit Frankreich.

Das Divisionsgericht 5 in Zürich sprach die Obersten Egli und von Wattenwyl frei und überwies sie zur disziplinarischen Bestrafung an die Armeeführung. Nach einer zweistündigen Sitzung mit dem Gesamtbundesrat verhängte General Wille die höchstmögliche Strafe von zwanzig Tagen scharfem Arrest über die beiden Offiziere, die der Bundesrat sogleich ihrer Funktionen enthob. Die «Obersten-Affäre» wurde mit Max Huber von einem der landesweit besten Juristen untersucht. Mit etwas mehr «Mörgeli in ihm» hätte Thomas Maissen zu diesem Thema auch die seriösen Historiker Jürg Schoch (1972) und Hans Rudolf Fuhrer (2003) studieren müssen.

Ähnlich faktenfreie Schweizer Geschichte schrieb Jakob Tanner, als er 1987 in der *Friedenszeitung* den Oberbefehlshaber der Armee im Ersten Weltkrieg als «senilen General Ulrich» titulierte. In Wahrheit war Ulrich Wille keine Minute seines Lebens senil. Er wurde 1917 vielmehr Opfer einer ungeheuerlichen Intrige von Armeearzt und Gesamtbundesrat, der ihn mit einer falschen Diagnose loswerden wollte. Auch dieses trübe Kapitel wurde historisch sorgfältig aufgearbeitet. Mit etwas mehr «Mörgeli in ihm» könnte Jakob Tanner all das nachlesen. In einem 22-seitigen wissenschaftlichen Aufsatz. Von Mörgeli.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Das zweite Wunder von Bern

Von Peter Bodenmann — Adrian Amstutz und Gabi Huber zogen Vera Weber erfolgreich über den Tisch.



Rettung der Nachbarn: Politiker Amstutz (l.), Initiantin Weber.

Es hat viel zu viele Ferienwohnungen in den Alpen. Viele verslumen. Der Tourismus erstickt an zu hohen Kapazitäten, die an immer weniger Tagen im Jahr genutzt werden. Der Zubau weiterer Wohnungen ist das Dummste, was geschehen kann und geschehen wird.

Und dies, weil Adrian Amstutz und Gabi Huber Vera Weber über den Tisch gezogen haben. Schauen wir uns ihren Kompromiss etwas näher an: Alle bestehenden Erstwohnungen dürfen in Zweitwohnungen umgewandelt werden. Das absehbare Resultat: noch höhere Mieten für die ständige Wohnbevölkerung.

Die Alpen und Voralpen sind voller Ställe und Scheunen, die vielerorts schleichend verfallen. Neu kann man diese relativ problemlos in Zweitwohnungen umbauen und erweitern.

Wer lieber eine Zweitwohnung in einem Neubau haben möchte, wird sich neu eine sogenannte bewirtschaftete Wohnung leisten. Und diese auf dem Papier, aber nie in Wirklichkeit an Dritte vermieten.

Das politische System hat die überraschende Annahme der Initiative Weber nicht genutzt, um notwendige Innovation voranzubringen. Obwohl die Alpeninitiative aufgezeigt hat, wie man dies machen kann. Zwei Schritte hätten genügt.

Schritt 1: Bestehende Zweitwohnungen dürfen abgebrochen und – falls gewünscht – an neuen, besseren Standorten als Plus-Energie-

Chalets neu erstellt werden. Wenn bestehende Zweitwohnungen gar in günstige Erstwohnungen für Einheimische und Zuwanderer umgewandelt werden, können die so freigegebenen Bruttogeschossflächen für Neubauten verwendet werden. Die Summe der Zweitwohnungsflächen wäre gleich geblieben, der Gebäudepark zukunftsgerichtet erneuert worden. Und dies ökonomisch, ökologisch und raumplanerisch richtig.

Schritt 2: In allen Hotspots der Alpen ist der Wert der Zweitwohnungen durchschnittlich zehnmal so hoch wie der Wert der Bahnanlagen. Ohne Bahnen und ohne Schneekanonen wären die Ferienwohnungen nicht einmal mehr die Hälfte wert. Die Besitzer der Zweitwohnungen müssten gesetzlich verpflichtet werden, kapazitätskonform pro zwei Betten ein übertragbares General-Abo für die Bergbahnen zu übernehmen. Die Bergbahnen der Dorfkönige müssten gezwungen werden, die Zweitwohnungsbesitzer zu den Hauptaktionären zu machen, weil diese die Bahnen über ihre General-Abos neu finanzieren.

Frankreich und Österreich sähen skitouristisch über Nacht alt aus. Adrian Amstutz, Gabi Huber und Vera Weber haben unsere Nachbarn gerettet. Und Nationalrat Beat Jans beklatschte für die SP dieses «Wunder» von Bern.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Romantiker und Pragmatiker

Von Kurt W. Zimmermann — Die Jahresabschlüsse von Tamedia und NZZ. Auf so engem Raum zwei so völlig verschiedene Kulturen.

Man glaubt es kaum. Aber es ist nur zwanzig Jahre her. Vor zwanzig Jahren war die NZZ-Gruppe das erfolgreichste Medienhaus der Schweiz.

Das Erfolgskriterium war schon damals die Umsatzrendite. Diese Kennzahl sagt aus, wie viel Prozent vom Umsatz als Profit hängen bleibt. Die NZZ schaffte beachtliche 14 Prozent.

«Bei der Rendite etabliert sich die NZZ als Spitzenreiter», schrieb bewundernd die *Handelszeitung* im Jahr 1995. Tamedia lag klar dahinter auf Platz zwei.

Wie sich die Zeiten ändern. Heute ist die NZZ-Gruppe das erfolgloseste Medienhaus der Schweiz. Sie machte 2014 einen Reinverlust von 30 Millionen. Rivale Tamedia hingegen verdiente 160 Millionen.

Es muss in den letzten zwanzig Jahren also einiges passiert sein. Tatsächlich. Vor zwanzig Jahren hatten die zwei Häuser eine vergleichbare Kultur. Heute ist sie diametral.

Soeben stellte die NZZ ihren neuen Chefredaktor vor. Eric Gujers Wahl war ein monatelanger Disput über Blattlinie, Liberalismus und Freisinn vorausgegangen. Gujer sei «ein intellektueller Leuchtturm», jubilierte das hauseigene Communiqué schliesslich über den neuen Messias im Chefbüro.

Kurz zuvor hatte auch der *Tages-Anzeiger* den neuen Chefredaktor vorgestellt. Arthur Rutishausers Wahl war nicht eine Sekunde an Disput vorausgegangen. Der bisherige Chef der *Sonntagszeitung* wird die beiden Blätter nun zusammenführen. Er wurde im hauseigenen Communiqué nicht als Messias, sondern als Manager angekündigt.

Das ist der Unterschied. Bei der NZZ sind Romantiker am Werk. Bei Tamedia sind es Pragmatiker.

Romantik bedeutet: Journalismus ist alles in einem Verlagshaus. Erfolg hat man, wenn man in der Höhe des Leuchtturms strahlt.

Pragmatik bedeutet: Journalismus ist nur ein Teil in einem Verlagshaus. Erfolg hat man, wenn man in der Tiefe des Bergwerks wühlt.

Vor zwanzig Jahren war das anders. Die zwei Firmenkulturen kamen sich damals sehr nahe. Hier wie dort zählte nur der Journalismus. Beide wollten die publizistische Flughoheit im Land. Der *Tages-Anzeiger* unter seinem ambitionierten Chef Roger de Weck griff die NZZ als nationales Leitmedium an.

Beide Seiten konnten sich die geistige Rivalität locker leisten. Denn das Geld floss automatisch in ihre Kassen. Die Kleinanzeigen aus



Journalismus ist alles: neuer NZZ-Chef Gujer.

dem Stellen-, Auto- und Immobilienmarkt brachten jährliche Erträge von Dutzenden von Millionen.

Doch dann verschwanden die Kleinanzeigen für immer aus den Zeitungsspalten.

Bei Tamedia übernahmen nun die Pragmatiker das Ruder. Sie wussten, dass Journalismus nicht alles ist. Sie investierten massiv in Kleinanzeigen-Portale im Internet. Sie verdienen heute darum wieder kräftig Geld. Sie können ihren Journalismus noch lange finanzieren.

Bei der NZZ blieben die Romantiker am Ruder. Sie glaubten weiterhin, dass Journalismus alles ist. Sie sahen dem Verschwinden der Kleinanzeigen tatenlos zu und investierten nicht im Internet. Darum schreiben sie heute kräftig rot. Wenn es so weitergeht, gehen ihrem Journalismus eines Tages die Mittel aus.

Die NZZ-Gruppe setzte auf eine reine Bewahrungsstrategie. Ihr Umsatz wuchs in den letzten zwanzig Jahren nur um 120 Millionen. Tamedia, mit ihrer Wachstumsstrategie, legte derweil um 520 Millionen an Umsatz zu.

Die unterschiedliche Kultur wurde sehr schön sichtbar, als die Chefs der beiden Unternehmen soeben ihre Jahresschlüsse kommentierten.

«Das Wichtigste sind die Inhalte», sagte NZZ-CEO Veit Dengler. So redet ein Journalist. «Wir investieren konsequent in unsere Online-Angebote», sagte Tamedia-CEO Christoph Tonini. So redet ein Kapitalist.

Der Spurenleger

Von Beatrice Schlag — Das seltsame Geständnis des Robert Durst.

Am vergangenen Sonntag strahlte der amerikanische Bezahlender HBO die letzte Folge einer Dokumentarserie über den New Yorker Multimillionär Robert Durst aus. Durst



wurde 2003 in Texas zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, nachdem er seinen Nachbarn Morris Black zerstückelt und, auf Plastiktüten verteilt, ins Meer geworfen hatte. Er war verhaftet worden, als er ein Sandwich stahl, obwohl er 500 Dollar bei sich hatte. Den Mord bestritt er: Ein Schuss habe sich gelöst, als er mit Black um eine Waffe rangelte. Er habe Black aus Angst, man würde an seiner Aussage zweifeln, verschwinden lassen. Verschwinden lassen? Plastiktüten schwimmen im Wasser obenauf. Die Jury glaubte ihm, obwohl der hochintelligente Durst bereits dringend verdächtigt war, in New York seine 1982 verschwundene erste Frau und zwölf Jahre später in Los Angeles seine Trauzeugin ermordet zu haben.

2010 hatte Andrew Jarecki den Spielfilm «All Good Things» gedreht, Vorlage war das Leben von Robert Durst. Der Film mit Ryan Gosling in der Hauptrolle fiel beim Publikum durch, aber Durst mochte ihn. Als er erfuhr, dass Jarecki eine Dokumentarserie über ihn vorbereitete, rief er den Regisseur an und sagte, er würde gerne mitmachen, «damit auch einmal meine Seite gehört wird». Durst, sagt Jarecki, habe ihm keinerlei Auflagen gemacht und keine Fragen ausgeklammert, «obwohl der Mann Geld genug hat, einen Dokumentarfilm nach seinem Wunsch in Auftrag zu geben». Die Serie, an der Jarecki acht Jahre lang arbeitete, endet mit einem Knall: Durst unterbricht das Interview, geht auf die Toilette. Sein drahtloses Mikrofon steckt noch an seinem Revers. Er murmelt: «Was zum Teufel hab ich getan? Sie alle umgebracht natürlich.» Fast gleichzeitig mit dem Serienfinale melden die News, der 71-Jährige sei in einem Hotel in New Orleans verhaftet und nach Los Angeles ausgeliefert worden, wo der Mord an seiner Trauzeugin erneut untersucht wird. Die Medien vermuten einhellig, Durst habe bei seinem Selbstgespräch nicht bedacht, dass das Mikrofon noch eingeschaltet war. Kann sein. Aber Serienmörder sind erstaunlich oft bewusste Spurenleger. Sie suchen Anerkennung für ihre Schlaueit. Experten bezweifeln, dass das Klo-Geständnis ein zulässiger Beweis ist.

«... das kommt sicher daher, dass die verwöhnte weibliche Gesellschaft um nichts mehr kämpfen muss.» *Beatrix Kruger*



«Weder benachteiligt noch hilflos.»

Wenn sie will, kann sie alles

Nr. 11 – «Das hilfsbedürftige Geschlecht»; Rico Bandle und Katja Oskamp über Frauen

Ich bin enttäuscht und irritiert über die Aussage, dass der Staat den Frauen unter die Arme greifen müsse! Wieso? In diesem Fall wäre die Emanzipation der Frau definitiv auf dem absteigenden Ast. Das kommt sicher daher, dass die heutige verwöhnte weibliche Gesellschaft um nichts mehr kämpfen muss und alles auf dem Tablett serviert bekommt. Dahinter steht noch eine Gruppe frustrierter, bissiger Feministinnen, eine Art Polizei, die nur auf einen Fehltritt der Männer wartet, die zum heutigen Zeitpunkt und in zunehmendem Masse selber der Diskriminierung ausgesetzt sind.

Ich fühle mich als Frau weder benachteiligt noch hilflos, und wahrscheinlich liegt das daran, dass ich selbständig arbeiten muss und mein Geschäft mit mir und meiner Energie steht oder fällt. Ich kann also niemanden für mein Versagen verantwortlich machen. Als Vorbild dient meine Mutter, die während siebzig Jahren ohne viel Aufhebens das Geld verdiente, mich grosszog, die Wohnung renovierte und immer machte, was sie wollte. Man muss sich im Leben alles selber erschaffen! Eine Frau kann in unserer Gesellschaft wirklich alles – wenn sie nur will!

Beatrix Kruger, Zürich

Schwere Zeiten für Konfessionen

Nr. 11 – «Abschied als Chance»; Peter Ruch über den Protestantismus

Der Autor erklärt die Beweggründe zur Reformation damit, dass sich der Anspruch, der Papst sei der Vertreter von Jesus Christus und die Gläubigen schuldeten den Kirchenoberen Gehorsam, nicht mit dem Bibelwort belegen lasse. Luther hielt am Hexenwahn fest, an der Ketzervertilgung, am Antisemitismus und an der Leibeigenschaft ebenfalls. Frage: Wo in der Bibel wird diesen Exzessen das Wort geredet?

Nun, vielleicht war Luther katholischer, als wir es wussten (und als der grosse Teil der evangelischen Forschung es weiss beziehungsweise es wissen will). Und was den Zerfall der evangelischen Kirchen betrifft: Die Zeiten werden für beide Konfessionen schlechter. Ich wünsche Herrn Ruch viel Glück, dass er von Jesus Christus bald Antwort erhält.

Hanspeter Müller, Luzern

Schuld am Untergang der Kirchen sind meiner Meinung nach die Kirche und ihre Pfarrer selbst. Statt ihren zahlenden Schäflein Seelsorger zu sein, versteigen sie sich in theoretische, sozialistische Gefilde, öffnen ihre Kirchen den Sans-Papiers und allen möglichen Randständigen, selbstverständlich, ohne ihre Mitglieder zu fragen. Der hehre Klub der bestens bezahlten Pfarrer (man ist ja schliesslich

Akademiker) hat den Zugang zum Volk mit Ausnahme der wirklich Alten komplett verloren!

Im Gegenzug scheint mir die evangelische Kirche in Amerika (Methodisten, Baptisten, Presbyterianer, Episkopale) wesentlich mehr Lebenskraft zu beweisen: Als unsere Familie vor vielen Jahrzehnten in die USA auswanderte, wurden wir schon bald vom Seelsorger der lokalen Methodistenkirche besucht und über unser Befinden und das der Kinder befragt. Es entstand ein interessantes Gespräch, welches mit der finanziellen Verpflichtung meinerseits endete. Die Pfarrer dort erhalten kein staatliches Salär!

Wir gingen damals recht oft in die Kirche und nahmen auch am gemeinschaftlichen Brunch und an anderen Anlässen teil. Für mich waren diese Besuche, obwohl ich nicht gerade gläubig bin, eine Art Hygiene für die Seele.

In die Schweiz zurückgekehrt, machten wir eine Weile bei den Reformierten mit, fanden die Sache eher lebensleer und arrogant. Als wir nach zwanzig Jahren aus der Kirche austraten, war der Teufel los. Zum ersten Mal kontaktierte uns der reformierte Pfarrer persönlich!

Ich finde, die Kirchen müssten zuallererst selber für ihr Einkommen sorgen. Das schafft Bodenhaftung. Dann müssten sie Seelsorge für die Mitglieder als wichtigstes Ziel ernst nehmen.

Ulrich Wyss, Wetzikon

Der Schwanengesang auf die reformierte Kirche ist nicht etwa verfrüht, sondern prinzipiell falsch, und zwar aus drei Gründen. Erstens: Der Auftrag der Kirche ist die Verkündigung des Evangeliums. In der Bibel sagt Christus zu seinen Jüngern: «Denn wo zwei oder drei versammelt sind in meinem Namen, da bin ich mitten unter ihnen» (Mt. 18, 20). Das bedeutet, dass trotz Mitgliederschwund die Kirche so lange existiert, wie auch nur zwei Menschen sich in ihren Dienst stellen und im Glauben an die Erlösung durch Christus verbunden sind.

Zweitens: Neben der Verkündigung ist die Kirche im Bereich der Kultur, der Bildung und des Sozialen aktiv und leistet Dienst an der ganzen Gesellschaft. Während der Staat auf dem gegenseitigen Misstrauen der Menschen basiert, ist die Kirche der Ort, wo Vertrauen, Liebe und Menschlichkeit erlebbar werden.

Drittens: Der Tod der Kirche würde das Ende einer sozial konstitutiven kirchlichen Tradition sowie die Zerstörung kunsthistorisch wertvoller Sakralbauten bedeuten. Davon profitiert niemand. Die Kirche ist am Ewigen und Göttlichen orientiert und bietet neben spiritueller auch soziale und kulturelle Orientierung. Daran wird und soll sich in absehbarer Zeit nichts ändern.

Michael D. Schmid, Samstagern

Faszinierendes Schauspiel

Nr. 11 – «Das freundliche Gesicht der Kesb»;
Alex Reichmuth über Lucie Rehsche

Bravo und danke, danke! Welch ein journalistisches Meisterwerk! Den Beweis, dass es sich bei der Kesb um eine durchaus harmlos funktionierende und hilfreiche Behörde handelt, wird mit der detaillierten Beschreibung des Erscheinungsbildes einer Mitarbeiterin erbracht: gepflegte Erscheinung, flotter Pagenschnitt, freundliche Augen. Wenn das faszinierende Schauspiel einer niedergehenden Lawine beschrieben wird, die sich, wie von Geisterhand geschoben, donnernd und grollend ins Tal hinunterbewegt und ein ganzes Dorf verschüttet, dabei aber kein Wort über die Verwüstung verloren wird, wissen alle, dass hier der wichtigste Teil fehlt: die vielen davon Betroffenen. Der Journalist zählt auf die Klugheit der *Weltwoche*-Leser und -Leserinnen. Darauf kann er sich verlassen!

Julia Onken, Romanshorn

Sonderunfall

Nr. 10 – «Der subversive Charme der Gewalt»;
Florian Schwab über die Berner Reitschule

Es ist kein Rätsel. Es sind Leute am Werk, die aus dem Sonderfall einen Sonderunfall machen wollen. In der Gemeinde Bern wie in der Hauptstadt der Schweiz.

Gianfranco Soldati, Locarno

Wenn alle einen Tesla hätten

Sonderheft: Mobilität – «Volkes Wille»;
Interview mit Doris Leuthard

Bundesrätin Doris Leuthard hat kürzlich einen wunderschönen Tesla als Dienstwagen erhalten. Ich mag ihr sowie den anderen Tesla-fahrenden Würdenträgern des Parlamentes dieses Privileg gönnen und wünsche allen viel Fahrspass. Allerdings, wenn alle PW der Schweiz (4,3 Millionen im Jahre 2013) mit Elektrizität betrieben würden, hätte dies für unseren Energiehaushalt gravierende Konsequenzen.

Ausgehend von einem durchschnittlichen Verbrauch von 25 kWh pro 100 km und 15 000 km Fahrleistung pro Auto und Jahr, wäre eine Energiemenge von zirka 16 000 GWh bereitzustellen. Dies könnten 3600 grosse Windkraftwerke (4,5 GWh/Jahr, 120 m Nabenhöhe, 56 m Rotorblattlänge) leisten. An der A1 zum Beispiel würde dann von Rorschach bis Genf alle hundert Meter ein solches Windrad stehen. Wenn statt Windenergie die Solarenergie vorgezogen würde, müssten 80 Quadratkilometer Fotovoltaik-Anlagen (200 kWh pro Quadratmeter und Jahr) bereitstehen. Dies ergäbe eine Solarmodulwand von 220 m Höhe entlang der A1 von Rorschach bis Genf. Setzte man auf Wasserkraft, wären acht neue

Wasserkraftwerke in der Grösse der Grande Dixence notwendig. Braunkohlekraftwerke neuester Technologie (Neurath, Nordrhein-Westfalen, mit 31 Mio. Tonnen CO₂-Ausstoss pro Jahr) brauchte es zwei. Auch zwei neue Kernkraftwerke in der Grösse des AKW Gösigen würden den Bedarf decken. Da kann man nur hoffen, dass sich die Wasserstofftechnologie durchsetzt. – Übrigens: 2013 verbrauchte die Schweiz 59 000 GWh Strom, und dies ohne E-Autos.

Ueli Trösch, Ottoberg

Korrigenda

Das im Inhaltsverzeichnis von Ausgabe Nr. 11/15 abgebildete Tier ist nicht wie angegeben ein Biber (*Castor fiber*), sondern ein Biber-schwanz (*Castorocauda*), ein Biber-ähnliches Säugetier, das vor 164 Millionen Jahren lebte. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

Die Redaktion

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert. Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.



www.stellen-anzeiger.ch



STELLEN-ANZEIGER
Das Schweizer-Jobportal

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man seinem Besuch die Haushaltshilfe, die gerade bei der Arbeit ist, nicht vorstellen?
Cornelia Regli, Cham

Hier liegt, so sieht es aus, ein leichter Fall von dem vor, was Kipling «The White Man's Burden» («Die Bürde des weissen Mannes») nannte. Mit anderen Worten: Wir haben es mit einem Anflug von Schuldgefühlen gegenüber Menschen zu tun, die Dienste leisten, die man selber erbringen könnte. Das ist in diesem Fall wohl unnötig. Eine Haushaltshilfe will in der Regel Geld verdienen, soziale Anerkennung ist dabei von untergeordneter Wichtigkeit. Darum, Frau Regli, lassen Sie Ihre Bedienstete in Ruhe arbeiten. Zahlen Sie ihr lieber einen guten Lohn. Mark van Huisseling

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.



«*Swiss Finish*»: EU-Richtlinien werden im vorseilenden Gehorsam übernommen.

Die Schweiz als EU im Kleinforma

Normierte Duschköpfe, absurdes Wettbewerbsrecht, Bevormundung von Bankkunden, Motorisierung von Autos: Auch ohne das beabsichtigte Rahmenabkommen mit der Europäischen Union treibt Brüssel die Schweizer Gesetzgebung an. Meistens zum Schaden des Landes. *Von Beat Gygi und Florian Schwab*

Die Gurkenkrümmungsverordnung der Europäischen Union ist, obwohl bereits 2009 nach zwanzigjähriger Bedenkfrist abgeschafft, zum Sinnbild für die byzantinische Komplexität der Brüsseler Regulierung geworden. Die Lücke wurde aber rasch durch ähnlich absurde Regelungen gefüllt: So hat Brüssel 2011 erstmals verbindlich geregelt, wie lang die Schnüre maximal sein dürfen, an denen ein Nuggi um den Babyhals baumelt (EU-Norm 12586, Schnullerhalter – Sicherheitstechnische Anforderungen und Prüfverfahren).

In der Einleitung führen die Beamten aus: «Die Anzahl der Unfälle, die durch Schnuller verursacht werden, ist gering, und Unfälle, die einen tödlichen Ausgang haben, sind so gut wie nicht bekannt.» Allerdings sterbe «eine

geringe Anzahl von Kindern» infolge von Unfällen, «an denen ein Schnuller beteiligt ist». Der Tod trete dann «fast immer» durch Strangulation mit einem Band ein, «das üblicherweise entweder selbst hergestellt» oder «für

Es ist kein Fall bekannt, bei dem ein handelsüblicher Nuggi zum Tod eines Kindes geführt hätte.

einen anderen Zweck bestimmt» sei. Die 52 Seiten starke Norm begründet ihre Überflüssigkeit damit gerade selber, ist doch offenbar kein einziger Fall bekannt, bei dem ein handelsüblicher Nuggi mit Band zum Tod eines Kindes geführt hätte.

Gegen solche Kunststücke sind die Stilblüten der Schweizer Beamten ein müder Abklatsch. Tatsächlich? Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass die Schweiz in vielen Fällen die EU-Regulierung mehr oder weniger unesehen übernimmt. Das auch in der Schweiz durchgesetzte Verbot konventioneller Glühbirnen hat seine Wurzel in der EU, ebenso wie die Verbannung von Staubsaugern mit einer Leistung von mehr als 900 Watt. Die dafür verantwortliche Ökodesign-Richtlinie droht jetzt auf Duschköpfe überzugreifen, deren Herstellung in Zukunft dem Ziel des Wassersparens untergeordnet werden soll.

Bundesrat und Parlament übernehmen bereits heute EU-Recht – teils im vorseilenden Gehorsam und teils darum, weil es die

Automatik der bilateralen Verträge erfordert. Dies hat einschneidende Änderungen für die Schweizer Wirtschaft und Konsumenten zur Folge. Drei zentrale Aspekte:

1—Finanzplatz: Die Kopierer von Bern

Seit dem Jahr 2010 feilt das Finanzdepartement von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) an einem regulatorischen Rundumschlag auf dem Finanzplatz. Die Mammutreform ist in drei einzelne Gesetze gegliedert: Beim Finanzdienstleistungsgesetz (Fidleg) und beim Finanzinstitutsgesetz (Finig) ist der Bundesrat gegenwärtig am Durcharbeiten der Vernehmlassung. Das Finanzmarktinfrastrukturgesetz (Finfrag) wird diese Woche im Parlament beraten. Beabsichtigt ist eine tiefgreifende Änderung der Beziehungen zwischen den Finanzdienstleistern und ihren Kunden. Was anfangs von der Finanzmarktaufsicht unter dem Titel «Kundenschutz» angeregt wurde, entpuppt sich als eine weitgehende Übernahme von Bestimmungen der Europäischen Union.

So kopiert das Fidleg die wichtigsten Bestimmungen der EU-Finanzmarktrichtlinie Mifid II: Sämtliche Finanzprodukte müssten in Zukunft in einem standardisierten Prospekt beschrieben werden, dessen Anforderungen sich an die Prospektrichtlinie der EU anlehnen. Zudem sollen die Finanzinstitute verpflichtet werden, wie die Konkurrenten in der EU ihre Beratung gegenüber allen Kunden zu dokumentieren. Die eigentliche Beratungstätigkeit und die Anforderungen an Kundenberater wiederum würden weitgehend den Bestimmungen von Mifid II entsprechen. Dortige «Anpassungen wurden bei der Ausarbeitung der vorliegenden Vernehmlassungsvorlage berücksichtigt», schrieb das Finanzdepartement.

Die Pläne der Finanzministerin sahen vor, diesen Sockel an EU-Recht zusätzlich noch mit einem «Swiss Finish» zu versehen. So hatte Widmer-Schlumpf offenbar ein derart ausgeprägtes Machtgefälle zwischen den Finanzinstituten und ihren Kunden diagnostiziert, dass sie in zivilrechtlichen Verfahren die Beweislast umkehren und die Finanzdienstleister dazu zwingen wollte, die Prozesse von angeblich geschädigten Kunden über einen Prozesskostenfonds vorzufinanzieren. Diese beiden Vorschläge hat der Bundesrat am vergangenen Freitag nicht gutgeheissen und damit aus Sicht der Banken und Vermögensverwalter die gravierendsten Fehler aus der Vorlage entfernt.

Übrig bleibt somit der von der EU-Richtlinie abgeschriebene Bestandteil der Vorlage. Der am Anfang der Reform stehende Gedanke des Kundenschutzes tritt immer mehr hinter einer anderen Zielsetzung zurück: Fidleg trage, so das Finanzdepartement (EFD), «internationalen Entwicklungen Rechnung», so dass «Reputationsrisiken für die Schweiz ver-

mindert» und «Möglichkeiten zur Erhaltung und Verbesserung des bilateralen Marktzutritts geschaffen werden».

Die Sicherung des «Marktzutritts» ist ein Mantra der Schweizer Finanzplatzstrategie, seit die erste vom EFD eingesetzte Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Berner Wirtschaftsprofessors Aymo Brunetti im Jahr 2013 ein schmales Zeitfenster ausmachte, um im Gegenzug zur Akzeptanz des automatischen Informationsaustauschs (AIA) von Kundenda-

Der Besuch bei der Bank wird zu einem ähnlich vergnüglichen Ereignis wie eine Zahnarztvisite.

ten durch die Schweiz den «Marktzutritt» für Schweizer Anbieter im EU-Raum zu erreichen. Doch die Hoffnung auf Fortschritte mit Blick auf ein Finanzdienstleistungsabkommen mit der EU hat sich – trotz Akzeptanz des AIA – als trügerisch erwiesen, und so sieht auch das aktuelle Regulierungsprojekt immer mehr nach vorausgehendem Gehorsam gegenüber der EU aus. Gegenleistungen sind keine in Sicht.

Das Schadenspotenzial des regulatorischen Dreisatzes ist dagegen beträchtlich – nicht nur in der Finanzindustrie. So sollen etwa dem Finanzmarktinfrastrukturgesetz sämtliche Firmen unterstellt werden, selbst wenn sie nicht im Finanzsektor tätig sind. Das verursacht unnötige Bürokratie und Kosten. Der Zürcher Bankier und SVP-Nationalrat Thomas Matter hält fest: «Dafür gibt es keinen vernünftigen Grund.» Die Befürworter des Finfrag würden «einzig und allein mit der Gleichwertigkeit zum EU-Recht» argumentieren.

Der Verband Schweizerischer Vermögensverwalter muss durch die beabsichtigte aufsichtsrechtliche Gleichbehandlung seiner Mitgliedsfirmen und der Banken sogar um die Existenz des gewerblichen Finanzsektors

fürchten. Der Kunde schliesslich wird in einer Art bevormundet, die man aus keinem anderen Wirtschaftszweig kennt. Der Besuch bei der Bank wird dank Bürokratieimport aus Brüssel zu einem ähnlich vergnüglichen Ereignis wie eine Zahnarztvisite.

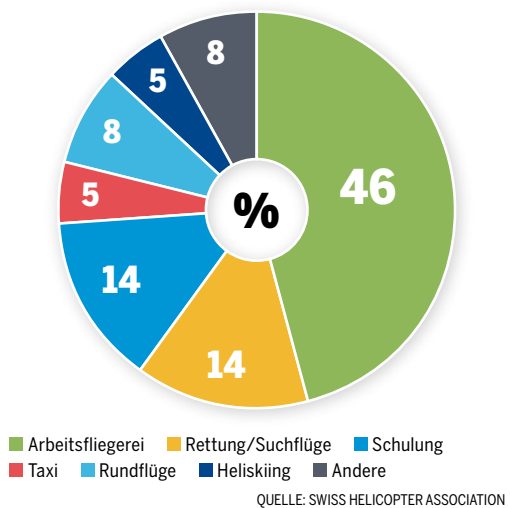
Für den emeritierten Zürcher Finanzprofessor Martin Janssen, der beim Kundenschutz in der Schweiz durchaus Handlungsbedarf sieht, bleibt das Paket aus Fidleg, Finig und Finfrag insgesamt «schlecht für die Schweiz». Er weist darauf hin, dass jede Bank ihre Kunden aus der EU, aus Norwegen und Island wegen des Lugano-Übereinkommens schon heute nach Mifid II berät respektive beraten sollte. Es mache aber «keinen Sinn, die ganze Schweiz so zu regulieren». Janssen plädiert für eine einfache Lösung für Schweizer und Nicht-Europäer: Wahlfreiheit. Nachfrager und Anbieter können wählen, ob sie Mifid II wollen oder nicht. Auf diese Weise kommt es zu Spezialisierungen und zu mehr Effizienz in der Vermögensverwaltung.

2—Luftverkehr: Diktat von aussen

Regulieren im Banne der EU – dieses Problem stellt sich nicht nur bei Erlassen aus jüngster Zeit. Das Luftverkehrsabkommen zwischen der Schweiz und der EU zählt zu den bilateralen Verträgen der ersten Generation, in denen die Kooperation zwischen den zwei Parteien so geregelt werden soll, dass zu einem guten Teil ein gemeinsamer Markt entstehen kann oder wenigstens gegenseitige Zugänge zu den jeweiligen Märkten möglich sind. Bereits damals hat sich die Schweiz auf Arrangements eingelassen, die immer wieder unberechenbare Bewegungen bringen können, weil darin automatisch künftige Weiterentwicklungen der Spielregeln eingeschlossen sind – selbst dann, wenn die EU allein über Neuerungen entscheidet.

Das Abkommen von 1999 verpflichtet die Schweiz, die Regeln der EU beziehungsweise der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) zu übernehmen. Die EASA wurde 2002 gegründet, um die Vorgaben zur Flugsicherheit in Europa zu harmonisieren und verbindlich umzusetzen. Die Behörde mit heute gut 500 Beamten ist dynamisch, ihre Befugnisse wurden zunehmend auf andere Teile der Luftfahrt ausgedehnt, auf die Gebiete Technik, Operation und Infrastruktur. Die Schweiz ist EASA-Mitglied ohne Stimmrecht, und das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) ist quasi die Verbindungsbehörde, deren Hauptaufgabe darin besteht, die EASA-Regulierung in der Schweiz umzusetzen. Das Bazl weist darauf hin, es werde «in nächster Zeit weiterhin zu vermehrten und regelmässigen Änderungen der Vorgaben und Normen kommen, welche Piloten, Verantwortliche von Airlines, Unterhaltungspersonal, Fluglotsen und Flughafenbetreiber betreffen».

Wofür Helikopter gebraucht werden



Internationale Regeln für lokale Branchen.

Der international orientierten Luftfahrt kommt eine Harmonisierung der Regeln meist entgegen, weil ein länderweises Aushandeln von Verträgen entfällt, aber in der stärker lokal tätigen Helikopterbranche zeigt sich, welche Probleme eine allzu weitgehende Vereinheitlichung quer über die Länder bringen kann.

Die Helikopterfliegerei spielt vor allem in Berggebieten eine wichtige Rolle. Laut Angaben der Swiss Helicopter Association (SHA) gibt es in der Schweiz pro Kopf am meisten Helikopter weltweit. Etwas über 300 Maschinen sind zurzeit im Luftfahrzeugregister eingetragen, und gut 30 Unternehmen führen pro Jahr gegen 100 000 gewerbliche Flüge durch. Das entspricht einem zeitlichen Pensum von 50 000 bis 60 000 Piloten-Stunden. Die Helikopterbranche gleicht einer Art Lastesel. Die Grafik auf Seite 33 zeigt, dass fast die Hälfte der Flüge unspektakulären Arbeitseinsätzen dient, etwa zur Versorgung von Häusern und Anlagen in Berggebieten mit Lebensmitteln und Material, zu Transportleistungen beim Bauen oder Abholzen. Die bekannten Rettungsflüge sowie Schulungen machen je etwa 14 Prozent aus, und weniger als ein Fünftel hängt mit Taxi- und Rundflügen oder Heliskiing zusammen.

Dass die Schweiz mit dem Luftverkehrsabkommen einen Rahmen akzeptiert hat, der nicht stabil ist, sondern sich unvorhersehbar verändern kann und von fremden Automatismen abhängt, hat in jüngerer Zeit in der Helikopterbranche Unmut erregt, dies wegen zwei neuen Regelungen. Zum einen will die EASA das Fliegen mit einmotorigen Hubschraubern stark einschränken. Zum andern hat die EU bereits 2011 eine Verordnung zur Herabsetzung der Altersgrenze für Piloten im gewerblichen Luftverkehr von 65 auf 60 Jahre erlassen.

Die SHA wehrt sich nun unter anderem mit politischen Vorstössen ihres Präsidenten Rudolf Joder gegen diese Einschränkungen, da die Umsetzung der Branche hohe Kosten aufbürde. Die Reduktion der Altersgrenze für Piloten würde nicht nur Rekrutierungs- und Verdienstmöglichkeiten einengen, sondern auch millionenschwere Nachfinanzierungen bei der Altersvorsorge nötig machen. Im Bauhauptgewerbe ist es anders: Hier wurde vor etwa zehn Jahren die schrittweise Umstellung auf das Rentenalter sechzig eingeleitet und dafür ein grosser Apparat mit Vorleistungen der Firmen und Arbeitnehmer eingerichtet. Angesichts der harten Arbeit und körperlichen Abnützung auf dem Bau wurde dieses Projekt von beiden Seiten getragen.

Ein ähnliches Diktat von aussen der Heli-Branche vorzuschreiben, wäre aus Sicht der SHA aber widersinnig. Fitness und Leistungsfähigkeit der Flugspezialisten zwischen 60 und 65 Jahren seien in Ordnung, wenn sie die entsprechenden Tests bestünden. Man erinnert auch daran, dass die SBB pensionierte

Lokomotivführer einstellen, was dem Argument der eingeschränkten Leistungsfähigkeit im Alter den Boden entziehe. Das Bazl hat laut Angaben seines Sprechers die Helikopterbranche jedoch schon vor Jahren auf die kommende Altersbegrenzung hingewiesen und zu Anpassungen aufgefordert. Die Schweizer Behörde habe immerhin erreicht, dass die Begrenzung nur für Personenflüge und erst ab nächstem Jahr gelte und dass für andere Zwecke bei Einhaltung strenger Gesundheitsuntersuchungen weiterhin bis zum Alter von 65 Jahren geflogen werden könne.

Auch die EASA-Einschränkungen für einmotorige Helikopter habe man, so die Bazl-Seite, für die Schweiz entschärfen können. Die Vorgaben aus Brüssel beziehungsweise Köln gehen von der Annahme aus, dass Hubschrauber mit nur einem Motor weniger sicher seien als Maschinen mit zwei Turbinen. Nach Aussagen von Branchenexperten gibt es aber keine soliden Untersuchungen oder Statistiken, die solche Thesen belegen können, weder in Europa noch in den USA, dem Land, das in der Helikopterbranche seit je als Referenzgrösse gilt. Für die Schweiz wurde nun ein Kompromiss aufgegleist, der über dichtbesiedeltem Gebiet und bei Rettungsflügen in der Nacht Helikopter mit zwei Motoren vorschreibt. Die SHA ist dennoch der Ansicht, dass das Bazl für die Schweiz mehr Speziallösungen herausholen könnte.

3 — Wettbewerb: Linke Interventionslust

Das Schweizer Parlament hat 2014 die Revision des Kartellgesetzes fallenlassen, weil es sich nicht einigen konnte. Der Bundesrat und das linke Lager orientierten sich an den EU-Wettbewerbsbehörden und steigerten sich – zum Missfallen des rechten Lager – in eine Interventionslust. Schon vorher hatte Walter Stoffel als früherer Präsident der schweizerischen Wettbewerbskommission (Weko) von einer Annäherung an die EU und einer Kooperation mit den

Brüsseler Kollegen geschwärmt – nun geht es weiter in diese Richtung. Anfang Dezember ist das Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Zusammenarbeit bei der Anwendung des Wettbewerbsrechts in Kraft getreten. Dieses erlaubt es den Behörden der beteiligten Länder, gegenseitig Informationen über Fälle auszutauschen, die quasi als Mehrländer-Angelegenheiten über die Grenzen hinweg zusammenhängen. Die Weko und die Wettbewerbsbehörde der EU dürfen in den Verfahren enger zusammenarbeiten, sich über Vollzugsmassnahmen informieren, diese koordinieren und Beweise oder Informationen austauschen.

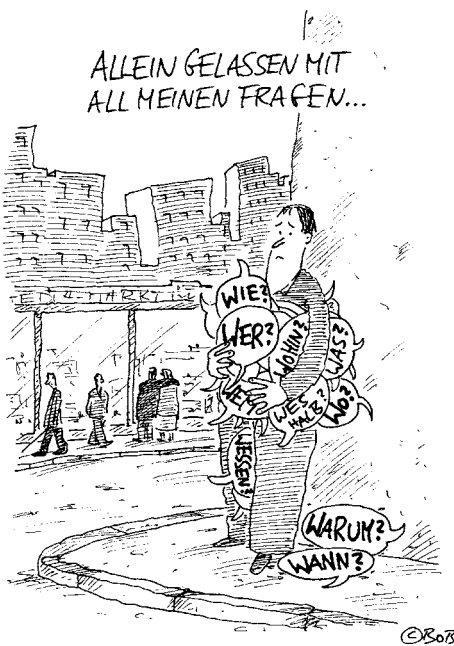
Natürlich betonen alle, dass es strenge Regeln zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen, personenbezogenen Daten und der Verfahrensgarantien gebe. Es halten sich aber Befürchtungen, dass weitergegebene Informationen auch in Zivilprozessen in EU-Ländern verwendet werden könnten und dass Geschäftsgeheimnisse nicht hundertprozentig sicher seien vor fremdem Einblick. Die Furcht vor einem Miss-

Es ist für den Fiskus attraktiv, in der Schweiz sozusagen die EU en miniature nachzubauen.

brauch der Daten in der EU kann dazu führen, dass die Arbeit der Weko im Inland erschwert wird – was auf eine Art Reziprozität der Behinderungen hinausläufe.

Das Bemühen, der EU zu gefallen und Schweizer Spielregeln vorsehend EU-kompatibel zu machen, zeigt sich im politischen Alltag immer wieder. So wendet die Schweiz bei Autoimporten das gleiche Schema zur Besteuerung des CO₂-Ausstosses an wie die EU, indem für Grenzwerte und allfällige Strafen der Flottendurchschnitt pro Marke als Bezugsgrösse gilt. Während aber der Durchschnittswert in der EU auf 28 unterschiedlich reichen Ländern beruht, führt in der Schweiz die hohe Kaufkraft zu Flotten mit besonders starken Motoren und entsprechend schweren Belastungen bei der CO₂-Steuer.

Es ist also auch für den Fiskus attraktiv, in der Schweiz sozusagen die EU en miniature nachzubauen. Und EU-Besessenheit kommt auch spontan in Parlamentsdebatten zum Vorschein. Als Bundesrätin Leuthard in der Diskussion über Verkehrssicherheit 2011 für die Befristung der Führerscheine plädierte, meinte sie: «Erstens kennt praktisch die ganze Welt eine Befristung; auch in der Europäischen Union wird die Befristung des Führerausweises in einem Jahr obligatorisch sein. Die Schweiz würde also einmal mehr zur Insel, wenn wir ein eigenes Prozedere für unsere Ausweise vorsähen. Das können wir tun, aber es ist völlig quer in der internationalen Landschaft.» In diesem Fall tat das Parlament das.



In der Rolle des Friedensstifters

Nur mit dem Kauf von Transportflugzeugen könne die Schweiz ihre Unabhängigkeit und Souveränität bewahren, behauptet Aussenminister Didier Burkhalter. Damit begibt er sich neutralitätspolitisch auf heikles Terrain. *Von Hubert Mooser*

Die Evakuierung von Diplomaten und Elitesoldaten aus der Schweizer Botschaft in Tripolis im Sommer 2014 war ein Ausnahmefall. Aber politisch hallt die Aktion bis heute nach. Wo auch immer in den letzten Wochen über die Notwendigkeit eines bundeseigenen Transportflugzeuges gesprochen wurde, folgte der Verweis auf Libyen. Die Diplomaten und das zum Schutz nach Tripolis entsandte Armeedetachment verliessen das Land an Bord eines von der Tschechischen Republik gecharterten Flugzeugs. Bundespräsident Didier Burkhalter musste dafür beim tschechischen Aussenminister Lubomír Zaorálek um eine Mitfluggelegenheit betteln.

Seither drängte der Chef des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) den Bundesrat wiederholt zum Kauf eines Transportflugzeugs. Anfangs zeigte sich Ueli Maurer – als Verteidigungsminister darf er das Flugzeug ganz oder teilweise mitfinanzieren – nicht begeistert über Burkhalters Pläne. Letzten Herbst gab er dem Drängen aber nach und versprach, den Kauf zu prüfen. «Noch in diesem Frühjahr wird sich der Bundesrat mit der Frage beschäftigen», sagte Maurer vor einer Woche im Ständerat. Denn nun fordert auch eine breite Allianz im Parlament, von Géraldine Savary (SP, VD) bis Peter Bieri (CVP, ZG), eine Evaluation zur Beschaffung eines oder mehrerer Flugzeuge. Bieri sagt, die Schweiz brauche Transportkapazitäten, die unkompliziert und ohne Verzögerungen in Notsituationen eingesetzt werden könnten.

Das Verteidigungsdepartement musste gemäss Armeesprecher Walter Frik in den letzten fünf Jahren acht Armeeangehörige aus gesundheitlichen Gründen von der Rega in die Schweiz zurückfliegen lassen. Für die Swissscoy-Friedensmission im Kosovo mietete die Schweiz laut EDA eine spanische Frachtmaschine. 2012 bis 2014 sind der Eidgenossenschaft dadurch Kosten in Höhe von zirka 11,6 Millionen Franken entstanden – ein Klacks im Vergleich zu den Anschaffungs- und Unterhaltskosten einer eigenen Maschine. Für die Einsätze in Mali, der Westsahara, in Nepal oder im Sudan übernahmen private Spediteure wie DHL den Transport des Materials.

Nobelpreis-Kandidat Burkhalter

Der Aussenminister macht jedoch nicht aus Kostengründen oder aus Angst vor Engpässen im Krisenfall Druck. Seit er die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

(OSZE) präsidiert hat, gefalle er sich in der Rolle des Friedensstifters, sagt Nationalrat Roland Rino Büchel (SVP, SG), Vizepräsident der Aussenpolitischen Kommission. In Syrien und in der Ukraine, wo sich Burkhalter ins Spiel brachte, gehen die Kämpfe allerdings ungebremst weiter. Das hindert seine Fans im Parlament nicht, den EDA-Chef als möglichen Kandidaten für den Nobelpreis in Stellung zu bringen, wie die *Schweiz am Sonntag* berichtete. Burkhalter



Dem Ausland gefallen: Didier Burkhalter.

tue wie schon seine Vorgängerin Micheline Calmy-Rey alles, um dem Ausland zu gefallen, sagen seine Kritiker. Calmy-Rey wollte 2009 Elitesoldaten zum Schutz der Schweizer Schiffe vor somalischen Piraten am Horn von Afrika einsetzen. Das Parlament verweigerte ihr aber die Gefolgschaft. Burkhalter ist für solche Aktionen ebenfalls Feuer und Flamme. In den letzten fünf Jahren leistete die Armee zwei bewaffnete und 26 unbewaffnete Einsätze im Ausland. Aktuell sind Schweizer Soldaten und Offiziere in achtzehn Ländern engagiert. Burkhalter möchte, dass die Schweiz noch aktiver wird. Neutralitätspolitisch sind die Missionen jedoch stets eine Gratwanderung.

Wie heikel sie sind, zeigt das Schicksal von Schweizer Armeeangehörigen in Mali. Bei einer Terrorattacke in der Nacht vom 7. März kamen drei Schweizer Minenräumer nur knapp mit dem Leben davon. Zwei erlitten schwere Verletzungen. Im Parlament kam es zu Anfragen von den SVP-Nationalräten Roland Rino Büchel (SG), Thomas Hurter (SH), Roland Borer (SO) und Andrea Geissbühler (BE). Aus den Antwort-

ten des EDA kann man folgenden Schluss ziehen: Der Einsatz der drei Schweizer in Mali wurde gestützt auf eine veraltete Risikoanalyse aus dem Jahre 2013 bewilligt. Die *Basler Zeitung* giftelte prompt: Der Bundesrat nehme den Tod seiner Minenräumer in Kauf. Vor diesem Hintergrund gewinnt der Kauf von neuen Transportflugzeugen an Brisanz: Für Büchel besteht kein Zweifel, dass die Zahl der Auslandseinsätze mit eigenen Transportflugzeugen steigen wird. Dann werde man sagen: Jetzt, wo man die Maschinen habe, müsse man diese auch vermehrt einsetzen. Es brauche aber kein zusätzliches Engagement der Schweiz auf internationalen Kriegsschauplätzen, findet der St. Galler. Und die notwendigen Transportkapazitäten für die aktuellen Einsätze könne man günstig einkaufen. Bei der Durchführung der afrikanischen Fussballmeisterschaft 2002 habe man für den Transport des Materials von London nach Afrika eine Antonow für weniger als 20 000 Dollar mieten können, so Büchel. Flugzeugspezialist und Nationalrat Thomas Hurter sieht das anders: «Genau dann, wenn man dringend eine Maschine braucht, ist erfahrungsgemäss keine verfügbar, weil andere eben auch Transportkapazitäten benötigen – das sehen wir am Beispiel Libyen.»

Nicht generell kostengünstiger

Verteidigungsminister Maurer lässt nun bei verschiedenen Departementen anfragen, ob man mitunter auch Verwendung hätte für einen eigenen Transportflieger – zum Beispiel beim Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) von Simonetta Sommaruga zur Rückführung abgewiesener Asylsuchender. Das EJPD lässt sich vorerst nicht in die Karten blicken. Bei Rückführungen arbeite das Staatssekretariat für Migration (SEM) mit dem EDA-Reisedienst, mit Fluggesellschaften oder privaten Reiseagenturen zusammen. Das Bundesamt für Migration (BfM) entscheide sich grundsätzlich für das im konkreten Einzelfall am besten geeignete und kostengünstigste Fluggerät, sagt EJPD-Sprecher Philipp Schwander. Manchmal könnte es aber von Vorteil sein, wenn die Rückführungen mit einem Flugzeug des Bundes durchgeführt würden. Rückführungen mit der Luftwaffe seien indes generell nicht kostengünstiger. Für Burkhalter ist das ohnehin nicht die entscheidende Frage: Wolle die Schweiz ein unabhängiger und souveräner Staat bleiben, könne das Land nicht auf Transportmaschinen verzichten, schreibt das EDA. O

Verbittert in der Idylle

Wegen Geldnot verkauft der Unternehmer Beat Fasnacht das Sozialzentrum Guglera im freiburgischen Giffers an den Bund. Nun soll dort ein Heim für 300 Asylbewerber entstehen. Die Bevölkerung schimpft Fasnacht einen Profiteur. Dabei wollte er nur die Welt verbessern. *Von Alex Reichmuth und Sébastien Agnetti (Bild)*

Am 25. Februar entlud sich in der Sporthalle Giffers im freiburgischen Sensebezirk ein Gewitter der Entrüstung. Der Kanton und der Bund informierten über das geplante neue Asylzentrum für bis zu 300 Flüchtlinge. Über tausend Personen waren anwesend. Das Publikum zeigte sich empört. Es fühlte sich hintergangen. Klammheimlich sei etwas beschlossen worden, was für die Region grosse Auswirkungen habe, ohne Einbezug der betroffenen Gemeinden. Die Behördenvertreter wurden förmlich niedergeschrien.

Mittendrin im Sturm: Beat Fasnacht. Ihm galten die Buhrufe besonders. Er ist Besitzer des Zentrums Guglera und hat mit dem Verkauf des Anwesens das Asylheim erst möglich gemacht. Ein Profiteur sei er, der dem Bund zudiene und sich so eine goldene Nase verdiene, hiess es. Fasnacht fühlte sich wie im falschen Film. Er – ein Profiteur? Ausgerechnet!

Das Zentrum Guglera liegt abgelegen in den Freiburger Voralpen auf 900 Metern über Meer. Es besteht im Wesentlichen aus einem gesichtslosen Zweckbau aus den sechziger Jahren, der das Prädikat «Bausünde» verdient. Doch die Umgebung mit den sanften Hügeln und schmucken Wäldern ist idyllisch. 150 Jahre lang hatten die Ingenbohler Schwestern hier eine Schule und ein Mädcheninternat betrieben. Doch weil der Orden aus der Inner-schweiz überaltert war und in der Folge immer weniger Schwestern zur Betreuung der jungen Menschen bereitstanden, trennte man sich 2007 vom Institut.

Zentrum mit finanziellem Geburtsfehler

Käufer war Beat Fasnacht, der sich «Social Entrepreneur» nennt und schon damals eine schillernde Figur war. Fasnacht hatte seit den siebziger Jahren unzählige Unternehmen gegründet. Er hatte einen Coiffeursalons und ein Restaurant betrieben und einmal gar ein Einkaufszentrum geplant. Er war im Gartenbau tätig, hatte als Sanierer und Vormund gearbeitet, diverse Firmen im Bereich Gesundheit und Hygiene lanciert und sich mit Stiftungen im Sozialbereich engagiert. Nun verwirklichte sich Fasnacht mit der Guglera einen Lebens- Traum: ein Zentrum einrichten, das Jugendliche mit schlechten Chancen wieder fit für den Arbeitsmarkt macht. Jungen Menschen ohne Hoffnung neuen Lebensmut geben. Ein Idealist, wie es scheint.

Wir treffen Beat Fasnacht an einem schönen Frühlingstag im Institut Guglera. Stattliche

Erscheinung, markanter Schnauz, kräftiger Händedruck. Sogleich schiesst der 65-Jährige los. Wie nötig es sei, jungen Menschen ohne Aussichten auf einen Job neue Perspektiven zu geben. Wie besonders übergewichtige Jugendliche und benachteiligte Migranten Hilfe nötig hätten. Wie sehr er sich hier mit Dutzenden von Mitarbeitern reingekniet habe, um Junge mittels Arbeitspraktika fit für das Leben zu machen. Wie viel Erfolg er damit habe.

Erfolg – Beat Fasnacht streicht den Begriff auffällig oft hervor. In der Tat ist er mehrfach für seine Projekte und Programme im Institut Guglera ausgezeichnet worden – 2012 etwa mit dem Hauptpreis der Social Entrepreneurship Foundation. Ein engagierter und weit-sichtiger Pionier sei er, hiess es damals. Aber doch: Sein Projekt ist jetzt gescheitert. Den Verkauf des Zentrums konnte Fasnacht nicht vermeiden, sonst hätte ihm der finanzielle Ruin gedroht. Zwar sind einige junge Leute noch in den Programmen, doch das Institut Guglera macht schon jetzt einen verlassen Eindruck. Im nächsten Sommer ist definitiv Schluss.

In den letzten Monaten sind die Geldströme, die Fasnacht von Bund und Kantonen für seine Programme zuflossen, immer mehr versiegt. Ein Programm zur Arbeitsintegration von Jugendlichen lief schon Ende 2014 aus. Der Kanton Freiburg, der vier Jahre bezahlt hatte,

«Glauben Sie mir, ich bin seit über vierzig Jahren Unternehmer und habe viel Erfolg gehabt.»

fand keine Möglichkeit mehr für eine Finanzierung. Vor allem, weil die meisten Jugendlichen nicht für Monate ins abgelegene Zentrum Guglera kommen wollten. Fast gleichzeitig hat der Bund seine Beiträge für das Projekt adipöser Jugendlicher drastisch zusammengestrichen. Beat Fasnacht beklagt sich. Starkes Übergewicht sei eine Krankheit, die Leute würden diskriminiert, hätten keine Chance im Leben, es fehlten aber die Einsicht und der politische Wille, ihnen zu helfen.

Dabei war das Projekt wohl schon am Anfang zum Scheitern verurteilt. Denn das Zentrum hat eine Art Geburtsfehler. Beat Fasnacht war 2007 zwar der Käufer, konnte den zweistelligen Millionenbetrag aber unmöglich selber aufbringen. Die Ingenbohler Schwestern liessen «den Verkaufspreis stehen», wie sich Fasnacht ausdrückt. Sie gaben ihm also

Kredit – wohl auch, weil er ein gemeinnütziges Projekt ganz in ihrem Sinn in Aussicht stellte. Der Orden hatte sich schon immer für Arme engagiert. Und natürlich auch, weil Fasnacht seinen Glauben hervorstrich. Allerdings musste er sich zu jährlichen Amortisationszahlungen in sechsstelliger Höhe verpflichten. Diese Zahlungen entpuppten sich als Mühlstein am Hals des Käufers. Der Tausendsassa konnte so nicht abheben, sondern wurde unaufhaltsam in die Tiefe gezogen. Er sei mit einem «Riesenbetrag» mit den Zahlungen im Rückstand, gibt Beat Fasnacht offen zu. Die Geduld in Ingenbohl war nun offenbar zu Ende – wofür der Guglera-Besitzer durchaus Verständnis hat. «Die Schwestern brauchen das Geld für ihre Altersrenten.»

Neue Kinderkrippe trotz Problemen

Ist Fasnacht ein schlechter Geschäftsmann? Auf solche Fragen pflegt der Sozialunternehmer mit einem kurzen, trockenen Lachen zu reagieren. «Glauben Sie mir», sagt er dann, «ich bin seit über vierzig Jahren Unternehmer und habe viel Erfolg gehabt.» Das Zentrum habe «operativ» funktioniert, nur die Amortisationszahlungen seien das Problem gewesen. Trotzdem muss der Eindruck aufkommen, dass Fasnacht zumindest in letzter Zeit unglücklich vorgegangen ist. Als die Probleme schon manifest sein mussten, hat er sich noch zusätzliche Aufgaben aufgehalst. So eröffnete er 2014 eine Kinderkrippe im Zentrum, verhedderte sich aber in den administrativen Auflagen und Terminen – so dass er schliesslich 100 000 Franken aus der eigenen Tasche beisteuern musste, um das Projekt durchziehen zu können. Noch im November sprach er von Ausbau statt Abbau des Zentrums. Je mehr Schwierigkeiten er hatte, desto trotziger kündigte er Neues an.

Energisch weist Fasnacht in Sachen Zentrum Guglera den Verdacht eines Notverkaufs zurück. Er habe schon lange gesehen, dass die Rechnung nicht mehr aufgehe. Ursprünglich habe er aber den Landwirtschaftsbetrieb verkaufen wollen, der zur Guglera gehört und den er zusammen mit dem Institut erworben hatte. Es seien sogar mehrere Kaufinteressenten bereitgestanden, versichert Fasnacht. Doch dann sei das Angebot des Bundes gekommen, das Institut zu übernehmen.

Im Oktober letzten Jahres hat der Kanton Freiburg erstmals mit ihm Kontakt aufgenommen. Daraufhin klärte der Bund ab, ob



Mitten im Sturm: Sozialunternehmer Fasnacht.

sich das Zentrum Guglera als Asylheim eigne – mit positivem Ergebnis. Der Verkaufspreis sei so, dass ihm kein Loch entstehe, versichert Fasnacht. Reich werde er damit aber nicht. Nur eine Abgeltung für acht Jahre harte Arbeit erhalte er mit der Abtretung. Schliesslich hätten er und seine Frau, die ebenfalls im Zentrum mithilft, nie etwas für sich herausgenommen und ihre privaten Kosten allein mit den Einkünften einer externen Immobilie bestritten.

Aus dem Idealisten scheint zunehmend ein Utopist zu werden.

So energisch Beat Fasnacht sich gibt, seine Frustration kann er nicht verbergen. Er fühlt sich missverstanden. Aus seiner Sicht erkennt niemand, wie notwendig seine Engagements sind – schon gar nicht die Behörden. Er fühlt sich unverstanden, alleine gelassen in der Mission, die Welt besser zu machen. Besonders stört ihn, dass nach Bekanntwerden des Verkaufs gar noch böse Gerüchte gestreut wurden – etwa dass er einen rüden Umgang mit Mitarbeitern pflege oder gar unsauber geschäfte. Fasnacht wird kategorisch: Wer so etwas behaupte, solle zu ihm kommen und ihm das ins Gesicht sagen. Er habe nichts zu verbergen.

«Ich bin sehr enttäuscht»

Der Informationsabend am 25. Februar gab ihm dann den Rest. So vorgeführt zu werden von einer aufgebrauchten Menge, war zu viel. Beat Fasnacht fühlt sich verraten. «Ich bin sehr enttäuscht.» Aus Frustration wurde an diesem Abend Verbitterung. Und doch scheint es, als wolle er es nochmals allen zeigen. Beat Fasnacht, obschon seit einigen Tagen im Pensionsalter, hegt neue Pläne. Wenn die Asylanten ab 2017 in der Guglera einziehen, will er sie auf dem Landwirtschaftsbetrieb, der ihm bleibt, im Berufshandwerk ausbilden. Es sei doch das Schlimmste, fähige Menschen nur herumsitzen und warten zu lassen. «Wir haben es mit Menschen zu tun», mahnt er. Besser, sie auszubilden, damit sie später bei einer allfälligen Rückkehr in ihr Heimatland nicht mit nichts dastünden.

Beat Fasnacht präsentiert Papiere und Konzepte zu seinem Projekt «Guglerahof». Seine Weltanschauung spiegelt sich darin: genügsam werden, Konsum reduzieren, selbstversorgend leben. Die Idee «Guglerahof» könne auch an anderen Orten verwirklicht werden, sie sei beliebig «multiplizierbar».

Beat Fasnacht will neue Investitionen in der Guglera tätigen. Wieder in Millionenhöhe. Bereits liefen Verhandlungen wegen des Bauernhofprojekts, lässt er wissen. Er sprüht vor Ideen – obwohl es, wie er selber sagt, nicht rosig um das Projekt stehe. Aus dem Idealisten scheint zunehmend ein Utopist zu werden. ○



Als Unheil gilt alles, was dem Walliser gegen den Strich geht: Lötschentaler «Tschäggätä» vor dem Aletschgletscher.

In Grund und Boden gestampft

Mit Hilfe der SVP hebelte die Umweltaktivistin Vera Weber die Walliser Parlamentarier bei der Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative aus. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen: Wenn es um die Bewirtschaftung der eigenen Scholle geht, verstehen die Walliser keinen Spass. *Von Hubert Mooser*

Ganz genau wird man es wohl nie wissen, weshalb Vera Weber, Tochter von Landschaftschützer Franz Weber und Mitinitiantin der erfolgreichen Zweitwohnungsinitiative, im Januar 2015 den Fraktionschef der SVP, Adrian Amstutz, anrief und um Hilfe bat. Das Parlament hatte bei der Umsetzung der Initiative gegen einen uferlosen Zweitwohnungsbau viele Ausnahmen ins Gesetz gepflanzt. Ein Referendum schien unvermeidlich. Doch dann erinnerte sich Initiantin Weber an ihren alten Bekannten aus dem bernischen Sigriswil: Adrian Amstutz.

Während seiner Zeit als Ständerat habe er sie beim Importverbot für Robbenprodukte unterstützt, sagt sie. Nach ein paar Treffen, Telefonaten und E-Mails war der Coup perfekt. Die Initianten verzichteten auf das Referendum, das Parlament streicht im Gegenzug die Möglichkeit aus dem Gesetz, den Bau neuer Zweitwohnungen zu erlauben, wenn diese auf kommerziellen Vertriebsplattformen zur Vermietung ausgeschrieben werden. Weiter dürfen Hotels nur zur Hälfte statt vollständig für Zweitwohnungen umgenutzt werden. Ausserdem sollen statt allen «erhaltenswerten» nur noch «orts-

bildprägende» Bauten in Zweitwohnungen umgebaut werden können.

Sonderfall im Sonderfall

«Es ist das oder nichts», sagte Amstutz zu CVP-Nationalrat Yannick Buttet. Der Walliser protestierte und verliess wütend den Verhandlungstisch. Und in der Rhonerepublik gingen die Emotionen hoch. Einmal mehr ein Entscheid gegen die Interessen des Berggebietes, fand der Oberwalliser Ständerat René Imoberdorf. CVP-Parteichef Darbellay sprach von Ohrfeige, Buttet von einer Katastrophe.

Auch zuhinterst im Mättertal, in Zermatt, hat Gemeindepräsident Christoph Bürgin keine Freude über die jüngste Entwicklung. Die allgemeine Stimmung im Wallis nach dem Amstutz/Weber-Coup: Der Kanton fühlt sich vom politischen Bern gegängelt und im Stich gelassen. Und dies ausgerechnet im Jubiläumsjahr.

Vor 200 Jahren trat der Kanton der Eidgenossenschaft bei. Die grosse Party steigt im September. Staatsratspräsident Jean-Michel Cina und der Walliser Verkehrsminister Jacques Melly verteilten kürzlich schon einmal ein Zückerchen an die übrigen Eidgenossen: Wer im Jubiläumsjahr 2015 an Wochenenden oder Feiertagen ins Wallis reist, bezahlt für die Zugfahrkarte bloss Fr. 18.50. Eine kleine Geste für den grossen Ärger, den der Kanton der Eidgenossenschaft in den verflochtenen zwei Jahrhunderten bereitet hat. Denn der Wirbel im Wallis um die Zweitwohnungsinitiative macht es wieder deutlich: Das Land an der Rhone ist bis heute eine Art Rebellenest geblieben. Weisungen und Entscheidungen aus Bern misstraut man abgrundtief.

Das hängt auch damit zusammen, dass der Kanton nicht ganz freiwillig zur Eidgenossenschaft stiess. Zuerst zwang Napoleon gegen Ende des 18. Jahrhunderts das widerspenstige Bergvolk in die Helvetische Republik. Das passte den deutschsprachigen Oberwallisern nicht. Sie holten ihre Lanzen und Hellebarden aus dem Keller, stürmten gegen die Franzosen, verzeichneten kleine Achtungserfolge, aber am Ende siegten die Franzosen. Nach dem Sturz Napoleons verfügten die Siegermächte am Wiener Kongress 1815 die Zwangseingliederung des Wallis in die Schweizerische Eidgenossenschaft. Und wieder wehrte sich das Wallis gegen die Bevormundung durch die übrige Schweiz und lehnte die Bundesverfassung 1848, 1872 und 1874 mit grossem Mehr ab. Bis heute sehen sich die Walliser als Sonderfall im Sonderfall Schweiz.

Zuhälter des ewigen Schnees

Mit stolz geschwellter Brust grölen nicht bloss die Schlachtenbummler des FC Sion in feuchtfrohlicher Atmosphäre die Walliser Hymne vom Land am Rhonestrand, «wo himmelhoch die Berge stehen und Mannkraft wohnt bei schlichtem Sinn» – und steigen auf die Barrikaden, sobald sich im politischen Bern Unheil ankündigt. Als Unheil gilt alles, was dem Walliser gegen den Strich geht: die Alpeninitiative, der Wolf, die Raumplanung, die Zweitwohnungsinitiative, der Umweltschutz, landwirtschaftliche Importkontingente.

In den fünfziger Jahren steckten Aprikosenbauern in Saxon stationierte SBB-Waggons in Brand, als Protestaktion gegen den Import ausländischer Früchte. In den Sechzigern schmissen Gemüsebauern Tomaten in die Rhone, in den achtziger Jahren rebellierte die

Weinbauern. Die Reaktion im Wallis auf Luchs und Wolf: schiessen, schaufeln und in Bern auf den Putz hauen. Und was für eine langweilige Veranstaltung wäre die Schweizer Super League ohne FC-Sitten-Präsident Christian Constantin! Er legt sich seit Jahren mit allen an – mit den Schiedsrichtern, mit anderen Klubs, mit der Standortgemeinde Sion, mit den treuen Fans, mit seinen Trainern und Spielern.

Es wäre aber falsch, zu glauben, der Kanton sei ein hermetischer Block. Genau genommen, driften das deutschsprachige Oberwallis und das welsche Unterwallis immer stärker auseinander, wie Historiker Philippe Bender sagt. Kantonsparlamentarier warfen in der Vergangenheit schon die Frage auf, ob man aus dem kulturell unterschiedlichen Ober- und Unterwallis nicht zwei Halbkantone fab-

Der Kanton fühlt sich vom politischen Bern gegängelt – ausgerechnet im Jubiläumsjahr.

rizieren sollte. Geeint treten die Walliser nur an, wenn erstens der FC Sion im Cupfinal steht oder, zweitens, wenn nach einem bundesbernischen Entscheid eben Unheil über das Tal hereinbricht.

Besonders wenn es um die Bewirtschaftung des eigenen Bodens geht, verstehen die Walliser keinen Spass. Das lässt sogar die Walliser Sozialisten nicht kalt, dank realer Erbschaftsteilung inzwischen selber stolze Bodenbesitzer und im Kampf gegen die Zweitwohnungsinitiative mit der immer noch mächtigen CVP vereinigt. Boden habe im Wallis immer noch einen hohen Stellenwert. Und er werde von Generation zu Generation weitergegeben, sagte die Briger CVP-Nationalrätin Viola Amherd einst gegenüber dem *Tages-Anzeiger*.

Die Schollenverbundenheit steckt den Walliser fast in den Genen. Lange Zeit funktionierte der Kanton als in sich geschlossene inneralpine Selbstversorgungsgesellschaft mit dem Boden als zentralem Produktionsmittel – auch dann noch, als in der übrigen Schweiz im Industriesektor längst die Post abging. Wer keinen oder zu wenig Boden besass, der sah sich im 17. und 18. Jahrhundert gezwungen, als Söldner in fremde Kriegsdienste einzutreten. Als 1859 die Eidgenossenschaft den Dienst in fremden Kriegsunternehmen verbot, bot die Auswanderung einen Ausweg aus der kargen Existenz. Der Walliser Ethnologe Thomas Antonietti beschrieb die Beziehung der Walliser zu Grund und Boden einmal so: Bildung und Kapital seien nicht in Handel und Gewerbe gesucht worden, sondern im Erwerben und Horten von Boden. Bestellte man früher die steilsten Hänge, um die eigene Sippe durchzubringen, presst man nun das Letzte aus dem Boden zum Bau von Zweit- und Ferienwohnungen.

Bereits gegen Ende der siebziger Jahre warnen Tourismusexperten wie der Berner Jost Krippendorf vor einem überbordenden Bautourismus. Der Walliser Schriftsteller Maurice Chappaz schrieb sein berühmtes Pamphlet gegen die Zuhälter des ewigen Schnees, gegen Immobilienspekulanten und Tourismuspromotoren. Dann gingen die Ferienresorts in Champoussin, Torgon und Thyon pleite. Als der Ferienort Leukerbad Schiffbruch erlitt, fand man dies auch in der *Üsserschwyz* (so bezeichnen Walliser die Deutschschweiz) nicht mehr lustig. Die Emissionszentrale der Schweizer Gemeinden sass nämlich als Geldgeberin mit im Boot und mit ihr zahlreiche Gemeinden in der Deutschschweiz. Nichtsdestotrotz ist der Bautourismus immer noch ein lukratives Geschäft im Wallis – obwohl es längst genug Fremdenbetten hätte. Wie eine «Schocktherapie mit üblen Folgen» empfand man daher den raumplanerischen Doppelschlag. 2012 sagten die Stimmbürger ja zur Initiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen», ein Jahr danach schaffte auch das Raumplanungsgesetz, welches Zersiedelung und Landschaftsverbleiss stoppen soll, die Volkshürde. Das Wallis wurde beide Male kalt erwischt.

Protest gegen linke Positionen

Vom Rhonegletscher bis zum Genfersee hört man immer noch, die Initiative gegen den Zweitwohnungsbau habe unzählige Arbeitsplätze vernichtet. Zum Beweis zücken Walliser Vertreter in Bern die Zahlen der Arbeitslosenstatistik: Demnach waren im Wallis im Januar 2014 1600 Personen aus der Baubranche als arbeitslos gemeldet. Im Januar 2015 waren es 4500, eine drastische Zunahme also.

Das könnte sich aber schon bald wieder ändern, wie in der Vergangenheit hat sich nämlich auch diesmal der Walliser Proteststurm bezahlt gemacht. Das Gesetz zur Zweitwohnungsinitiative sieht noch immer viele Ausnahmen vor – trotz Deal mit Vera Weber. Im Wallis sieht man das aber anders: «Wir hatten ein gutes Gesetz, bevor SVP/FDP auf Drängen von Vera Weber linke Positionen übernahmen – und dem Berggebiet schaden», sagt Darbellay. Ein Referendum der Initianten gegen das Zweitwohnungsgesetz hätte ihm keine Angst gemacht. «Diese Abstimmung hätten wir gewonnen», sagt er. Aber darauf liess es die Tochter von Landschaftsschützer Franz Weber gar nicht erst ankommen. Sie holte sich Hilfe bei der SVP und hebelte damit die Walliser CVP-Vertreter im Parlament aus.

Einen dürfte dies ganz besonders gefreut haben: Papa Franz Weber. Als er in der sechziger Jahren im Val d'Anniviers gegen touristische Projekte von CVP-Notablen protestierte, vertrieben ihn die Einheimischen aus dem Tal. Inzwischen vertreibt Tochter Vera die Walliser CVP-Vertreter vom Verhandlungstisch. ○

Mutter Courage

Einst war Maja Häberli die Gattin eines Winterthurer Baulöwen. Dann haute er ab, und sie musste ihre sechs Söhne allein durchbringen. Statt aufs Sozialamt zu gehen, schlug sie sich durch und startete eine beeindruckende Karriere als Bordellbetreiberin. *Von Franziska K. Müller und Marco Aste (Bilder)*

Wenn auf dem Parkplatz ein Ahornblatt liegt oder gar eine zerquetschte Red-Bull-Dose, greift ein Mitarbeiter sofort zu Besen und Schaufel. Weil es die Chefin der «Roten Villa» ordentlich und sauber mag. Heute trägt sie einen Pferdeschwanz, gebügelte Jeans, teuer aussehende Lederstiefel und ein T-Shirt auf dem in goldigen Lettern «Regenschein» steht. Mit sicherem Schritt führt eine Frau, die vor vier Jahren noch keine Ahnung hatte, was Bondage oder Cunilingus bedeuten, durch das Kontaktbar genannte Bordell.

Maja Häberli wischt hier ein Staubkorn weg, steckt dort eine Lichterkette ein und verteilt die herzförmigen Kissen neu auf den Betten. Tagsüber verträdeln die hier arbeitenden Frauen ihre Zeit im oberen Stockwerk des Hauses. Dort gibt es ein riesiges Wohnzimmer, diverse Badezimmer, unzählige Duscmöglichkeiten und eine winzige Küche, in der die 55-jährige Chefin Anna, Kiki, Nikki und Maria ein sonntägliches Menü kocht.

Als das unbeschwerte Leben endete

Die Girls seien so etwas wie Töchter für sie, behauptet die Mutter von sechs Söhnen. Jetzt räumt sie liegengelassene Handtücher vom Sofa, und auch die beiden Mineralwasserflaschen auf dem Tisch ernten einen missbilligenden Blick. Sie weist auf die schmalen Metallspinde. Dort verstauen die Prostituierten des «geilsten Puffs der Ostschweiz», wie die

«Was ist los?», mailte sie ihrem Mann. «Ich will nicht mehr», antwortete er.

Werbung verspricht, ihre Papiere. Und den Verdienst. «Bei mir geht kein Fräulein ohne ihr Geld zu Bett: Arbeitspsychologisch wäre das kreuzfalsch», sagt die Puffmutter, die selbst jahrelang im Akkord gearbeitet hat: auf dem Feld, auf der Tabakplantage, als Putzfrau.

Jener Tag vor fünfzehn Jahren, als das angenehme und unbeschwerte Leben abrupt endete, bleibt unvergessen: Hand in Hand schlenderte die damals Vierzigjährige mit ihrem Mann, dem Vater ihrer Kinder, durch die Winterthurer Innenstadt. Geschenke mussten eingekauft, diese und jene Dekoration für den Weihnachtsbaum ausgesucht werden. Die Tanne stand in der modernen Siebenzimmerwohnung einer scheinbar glücklichen Grossfamilie, der es auch materiell an nichts fehlte.

Zusammen hatte das Ehepaar ein Baugeschäft aufgebaut, und als die Kinder zahlreich wurden, führte der Ehemann das Business weiter. «Es gab keinen Streit und keine finanziellen Sorgen», erinnert sich Frau Häberli. Auch ohne Erfahrung im Milieu habe sie bereits damals gewusst, dass ein hundertmal zurückgewiesener Mann sein Glück irgendwann woanders suchen werde. Daran kann es also nicht gelegen haben. Einen Tag später war der Mann trotzdem weg.

«Was ist los?», mailte Maja Häberli ihrem Mann, mit dem sie über zwanzig Jahre verheiratet war. «Ich will nicht mehr», antwortete er. Durchgebrannt mit einer jungen Frau. Die Kinder zwischen zwei und neunzehn Jahren sahen den Vater nie mehr wieder. Das Baugeschäft ging bachab, Alimente bezahlte der Ex-Mann nicht. Maja Häberli musste die Wohnung verlassen, manches verkaufen und anderes vergessen: die Erinnerung daran, einmal ein gerngesehener Gast in hübschen Häusern gewesen zu sein. Im Supermarkt einkaufen zu können, was man will. Die Wünsche der Kinder fast immer mit einem Ja beantworten zu können.

Obwohl sie gewusst habe, dass der Abstieg unumgänglich werde, sei der Gang zur Sozialhilfe kein Thema gewesen. «Wenn man arbeiten kann, soll man arbeiten», sagt die gelernte Coiffeuse, und an diesem Grundsatz änderte auch ein achtmal operiertes Knie und ein kaputter Rücken nichts. Beide Gebrechen hätten ihr eine grosszügige IV-Rente beschert, aber Frau Häberli wollte nicht. Stattdessen: Kartoffeln und Rüben aus dem Boden ziehen, jeden Tag, zehn Stunden lang. Den Lohn gab es erst am Wochenende, und für den Eintritt ins Schwimmbad habe es trotzdem nicht gereicht. Also gingen sie zum Teich und teilten drei Bratwürste durch sieben. «Man stirbt ja nicht, wenn man sich einschränken muss», sagt eine Frau, die ihre Kleider jahrelang bei karitativen Einrichtungen bezog und trotzdem Verständnis dafür hat, dass andere unbedingt ein Gucci-Täschlein besitzen möchten und sich mit einem schweren und entbehrungsreichen Leben in der Heimat nicht abfinden können. Nur ehrlich soll man sein, vor allem sich selbst gegenüber. Das predige sie auch ihren Ladys, und darum vertritt sie auch die Meinung: «Unsere Fräulein wissen, was sie tun, und bemitleiden muss man sie nicht.»

In den frühen Abendstunden öffnet das in Grenznähe gelegene Etablissement seine Türen. Trotz Euro-Krise oder anderswo stattfindender Fasnachtsaktivitäten – es ist ein be-

lebter Abend. Der Juniorchef ist im Haus und inspiziert eine neue Sofalandschaft, die der zweitjüngste Sohn der Chefin gebaut hat. Es herrscht häusliche Gemütlichkeit, als die ersten Freier eintreffen, darunter einige Stammgäste. Getränke und Kaffeebohnen müssen aufgefüllt, Tücher zusammengelegt und der Staubsauger muss repariert werden. Sissi aus Ungarn behauptet, er sei kaputt.

Die Puffmutter kennt die hausfraulichen Qualitäten ihrer Girls, die für die Reinlichkeit ihrer Zimmer selbst zuständig sind, und sagt,

«Eine Prostituierte kann die Bar verlassen, aber die Bar verlässt die Köpfe der Frauen nicht.»

man solle einfach einen neuen Staubbeutel einlegen. Lila präsentiert die frisch lackierten Nägel, Angel die zu engen Hotpants. «Die bringen wir morgen zurück», sagt Maja Häberli. Mit den Frauen fährt sie auch nach Winterthur zum Shoppen oder, «falls es ein Unglück mit der Verhütung gab», für die Pille danach. Den Kaffee könnte sie aus einer Tasse mit einem Porträt von ihr trinken, auf deren Rückseite steht: «Für die beste Chefin der Welt». Ihre Zigarette könnte sie mit einem goldfarbenen Feuerzeug anzünden, auf dem ihr Name eingraviert ist. Die zahlreichen Geschenke der Fräulein bewahrt sie zu Hause auf.

Erhöhte Ansprüche

Manche kehren irgendwann zurück in die Heimat, meist nach Rumänien oder Ungarn, andere ziehen weiter, die meisten wollen aussteigen und kommen doch zurück. «Eine Prostituierte kann die Bar verlassen, in der sie arbeitet, aber die Bar verlässt die Köpfe der Frauen nicht», zitiert Maja Häberli einen Satz, den sie für richtig hält. Das horizontale Gewerbe sei nicht immer einfach, Sorge aber für gutes Geld und oft für erhöhte Ansprüche. Vielleicht werde auch eine Grossfamilie unterstützt, vielleicht die Operation für die rumänische Grossmutter finanziert. Eher aber nicht.

Die Söhne und der neue Mann an ihrer Seite hätten ein Veto einlegen können, als es um Maja Häberlis neue berufliche Herausforderung ging, doch keiner fand die Arbeit minderwertig, und negative Kommentare gab es auch aus dem übrigen Bekanntenkreis nicht. «Die sind wie ich: vernünftige Menschen», sagt Frau Häberli. >>>



«Die sind wie ich: vernünftige Menschen»: Kontaktbar-Betreiberin Häberli.

Jetzt müssen zwei neue Mädchen in Empfang genommen werden. Die Kubanerinnen mit italienischen Reisepässen haben Wünsche. Sie wollen einen Kleiderschrank im Zimmer, und dass sie nicht sofort arbeiten dürfen, weil zuerst ihre Papiere kontrolliert werden müssen, verstehen sie auch nach dem dritten Erklärungsversuch nicht. Die Chefin verlangt Alltagskleidung, Hosen, einen Pullover, flache Schuhe.

«Die ist es. Die kann es»

In sexy Glitzerkleidchen sitzen die beiden wenig später an der Bar und trinken ein Cüpli. Maja Häberli schüttelt den Kopf: «Schatz, kümmerst du dich darum?» Der Sohn steht auf einem Schemel und entwirrt eine Dekoration aus langen Glitzerfäden. Er nickt. Er ist so unzimperlich und vielfach einsetzbar wie seine Mutter, die vor drei Jahren vom Juniorchef entdeckt worden ist. Auch wenn in den anderen Häusern seines Vaters für die gleichen Stellen Frauen eingestellt würden, die selbst aus dem Milieu stammten, habe er gleich gewusst: «Die ist es. Die kann es.»

Zudem scheut sich Frau Häberli nicht, öffentlich über einen Beruf zu sprechen, der ein wenig Werbung vertragen kann. Demnächst reist sogar ein schwedisches Foto-Team an, um «die beliebteste Puffmutter der Schweiz» zu porträtieren. Nationale Berühmtheit erlangte sie, als sie 2014 vom Schweizer Fernsehen zum Jubiläums «Samschtig-Jass» eingeladen wurde. Die Empörung war gross. Frau Häberli aber findet, dass man etwas, das doch irgendwie zum Leben gehöre, schon zeigen dürfe. Sie, die in einem anderen Leben an gesellschaftlichen Anlässen teilgenommen hat, legt allerdings Wert auf gewisse Umgangsformen. Früher sagte der Juniorchef, «zwölf Weiber» würden in der «Roten Villa» arbeiten. Heute muss er «Damen» sagen, und auch andere Wörter sind jetzt verboten: «Schlampe» beispielsweise.



«Nur Gutes»: Rote Villa, Märstetten.

Nikki und Kiki, die eine in ein knappes Netz gezwängt, die andere in ein pfirsichfarbenes Nichts gehüllt, präsentieren sich der Chefin. «Umwerfend und grandios», lautet das Urteil. Bei der Auswahl vertritt sie den Standpunkt, dass jede Frau, die sich für diesen Job erwärmen kann, eine Chance verdient – also auch die weniger schlanken und die älteren Damen. Die machen ihre Defizite mit dem Verstand wett, vermutet die Puffmutter. Zudem halten sie Benimmregeln ohne Diskussionen ein: Füsse vom Tisch, Kaugummi ausspucken, bevor die Konversation startet, liebevolles Einhaken beim Gast auf dem Weg in ein Zimmer.

Auf Bauchhöhe hält die Chefin ein Serviceportemonnaie, in dem die Barzahlungen der Kunden verschwinden. Man kann die Frauen eine Viertelstunde buchen oder bis zu mehre-

ren Stunden, auch ein Dreier oder Vierer ist möglich. «Die jungen, blonden Fräulein mit den üppigen Oberweiten haben natürlich am meisten Erfolg», erklärt Maja Häberli – ein Gesetz, das ihr so logisch erscheint, wie eine mathematische Formel. Auf die Frage, ob sie in den vergangenen Jahren etwas Neues über die männliche Psyche gelernt habe, antwortet sie strahlend: «Absolut. Aber nur Gutes.»

Die Vorstellung, dass der Mann zu einer Prostituierten gehe, weil er verwegene sexuelle

«Die jungen, blonden Fräulein mit den üppigen Oberweiten haben natürlich am meisten Erfolg.»

Wünsche hege, die seine Partnerin nicht erfüllen wolle, sei kreuzfalsch. «Die meisten unserer Kunden wollen normale Sachen.» Auch über die Gründe für den Bordellbesuch weiss sie heute einiges: Vielleicht hat die eigene Frau viel Kopfschmerzen oder ist überfordert mit den Kindern. Oder der Mann ist zu viel allein. Oder er sucht Sex ohne lästige Verbindlichkeit. Auf jeden Fall gelte: Verlasse der Mann die Kontaktbar mit einem Lächeln im Gesicht, ertrage er auch die Probleme zu Hause und im Job wieder besser und könne sich auf das Wesentliche konzentrieren. Von einer familientherapeutischen Hilfe zu sprechen, wäre vielleicht etwas übertrieben, räumt Frau Häberli ein. Ihr genüge die Erkenntnis, dass kein Kunde seine Familie für eine Prostituierte verlassen werde.

Ihren Ex-Mann habe sie übrigens vor zwei Jahren erneut zu Gesicht bekommen. Als Gast. In der «Roten Villa». Er war ziemlich betrunken und ziemlich überrascht, als er seine Ex-Frau erkannte. Die stand am Tresen, war offensichtlich die Chefin und sah fantastisch aus. Er sei wieder allein. Zum dritten Mal. Mehr musste Frau Häberli nicht wissen. ○

Sind Sie bereit für die Wirklichkeit?

Jetzt abonnieren!

Telefon 043 444 57 01 oder www.weltwoche.ch/probeabo. Selbstverständlich auch online und übers Tablet verfügbar.



Zutiefst unmoralisch

Der Bundesrat will 3000 weitere Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen. Damit droht ein bürokratisches, ungerechtes und vor allem teures Auswahlverfahren. Mit dem Geld könnte an Ort und Stelle viel besser geholfen werden. *Von Kurt Pelda*

Dreissig Millionen Franken hat die reiche Schweiz letztes Jahr ausgegeben, um die Folgen der syrischen Flüchtlingskatastrophe zu lindern. Inzwischen sind rund elf Millionen Syrer auf der Flucht – in Syrien selbst oder im Ausland. Die offizielle Hilfe aus der Schweiz belief sich damit auf weniger als drei Franken pro Flüchtling und Jahr – eine Schande für die humanitäre Schweiz. Im laufenden Jahr will der Bundesrat die humanitäre Hilfe deshalb aufstocken, auf fünfzig Millionen Franken beziehungsweise Fr. 4.55 pro Flüchtling und Jahr.

Prioritäten der Hilfsplanwirtschaft

Auch wenn der Bundesrat gerne darauf verweist, dass die Schweiz seit Ausbruch der syrischen Revolution 2011 insgesamt rund 130 Millionen Franken für die Minderung der Krise ausgegeben hat, wissen alle, dass dieser Betrag beschämend klein ist. Lieber kümmern sich unsere staatlich besoldeten Profi-Helfer um die Probleme in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion. Das Jahresbudget der Osthilfe bei der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) beträgt etwa so viel, wie Bern in vier Jahren für die gesamte syrische Tragödie ausgegeben hat, immerhin die grösste humanitäre Katastrophe der letzten Jahrzehnte. Und in Nordkorea, China und Sri Lanka gab die Deza insgesamt mehr Geld pro Jahr aus als für alle syrischen Flüchtlinge zusammen. Das sind die Prioritäten der staatlichen Hilfsplanwirtschaft.

Um das eigene Versagen zu kaschieren, hat der Bundesrat nun die Schnapsidee, 3000 zusätzliche Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen. Dabei ist ein seit eineinhalb Jahren laufendes Pilotprojekt für 500 Syrer noch nicht einmal zur Hälfte abgeschlossen. Und nun sollen also 3000 Flüchtlinge dazukommen. Sollte das neue Programm im Schneckentempo des Pilotprojekts abgewickelt werden, würde die Schweiz schätzungsweise noch in zwölf Jahren damit beschäftigt sein, die letzten Syrer aufzunehmen. Bis dahin stehen die Chancen vielleicht aber gar nicht so schlecht, dass der Bürgerkrieg in Syrien zu Ende gegangen ist und die Leute endlich wieder zurück in ihre Heimat gehen können.

Kosten soll das neue Programm maximal 42 Millionen Franken pro Jahr – also 14 000 Franken pro Flüchtling und Jahr. Das ist das 3000-Fache von dem, was dem Bundesrat derzeit ein syrischer Flüchtling in Nahost wert ist. Dass in diesem Betrag auch die Kosten der



Ticket ins Paradies? Syrisches Flüchtlingscamp im Libanon, Januar 2015.

Unterbringung und der Sozialhilfe enthalten sind, die viele der Flüchtlinge benötigen werden, ist zu bezweifeln. So viel Geld für so wenig Menschen auszugeben, ist zutiefst unmoralisch. Auch in der humanitären Hilfe sollte der ökonomische Grundsatz gelten, mit einem gegebenen Betrag möglichst vielen Menschen zu helfen. Bern will nun offenbar genau das Gegenteil. Dabei sollte sich die Schweiz lieber darauf konzentrieren, an Ort und Stelle zu helfen und die Flüchtlinge in Ländern ihres Kulturkreises unterzubringen, in Staaten, in denen Arabisch gesprochen wird und wo Muslime die Mehrheit bilden. Aufnehmen sollten wir Schwerverwundete und Traumatisierte, denen das Schweizer Gesundheitswesen das bieten kann, was es in Syriens Nachbarländern an Hilfe und Therapien nicht gibt. Und dafür sollte insgesamt sehr viel mehr Geld budgetiert werden. So könnte die Deza die Balkan- und Osthilfe drastisch kürzen und die Einsparungen für Syrien aufwenden. 2013 pumpte die Deza sagenhafte 120 Millionen Franken in den Balkan, die Hälfte davon ins Kosovo. Wofür genau?

Falsche Anreize

1000 der 3000 zusätzlichen Flüchtlinge sollen durch Familienzusammenführung in die Schweiz kommen. Einer, der jetzt auf das

grosse Los spekuliert, ist der kurdische Syrer Dilshad (Name geändert), der bereits zwei Geschwistern mit einer ganzen Reihe von Lügengeschichten in der Schweiz zu Asyl verhalf. Bei einer seiner Schwestern fälschte er das Geburtsdatum, und er liess sie ein Märchen erzählen, laut dem ihr Verfolgung aus den eigenen kurdischen Reihen in Syrien drohe. Vom Rest der Familie fehle jede Spur, behauptete er während des Asylverfahrens. Dabei spricht er via Skype fast täglich mit seinen Eltern, die an einem sicheren Ort in Syrien leben.

Die anderen 2000 Menschen sollen im Rahmen eines Umsiedlungsprogramms des Uno-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) in die Schweiz geholt werden. Das UNHCR trifft dabei die Vorauswahl in den syrischen Nachbarländern, bevor die Kandidaten in Bern vom Staatssekretariat für Migration und vom Nachrichtendienst des Bundes unter die Lupe genommen werden. Unter Millionen Flüchtlingen 3000 auszuwählen und mit einem Ticket ins Paradies auszustatten, ist immer ungerecht. Und es schafft falsche Anreize in Aufnahmeländern wie Libanon, Jordanien und der Türkei. Ein Helfer im Libanon erzählt zum Beispiel: «Wenn die Syrer glauben, dass alleinerziehende Frauen bessere Chancen auf Aufnahme haben, dann gibt es plötzlich ganz viele Mütter mit verschollenen Ehemännern.» ○

Das Fernsehen ist so frei

Die Gäste in den Programmen der SRG dürfen das Volk verhöhnen, das dafür Gebühren zahlen muss. Selbst Sendungen mit krass einseitig zusammengesetzten Gesprächsrunden verstossen nicht gegen das Radio- und Fernsehgesetz. *Ein Selbstversuch von Markus Schär*



«Lange Tradition der Selbstgenügsamkeit»: «Sternstunde Philosophie», 14. September 2014.

«Die Demokratie erfordert die Fähigkeit, abstrahieren zu können», belehrt mich die Berufskollegin, «und nicht die Fähigkeit, uns glauben zu machen, die Erde sei flach.» Jetzt aber träten Demagogen auf, auch bei uns in der direktesten Demokratie der Welt, die den Leuten solches einredeten, behauptet die welsche Journalistin: «Die Leute sind ein wenig erstaunt. Aber viele haben keine Zeit, sich mit Politik zu befassen, Zeitungen zu lesen und detailliert alle Vorstösse zu studieren, die gemacht werden – und sie glauben ihnen.» Und zu diesen Einfältigen, die sich aufschwatzen lassen, die Erde sei flach, gehöre auch ich.

«Das Volk, das sich verführen lässt»

Sonntag, 14. September 2014, beim Schweizer Fernsehen herrscht «Sternstunde Philosophie». Moderatorin Katja Gentinetta spricht mit der Journalistin Joëlle Kuntz und dem Philosophieprofessor Georg Kohler über die Frage: «Nationalismus und Populismus in Europa – wohin steuert die Schweiz?» Es geht natürlich um die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative sieben Monate zuvor. Denn seither, fiebert die Moderatorin schon im ersten Satz, «scheint in der Schweiz alles möglich». Tatsächlich geben sich die Eliten immer noch dem Hyperventilieren hin: Aufbegehren gegen die dumme Volksmehrheit, Wehklagen über die

scharfen Zurückweisungen durch die EU, Werweisen, wie sich der falsche Entscheid rückgängig machen liesse.

Das eintrachtige Trio im Fernsehstudio ist tapfer dabei. Der Politphilosoph Kohler schimpft, Demagogen hätten «mit Vereinfachung plus Freund-Feind-Schematismen meistens einen recht guten Erfolg». Die Politphilosophin Gentinetta, eigentlich als unparteiische Moderatorin bezahlt, klagt über «das Volk, das sich verführen lässt». Und die Journalistin Kuntz, mit Lizenziat in Geografie, irrt durch die Weltgeschichte: «Ich denke, etwas weiss man nun zumindest seit dem 20. Jahrhundert: Das Volk lässt sich in eine Meute verwandeln, eine Meute, die dem Führer folgt.»

Das heisst: Die Mehrheit, die am 9. Februar 2014 der Masseneinwanderungsinitiative zustimmte – 50,3 Prozent des Volkes und ausser Zürich, Basel und Zug alle Stände im Verbreitungsgebiet von SRF –, folgte als Fascho-Meute einem Führer, der ihr einredete, die EU sei der Feind und die Erde flach.

Ein Kollege sieht die Sendung am Sonntagvormittag, seine Frau sagt ihm nach wenigen Minuten, er solle mit dem Ausrufen aufhören oder den Fernseher abstellen. Ein anderer Kollege fragt später in einem Artikel zum Service public der SRG, was geschähe, wenn auf SRF zwei Auns-Mitglieder zusammen mit dem

Moderator über die EU-Freunde als Vaterlandsverräter herzögen. Ich stosse erst später zufällig auf die Sendung, weil meine Freundin, die an einem Gymnasium in Vorarlberg Deutsch und Philosophie lehrt, die «Sternstunden» als Podcast schaut.

Ich lerne: Als ich zusammen mit 1463853 Bürgerinnen und Bürgern für die Masseneinwanderungsinitiative stimmte, nachdem ich mich professionell seit Jahren mit der Beziehung der Schweiz zur EU auseinandergesetzt und persönlich über Monate die Argumente pro und contra abgewogen hatte, folgte ich in der verführten Mehrheitsmeute einem Demagogen. Und ich finde: Von einem Fernsehen, dem ich zwangsweise jährlich Fr. 462.40 zahle, muss ich mir das nicht bieten lassen.

Das Gesetz gibt mir eine Möglichkeit, meinen Ärger abzulassen: Der Ombudsmann, immer noch der ehemalige Vizekanzler Achille Casanova, «prüft die Beanstandungen und vermittelt zwischen den Beteiligten», zumindest gemäss den Versprechen auf seiner Website. Ich reiche eine Beschwerde ein, zwei Monate später weist sie der Ombudsmann ab. «Berücksichtigt man lediglich die von Ihnen zitierten Passagen», seift er mich ein, könne man durchaus zu meinen Schlussfolgerungen kommen. Aber damit hat es sich mit den Bemühungen des Vermittlers. Denn: «In der Sendung ging es nicht um das Abstimmungsresultat vom 9. Februar an sich, sondern um die Gründe und die Folgen dieser unerwarteten Annahme der SVP-Initiative» – was immer das besser machen soll. Überhaupt handelte es sich bei der Sendung nicht um ein Gespräch unter Gleichgesinnten über Politik, schon gar

SRF könnte ja auch einmal zwei rechte Intellektuelle miteinander reden lassen, witzelt Blum.

nicht über eine «Schicksalsfrage» der Schweizer Politik, wie Georg Kohler sagte, sondern um einen «wichtigen und sachkundigen Beitrag zur Frage des zunehmenden Nationalismus in der Schweiz und in Europa».

Da der Vermittler seine Arbeit verweigert, bleibt mir nur der Gang zur Unabhängigen Beschwerdeinstanz (UBI). Ich lege ihr dar, dass die Gesprächsleiterin Katja Gentinetta bei Professor Georg Kohler promovierte sowie als Vizedirektorin des Think-Tanks Avenir Suisse mit ihm ein EU-freundliches Buch publizierte

und dass sie einen Monat vor der Sendung das umstrittene Buch «Die Schweiz – oder die Kunst der Abhängigkeit» von Joëlle Kuntz schwärmerisch rezensierte. Ich zeige auf, wie oft sich das Trio bei unhaltbaren Behauptungen zunickte, ohne dass jemand den Gleichgesinnten widersprach. Ich weise nach, dass der Philosoph Georg Kohler zu dieser Zeit bei der Lancierung der Initiative «Raus aus der Sackgasse» gegen den Entscheid vom 9. Februar 2014 mitarbeitete, also handfeste Politik machte. Und ich reiche Auszüge aus einem Artikel ein, mit dem Katja Gentinetta die Sendung einen Monat danach unter dem Motto «Wer stoppt die SVP?» in der *Zeit* zusammenfasste: «Statt Konsens und Kompromiss beherrscht Radau und Radikalisierung die Politik; Demagogie statt Demokratie lautet das Rezept. Man verführt das Volk, indem man auf einfache Botschaften setzt.»

Dass solche Beleidigungen meine Ehre und ausserdem das Gesetz über Radio und Fernsehen verletzen, lässt die UBI nicht gelten. Als Vertreter der Mehrheit von 1463854 Stimmbürgern gehöre ich nicht zu den Personen, «welche eine enge Beziehung zum Gegenstand der beanstandeten Sendung aufweisen». Deshalb zwingt mich die UBI, über Weihnachten und Neujahr mindestens zwanzig Unterzeichner einer Populärbeschwerde zu finden. Ich sammle schliesslich 53 Unterschriften, vor

allem im Thurgauer Grossen Rat, so von der geschlossenen SVP-Fraktion. Dabei bin ich nicht SVP-Mitglied und auch nur selektiv SVP-Wähler – es geht mir nicht um die Verleumdung der angeblich von einem Demagogen geführten Partei, sondern um die Ehre der Mehrheit, die deren Initiative zustimmte.

Freitag, 13. März 2015, die UBI berät meine Beschwerde. Die NZZ-Juristin Claudia Schoch Zeller liest lustlos ihr fahriges Referat herunter: SRF sei «kein Staatsfernsehen»; wenn es nicht gerade um Abstimmungen gehe, müsse eine einzelne Sendung nicht die Vielfalt der Meinungen bieten – «der Zuschauer konnte die Einseitigkeit unschwer erkennen». Dem schliessen sich die anderen Mitglieder der hohen Instanz an. Präsident Roger Blum mahnt, ich müsse als Zuschauer andere Meinungen aushalten: Er freue sich jeweils auf die *Weltwoche*, «weil sie mich an- und aufregt» – dass er das Abo abbestellen kann, während ich die Billag-Rechnung bezahlen muss, bedenkt der Medienprofessor nicht. SRF könnte ja auch einmal zwei rechte Intellektuelle miteinander reden lassen, witzelt er: «Der Sender darf einladen, wen er will. Allerdings käme ihm das wohl gar nicht in den Sinn – darüber sollte die SRG-Spitze nachdenken.»

«Ich habe ein ungutes Gefühl», meint nur Sekretär Pierre Rieder. Er weist darauf hin, dass die UBI 2013 über die «Sternstunde Religion»

urteilen musste, in der die Politikprofessorin Helga Baumgarten über Israel herzog: Ein Gesprächsgast mit anstössigen Meinungen mag noch angehen, aber gleich zwei plus die Moderatorin, alle gleichgesinnt? Und er deutet an, dass die UBI schon einmal über die Frage befand, ob eine Diskussionsrunde alle Aspekte eines Themas abdecken müsse: Sie gab 2012 einer Beschwerdeführerin recht, die rügte, in der «Arena» zum bedingungslosen Grundeinkommen sei «die Situation der Frauen nicht sachgerecht dargestellt worden» – das Bundesgericht zerfetzte den wirren Entscheid. Aber das war etwas ganz anderes: Mit acht zu null Stimmen weist die UBI meine Beschwerde ab.

Dümmliche Unterstellungen

«In diesem Land herrscht in der Tat eine Art Kulturkampf», trompetet Roger Blum, der seit dreissig Jahren in diesem Kulturkampf zuvorderst mitmischelt. Das eine Lager fühle sich verankert «in einer langen Tradition der Selbstgenügsamkeit» und folge dem Einsiedler Niklaus von Flüe. Das andere Lager setze «auf die Notwendigkeit des Austausches und der Zusammenarbeit» und schliesse an den IKRK-Gründer Henry Dunant an. Und zum ersten Lager gehöre ich: «Er ist ein Patriot.» Dem Herrn Professor sei verraten: Gerade wegen solch dümmlicher Unterstellungen habe ich meine Beschwerde gemacht. ○

«Ich bin Vaudoise.
Ich nehme es gelassen. Für meine
Familie ist gesorgt und meine
Steuern sind optimiert.»

Werden auch Sie Vaudoise.
RythmoCapital bietet die Gewähr einer kompletten Vorsorge, die auf Ihre Finanzen und Ihren Lebensstil zugeschnitten ist. Neben Steuervorteilen erhalten Sie in den ersten beiden Jahren einen aussergewöhnlichen Zinssatz von 3%. Wenden Sie sich an einen Berater in Ihrer Nähe: vaudoise.ch oder 0800 814 914

Da, wo Sie sind.

 vaudoise

Die Kette des Versagens

Nach dem Mord an Adeline M. rollten bei den Genfer Strafvollzugsbehörden Köpfe. Doch am System wurde wenig geändert. Die Therapeuten und psychiatrischen Gutachter, die den Freigang des gefährlichen Häftlings Anthamatten ermöglichten, gingen unter dem Radar durch. Teil 4. Von Alex Baur

Jede Woche habe er zwei bis drei Dossiers von Häftlingen auf dem Pult, die er im Hinblick auf eine Vollzugslockerung beurteilen müsse, erklärte der Genfer Sicherheitsdirektor Pierre Maudet (FDP) ein Jahr nach dem Mord an Adeline M. in einem Interview mit *Le Temps*. Das sei die vielleicht schwierigste Aufgabe in seinem Amt. Wohl stütze er sich auf die Gerichtsurteile und die Empfehlungen der Experten, doch am Ende müsse er sich auf seinen Instinkt verlassen. Genf sei der einzige Kanton, in dem der Freigang von gefährlichen Häftlingen auf politischer Ebene entschieden werde.

Im Fall von Adeline M. war Maudet von dieser Last befreit. Véronique Merlini, Direktorin der Anstalt «La Pâquerette», und die Vollzugschefin Ana Zumbino hatten ihm das Dossier Anthamatten vorenthalten und den Freigang des Mehrfachvergewaltigers Anthamatten eigenmächtig bewilligt. Die beiden zogen auch die Gefährlichkeitskommission nicht bei. Damit verstiessen sie gegen die Regeln. Merlini wie Zumbino wurden nach der Tragödie freigestellt und in andere Funktionen versetzt.

Kapitale Fehler

Das Pult räumen musste auch der Forensiker Ariel Eytan, der damalige Leiter der Unité de psychiatrie pénitentiaire. Eytan hatte Fabrice Anthamatten im Vollzug persönlich betreut. In Unkenntnis der Vorakten hatte er die Gefährlichkeit des Rückfalltäters verkannt und einen positiven Bericht erstellt. Die Anstalt La Pâquerette, während Jahrzehnten als Vorzeigemodell einer humanen Resozialisierung gefeiert, wurde kurzerhand geschlossen.

Wenige Monate nach der Bluttat deckte eine Untersuchung von alt Staatsrat Bernard Ziegler zum Teil haarsträubende Mängel in La Pâquerette auf. In der Spezialabteilung für Mörder, Vergewaltiger und andere Gewalttäter fehlte jede Vollzugsplanung, die Kontrollen waren lasch, Gefährlichkeitsanalysen gab es faktisch nicht. Merlini hatte «ihren» Häftlingen auf begleiteten Freigängen sogar den Besuch von Prostituierten explizit erlaubt. Gefährlichkeitsanalysen gab es nicht, stattdessen schulte man die Häftlinge darauf, den Gutachtern ein positives Bild zu vermitteln.

Hat Genf damit die nötigen Konsequenzen aus dem Fall Anthamatten gezogen? Vorweg fällt auf, dass die vermeintliche Therapie und die psychiatrische Begutachtung Anthamattens bei sämtlichen Untersuchungen ausgeklammert wurden. Das Thema ging auch

weitgehend unter dem Radar der Medien durch. Hier wurden aber kapitale Fehler begangen, wie die Recherchen der *Weltwoche* zeigen.

— Die Kette des Versagens beginnt in der Strafanstalt Bochuz, wo Anthamatten seine Strafe verbüßte. Die Psychotherapeutin, die ihn dort alle zwei Wochen zu einem Gespräch traf, hatte weder eine forensische Ausbildung, noch kannte sie die Gerichtsgutachten, die den Mehrfachvergewaltiger als gefährlichen Psychopathen mit sadistischen Zügen einstufte. Von einer deliktorientierten Therapie konnte keine Rede sein. Die Therapeutin übernahm Anthamattens Beschönigungen seiner Verbrechen ebenso kritiklos wie dessen Selbstdiagnose (Alkoholismus, sexuelle Probleme).

— Die Kette setzt sich fort im Gutachten des Psychotherapeuten Sébastien Conscience, auch er kein Spezialist für gefährliche Straftäter. Seine vom Genfer Forensiker Gérard Niveau mitunterzeichnete Expertise geht zwar von einer erhöhten Rückfallgefahr aus. Doch auch Conscience verkannte die psychopathische und sadistische Komponente in Anthamattens Persönlichkeit und ortete das Problem beim Alkohol und in einer zügellosen Sexualität.

Beim Umgang mit Gewalttätern im Vollzug prallen zwei Weltanschauungen aufeinander.

— Das Gutachten ermöglicht die Verlegung Anthamattens nach La Pâquerette, wo die Kette des Versagens ihr fatales Ende nimmt. Auch hier verkennt der Therapeut, der Chefarzt Ariel Eytan, in Unkenntnis der Gerichtsakten die wahren Probleme. Von einer deliktorientierten Therapie konnte auch hier keine Rede sein.

Betrachtet man die Sache aus dieser Warte, ist das Fazit niederschmetternd: Die Namen haben sich geändert, der Inhalt ist der alte. La Pâquerette wurde zwar geschlossen, Direktorin Merlini versetzt. Doch die Nachfolgeinstitution, die Unité de sociothérapie in der neuerstellten Vollzugsanstalt Curabilis, steht unter der Leitung von Philippe Denarie – Merlinis Stellvertreter, der im Fall Anthamatten auch keine gute Falle machte. Denarie hat sich im Gefängnis vom Buchhalter zum Direktor hochgearbeitet und gilt als sehr umgänglicher Mensch. Doch er ist kein Psychiater und erst recht kein Forensiker.

Ein Thema für sich ist Hans Wolff, der neue Chef des Service de médecine et de psychiatrie pénitentiaires (SMPP), des Dienstes also, der in

Genf Straftäter therapieren und auf ihre Gefährlichkeit hin beurteilen soll. Auch Wolff ist weder Psychiater noch Forensiker, sondern ein Internist und Sozialmediziner, der bislang höchstens auf politischer Ebene aufgefallen war. Die linke *Wochenzeitung* ehrte Wolff in einem euphorischen Porträt als «Aktivisten», der sich für Sans-Papiers und Häftlinge im Hungerstreik, gegen Zwangsausschaffungen und die angebliche Folter in Schweizer Gefängnissen einsetze. Wolff als oberster Chef der Gefängnispsychiatrie, das ist etwa so, als würde man den Banken-Basher Jean Ziegler zum CEO einer Grossbank ernennen.

Genfer Anti-Zürich-Reflex

Der Fall Fabrice Anthamatten erinnert in vielem an den Fall von Erich Hauert, der 1993 auf einem Freigang im Kanton Zürich die Pfadführerin Pasquale Brumann ermordete. Auch Hauert war ein Rückfalltäter, dessen Gefährlichkeit von Psychotherapeuten bar jeder Aktenkenntnis krass verkannt wurde. Der Skandal hatte einen radikalen Umbau des Zürcher Vollzugssystems und der forensischen Psychiatrie zur Folge. Unter der Leitung von Frank Urbaniok, einem ausgewiesenen Forensiker, wurde die deliktorientierte Therapie für Gewalttäter und vor allem auch die Gefährlichkeitsprognose systematisiert und professionalisiert. Eine totale Sicherheit gibt es auch bei diesem System nicht. Doch von tödlichen Pannen blieben die Zürcher seither verschont.

Wenn man sich auf etwas in Genf verlassen kann, dann ist es der Anti-Zürich-Reflex. Die offene Ablehnung der Genfer Psychiater gegenüber dem rigiden «Zürcher Modell» war auch in der Debatte um den Fall Anthamatten ein Thema. Daraus zu schliessen, dass die Romands generell mehr Verständnis für Gewaltverbrecher und Rückfalltäter hätten, wäre indes falsch. Immerhin hat die Bewegung Marche Blanche, welche unter anderem die Pädophilen- und die Verwahrungsinitiative erfolgreich lancierte, ihre Wurzeln in der Westschweiz. Nur ändern brachiale Gesetze nichts am Vollzugsproblem, weder in Genf noch anderswo.

Tatsächlich geht der Widerspruch tiefer. Beim Umgang mit Gewalttätern im Vollzug prallen zwei Weltanschauungen aufeinander, die sich spinnefeind sind. Auf der einen Seite stehen die traditionellen Geisteswissenschaftler, die den Verbrecher ganz im Geiste von Jean-Jacques Rousseau wenn nicht als Opfer, so doch zumindest als Produkt einer kranken und ungerechten Gesellschaft sehen. Dem Verbrechen



Übergangen: Genfer Sicherheitsdirektor Maudet.



Expertise: Forensiker Niveau.



Freigestellt: V. Merlini ...



... und A. Zumbino.

ist demnach mit sozialen Reformen und auf individueller Ebene mit den klassischen Mitteln der Psychotherapie zu begegnen.

Auf der anderen Seite steht die jüngere, amerikanisch geprägte Schule, die das Verbrechen eher auf einer technischen Ebene zu begreifen und die Täter aufgrund objektiver Merkmale einzuordnen versucht. Das Profil des Kriminellen und vor allem das Tatmuster spielt dabei eine zentrale Rolle. Etwas vereinfacht gesagt: Statt die Seele eines Verbrechens im trauten Zwiegespräch subjektiv von innen

her ergründen zu wollen, suchen diese Forensiker nach objektiven Merkmalen, die auf den Charakter eines Täters schliessen lassen. Aufgrund sogenannter Checklists werden diese Erkenntnisse mit Erfahrungswerten systematisch abgeglichen und ausgewertet.

Der Vorteil dieser Instrumente ist, dass sie transparent und jederzeit überprüfbar sind. Kommt es zu Fehldiagnosen, kann das System korrigiert werden. Letztlich geht es darum, die relativ kleine Zahl von wirklich gefährlichen Straftätern aus der Menge von relativ unge-

fährlichen herauszufiltern. Wenn dies gelingt, liegt das nicht nur im Interesse der Gesellschaft, die geschützt werden soll, sondern auch im Interesse jener Täter, die ansonsten vielleicht ohne Not vorsorglich weggesperrt würden. Es geht auch darum, dass nicht, wie dies in Genf der Fall ist, ein Amtschef aufgrund seines Bauchgefühls und politischer Überlegungen über die Freilassung eines Häftlings entscheiden muss. Und last, but not least geht es um eine solide Diagnose, die eine deliktorientierte Therapie erst ermöglicht.

«Eine Art Stockholm-Syndrom»

Im Fall Anthamatten haben sich die Verantwortlichen mit ihrer freihändigen, aus einem Bauchgefühl heraus und hauptsächlich aufgrund der Aussage eines Psychopathen gefällten Diagnose offenkundig geirrt. Mit schrecklichen Folgen. Das Regime in La Pâquerette (deutsch: das Gänseblümchen) übertraf jedes Klischee des Gutmenschentums. Gewiss, jahrelang schien es relativ gut zu laufen. Tatsächlich weiss niemand, wie viele der vermeintlich resozialisierten Täter – oft Ausländer, die nach ihrer Entlassung die Schweiz verlassen mussten – rückfällig geworden sind. Entsprechende Erhebungen existieren nicht.

Es gab und gibt auch in Genf kritische Stimmen. Georges Lapraz etwa, der pensionierte ehemalige Direktor der Strafvollzugsbehörde Sapem, spricht von «einer Art Stockholm-Syndrom»: Die Leitung und die Psychiater von La Pâquerette hätten sich derart mit «ihren» Gefangenen solidarisiert, dass ihnen die nötige Distanz für harte Entscheide fehlte. Es fehle auch an fachlicher Kompetenz und Qualifikation. Ohne Kenntnis der Polizei- und Gerichtsakten über eine Therapie oder einen Freigang zu entscheiden, sei ein «kapitaler Fehler».

In eine ähnliche Richtung zielt die Kritik von Jean-Pierre Restellini, dem ehemaligen Chefarzt des psychiatrischen Gefängnisdienstes SMPP. Er ortet das Problem auch im Machtkampf der «weissen Mäntel gegen die blauen Hemden»: Die Gefängnispsychiater hätten sich in Genf, ganz in der französischen Tradition, stets als Gegenpol zum Gefängnispersonal gesehen, was eine Zusammenarbeit sehr schwierig machte. Es mangle an ausgewiesenen Fachkräften. Für eine echte Reform müsste seines Erachtens ein hochkarätiger Forensiker «von aussen» geholt werden.

Mit dem «Rapport Chappuis», der die Kritik des «Rapport Ziegler» relativierte, glaubte die Genfer Regierung im Juni 2014 die Affäre Adeline erledigt zu haben. Doch der Beschwichtigungsversuch erhitzte die Geister erst recht. Letzte Woche hat der Genfer Grossrat, eineinhalb Jahre nach dem Mord an Adeline M., eine parlamentarische Untersuchungskommission mit der Aufarbeitung betraut.

Artikel auf Französisch: Auf www.weltwoche.ch steht unseren Lesern aus der Westschweiz eine Übersetzung des «Dossiers Adeline» zur Verfügung.

«Du kannst dort Riesendinger bauen»

Von der Schweizer Provinz in die Millionenstädte Chinas: Der Architekt Damian Donzé realisiert Grossprojekte, der HSG-Absolvent Matthias Würsch wird zum Jungunternehmer. Swissness hilft auch im 21. Jahrhundert. *Von Peter Keller und David Maurice Smith (Bild)*

Wenn zwei junge Schweizer heute aufbrechen ins Land der unbegrenzten Möglichkeiten, dann landen sie nicht mehr zwingend in den USA. Für den Architekten Damian Donzé und den Jungunternehmer Matthias Würsch hiess das Ziel China. Ein Plan stand trotzdem nicht dahinter. Eher Zufälle und die Fähigkeit, dem eigenen Mut zu folgen – und manchmal auch dem eigenen Übermut.

Damian Donzé führte zuerst eine Exkursion seiner Universität nach Ostasien. Nicht nur das von den Baslern Herzog & de Meuron konzipierte Olympiastadion in Peking («Vogel-nest»), zog den jungen Architekturstudenten an, auch die Aussicht auf seine künftige Arbeit: «Du kannst dort Riesendinger bauen, was hier in der Schweiz gar nicht möglich ist. Diese Möglichkeiten haben mich schon als Zwanzig-jährigen sehr gelockt.»

China als Notlösung

Dann ging alles sehr schnell. Bereits nach dem Bachelor tritt er eine Stelle in Schanghai an. Die Firma gehörte einem Schweizer, die Arbeitssprache war Englisch. Nach ein paar Monaten und dank neuer Kontakte wechselt er ins Architekturstudium der Tongji-Universität, das auch selber Bauten plant und ausführt. Er ist der einzige Ausländer unter 1500 Mitarbeitern und gerade einmal 21 Jahre alt. Ein Exot mit Privilegien, wie Donzé sagt. «Ich wurde zu einer Art Statussymbol der Firma. Ich bekam sogar Anfragen anderer Unternehmen, ob ich an einer Präsentation dabei sein wolle, nur damit sie einen Ausländer vorzeigen können.» Chinesen würden der Qualität der eigenen Produkte misstrauen. Wer genug reich ist, importiert seinen BMW und zahlt dafür lieber eine hundertprozentige Luxusabgabe obendrauf, obwohl das gleiche Modell in China hergestellt würde. Alles, was von den «Weissen» komme, gelte als qualitativ besser, was ja auch vielfach stimme, fügt Donzé lachend an, «aber nicht, wenn ein Ausländer nur als Dekoration für eine Präsentation angeboten wird».

Bei Matthias Würsch glich der Weg nach China mehr einer Notlösung. Er hatte gerade sein Wirtschaftsstudium in St. Gallen beendet, als die Finanzkrise ausbrach und der Arbeitsmarkt über Nacht fast vollständig austrocknete. Er holte sich Absagen im Dutzend. «Ich dachte mir, dann ziehst du halt dieses China-Ding vor.» Als Student hatte er gebetsmühlenhaft gehört, dass Asien der aufstrebende Kon-



Schweizer Baubeteiligung: Bibliothek der ...



... Hebei-Universität in Tianjin (zurzeit im Bau).

inent sei, was ihm damals eher als Dozenten-Blabla vorkam. «Ich war schon überzeugt davon, dass die Chinesen auf der Überholspur sind und es nicht schaden würde, mich mal mit diesem Land auseinanderzusetzen.» Sein Plan war jedoch, zuerst in der Schweiz einen Job zu finden, ein paar Jahre zu arbeiten, um dann China zu besuchen. Es kam

anders – und allein die Bewerbung passte ins digitale Zeitalter 2.0: Würsch führte das Vorstellungsgespräch per Skype. Auf der anderen Seite sass ein Amerikaner, die Firma, für die er künftig in China arbeiten sollte, war aus der Ostschweiz. Globalisierung konkret.

Seinen ersten Tag in Peking wird Würsch nie vergessen. Er sei zuvor schon in New York oder



Exot mit Privilegien: Architekt Donzé, hier in Bangkok.



Büro-Neubau in Shanghai (zurzeit im Bau).



Uni-Gebäude in Peking (in Planung).



Turmprojekt in Zhanjiang (in Planung).

Los Angeles gewesen, aber nie habe ihn ein solches Gefühl übermannt, in einer Grossstadt zu sein. Links und rechts nur Wolkenkratzer, dazwischen eine gigantische Strassenschneise, die vom Flughafen ins Zentrum führt. Auf dem Weg ins Büro sieht er einen älteren Mann, der auf dem Mittelstreifen der Strasse seine

Noch nie hat ihn ein solches Gefühl übermannt, in einer Grossstadt zu sein.

Notdurft verrichtet. «Man bringt diese Gegensätze fast nicht zusammen. Dort kommt ein Pferdewagen um die Ecke, dahinter ein Mercedes der S-Klasse.»

Wieder spielt das Schicksal. Da sein Chef gerade beschäftigt ist, setzt er sich erst mal hin und beginnt mit einem seiner künftigen Arbeitskollegen, einem Chinesen, zu reden. Dieser spricht sehr gut Englisch und erzählt ihm, wie er als Jugendlicher mit dem Fahrrad auf den Tiananmen-Platz fuhr und dort Auslän-

der gesucht habe, nur um mit ihnen Englisch zu reden. Das lockere Gespräch war der Beginn einer Freundschaft. Einem Mentor gleich bestärkt ihn der Mann, möglichst rasch Chinesisch zu lernen. Und zwar wie er es tat, indem man ins Leben eintaucht und nicht nur die Schulbank drückt.

«Ich bin nicht euer Mami»

Beide Auswanderer sagen übereinstimmend, sie könnten in den Metropolen relativ bequem ein «englisches Leben» führen, wenn man in den jeweiligen internationalen Restaurants, Quartieren und Firmen verkehre. Aber die Sprache eröffnet eine neue Qualität. Bei Damian Donzé war es die Liebe und der Umstand, dass die Eltern seiner chinesischen Freundin kein Wort Englisch konnten. Bei Würsch war es die Neugier auf das ganz normale Leben. «Sobald du dich nur ein paar Meter von der Hauptstrasse entfernst, ist alles Chinesisch.» Seine Kollegen wechselten anfänglich aus Höflichkeit die Sprache. Er forderte sie auf, weiter Chinesisch zu reden, er könne ja nachfragen, wenn er ihnen nicht folgen könne. Das machte Eindruck, verschaffte ihm aber auch unerwartete Einblicke in die Gepflogenheiten seiner neuen Wahlheimat. «Ich hörte, was unser amerikanischer Vorgesetzter seinem zweiten Mann sagte und was dieser dann auf Chinesisch seinen Leuten weitergab. Das war alles gefiltert.» Man könne in diesem Land nicht so direkt und konfrontativ führen wie in angelsächsischen Ländern. «Dein Gegenüber darf das Gesicht nicht verlieren.»

Diese Erkenntnis prägte auch seine Arbeit, als er den Job wechselte und selber eine Führungsaufgabe übernahm. Er habe einen Mittelweg gesucht, vor allem, was die in China übliche Vermischung von Privatem und Beruf betreffe. Man gehe gerne nach der Arbeit ein Bier trinken oder gemeinsam essen, allerdings gebe es Chefs, die spätnachts noch Mitarbeiter anrufen, nur weil sie gerade Lust auf ein Billardspiel hätten. Der Angestellte könne ja dann schlecht nein sagen, um sein Verhältnis zum Vorgesetzten nicht zu gefährden. Als Würsch Chinesisch verstand, bekam er häufig Klagen seiner Arbeitskollegen über solche Zwangseinladungen mit. Er habe deshalb von Anfang an klargemacht: «Arbeiten ist arbeiten. Kollegialität kommt nachher. Mich interessiert nicht, was ihr privat macht, ich bin nicht euer Mami. Aber ihr habt eure Arbeitszeit, und solange ihr hier seid, sorry, muss ich schauen, dass der Laden läuft. Das ist mein Job. Wenn die Ergebnisse nicht stimmen, hagelt es.»

Allerdings würden die Grenzen auch von den Mitarbeitern selber verwischt. Einerseits bringe der kollegiale Umgang positive Effekte, die Leute würden lieber für ihren Chef, für das Unternehmen arbeiten. Das sei in der

Schweiz nicht anders. «Aber das Beziehungsnetz ist in China auch immer auf persönlichen Profit ausgerichtet: Wenn das Verhältnis gut ist, kommt bei Chinesen schnell die Erwartung auf, sie könnten mit Privilegien, Vorteilen von Seiten des Chefs rechnen.» Dessen müsse man sich bewusst sein und halt sofort klar machen, dass das bei einem selber nicht so laufe.

Masse von Menschen

Beide, Donzé und Würsch, kommen ursprünglich aus Nidwalden, sind dörflich und behütet aufgewachsen. Sie wohnten nur wenige Kilometer voneinander entfernt, kennen sich aber nicht persönlich. Die beiden Biografien ähneln sich jedoch bloss äusserlich. Da ist der robust wirkende Matthias Würsch, der in breitem Dialekt drauflos erzählt, er stammt aus einem einheimischen Geschlecht, das seit Jahrhunderten im gleichen Dorf ansässig ist. Die Donzéis gehen auf Hugenotten zurück, jenen französischen Glaubensflüchtlinge, die im 17. Jahrhundert in die protestantische Schweiz geströmt sind. Erst sein Vater, ein Ingenieur, hat sich im beschaulichen Beckenried niedergelassen.

Donzé ist mehr eine Schweizer Ausgabe von Ted Mosby, dem Architekten aus der amerikanischen Kultserie «How I Met Your Mother», feingliedrig und zurückhaltend.

Auch sein schulischer Werdegang nimmt andere Kurven. Während Würsch die lokalen Einrichtungen besucht, geht Donzé schon nach der Primarschule über Zürich in die USA, wo er die Highschool absolviert, vergleichbar mit der schweizerischen Matura. Seinen Bachelor macht er in Liechtenstein. Nach China kommt er in einem Alter, wo andere gerade mal mit ihrem Studium beginnen. Auch ihn überwältigt seine neue Wahlheimat. «Der intensivste Eindruck ist die Masse von Menschen. Wenn du in die U-Bahn gehst, kommt dir ein riesiger Schwarm von Leuten entgegen. Die Restaurants sind komplett gefüllt und laut und sehr lebendig.» In dieser Zeit lebt er 45 Minuten vom Zentrum Schanghai entfernt. Auch dort habe es überall Leute. «Du kannst eine Stunde, zwei Stunden, drei Stunden weiter nach draussen fahren und es bleibt so. Zu jeder Tages- und Nachtzeit. Immer Leute, immer Betrieb.»

Viele Menschen, wenig Platz. Sind die Wohnverhältnisse so beengt, wie man sich das in der verwöhnten Schweiz vorstellt? Seine Wohnung habe offiziell 54 Quadratmeter. Aber Donzé, ganz der Architekt, hat kürzlich nachgemessen und lacht: «Es ist einiges weniger.» Man zähle einfach einen Teil des Treppenhauses und des Ganges dazu. Am Ende konnten die Vermieter das Apartment auf



Kleine Schritte des Jungunternehmers: Ökonom Würsch.

diese Fläche hochrechnen. Aber er dürfe sich nicht beklagen, für China seien solche Dimensionen sehr grosszügig. Seine chinesischen Arbeitskollegen mit gleicher Ausbildung und im gleichen Alter könnten sich diese Wohnung nicht leisten.

Er sei ja mit der Absicht aus der Schweiz gekommen, hier «Riesendinger» zu bauen. Waren das nur Träumereien eines jungen Studenten, oder handelte es sich um eine realistische Perspektive? Donzé bestätigt, dass sein Institut sehr erfolgreich arbeite und er selber schon verschiedene Wettbewerbe gewonnen habe, wie etwa das Projekt für die Bibliothek der Agricultural University von Peking mit einem Bauvolumen von 49 000 Quadratmeter und Kosten im zweistelligen Millionenbereich oder den 360 Meter hohen Zhanjiang Tower. «Schon ein Traum für einen 24-jährigen Architekten.»

Es herrscht Pioniergeist

Und wie erlebt Donzé seinen Job in China? «Viel freier als in der Schweiz, wo alles durch und durch reguliert ist. Persönlich ist mir auch die Ästhetik wichtig. Sie muss aber Teil der Funktion sein. Ich suche nichts Kompliziertes.» Offenbar trifft er den Geschmack der Chinesen, die letzten drei Wettbewerbe konnte er für sich und seinen Arbeitgeber entscheiden. «Ich bin für das Design verantwortlich und bringe andere Ideen ein – genau das schätzen die Chinesen.» Eine fulminante Karriere, die nach weiteren, grösseren Schritten ruft.

Aber Donzé probt zunächst den einseitigen Ausstieg. Er bereist mit der Freundin China und seine Nachbarstaaten. Ihr chinesischer Kollegenkreis habe dafür null Verständnis. Hier kämen kulturelle Unterschiede zum Vorschein. «In der Schweiz lebst du zuerst einmal, machst eine Reise, trinkst einen guten Wein.» Die Chinesen seien extrem auf Karriere ausgerichtet. Es gebe einen enormen Druck unter den jungen Chinesen. Sie seien sehr leistungsbereit. «Dafür ist vieles Massenproduktion. Auch die Architektur. Wenn du als Europäer Gas gibst, kannst du durchaus mithalten.»

Für die Zukunft hat Donzé klare Vorstellungen. «Je ein Büro in China und in der Schweiz zu haben, wäre gut.» Dadurch würden sie sich gegenseitig positiv beeinflussen. «Die Grossprojekte von China machen in der Schweiz Eindruck, umgekehrt hilft in China das internationale Flair.»

Während Donzé für ein grosses Institut grosse Bauprojekte realisierte, ging Matthias Würsch den Weg der harten, kleinen Schritte eines Jungunternehmers. Seine ersten Erfahrungen machte er, als er für einen chinesischen Unter-

nehmer eine Geschäftsfiliale aufbaute. Aber er habe dafür nicht die Freiheit bei der Umsetzung bekommen, die er sich wünschte. «Ich kündigte.» Eine Entscheidung mit durchaus offenem Ausgang. Der Run auf Stellen in China sei gewaltig. Wenn ein Job ausgeschrieben ist, melden sich nicht selten mehrere tausend Leute. «Ich beschloss, mich mit einem chinesischen Partner selbstständig zu machen. Wir planten einen Coffeeshop mit westlichem Essen, ein Geschäft, das in der Teenation China enorm boomt.» Das Bewilligungsprozedere verzögerte allerdings ihr Projekt, bis sie es fallenlassen mussten. Jetzt sei er daran, mit seiner Firma Textilien in die Schweiz zu exportieren. «So ist China. Es geht sehr schnell, man probiert, es herrscht Pioniergeist. Ein Beispiel: Ich hatte meinen Stammfriseur, als ich nach ein paar Tagen zufällig vorbeiging, befand sich im gleichen Lokal ein Restaurant, das bereits in Betrieb war.»

Auch seine Zukunft wird mit China zu tun haben, wenigstens vorläufig. «Ich bleibe fünf Jahre hier. Ich bin mit 25 gegangen, und wenn ich es bis 30 nicht schaffe, dann komme ich zurück in die Schweiz und mache da etwas.» Zuversicht paart sich mit Fleiss und Beharrlichkeit. Eine gute helvetische Mischung – auch für das globalisierte 21. Jahrhundert.

Die Gespräche wurden getrennt voneinander in der Schweiz geführt.
www.dvdarch.ch



Die Rassismus-Keule

Rechte Politiker werden gerne wegen Rassismus angezeigt, obwohl diese Anzeigen kaum Aussicht auf Erfolg haben. Oft ist die juristische Verurteilung gar nicht das Ziel – sondern die Diffamierung eines politischen Gegners. *Von Daniel Jositsch*

Alt Nationalrat Ulrich Schlüer (SVP) bezeichnete in einem Artikel über eine Schlägerei vor einer Asylunterkunft die Beteiligten als «Abschaum» und «elendes Schlägerpack». Solche Menschen – es handelte sich um asylsuchende Palästinenser – hätten keinen Platz in der Schweiz. Diese Äusserung muss einem nicht gefallen, die Formulierung mag geschmacklos sein. Doch mit dem Straftatbestand der Rassendiskriminierung hat sie nichts zu tun. Schlüer wurde trotzdem angezeigt, ein Verfahren wurde eröffnet. Das Bezirksgericht Andelfingen hat ihn kürzlich freigesprochen. Zu Recht.

In der Sendung «Sonntalk» von Tele Züri sagte Nationalrat Alfred Heer (SVP) einmal: «Gerade die jungen Nordafrikaner aus Tunesien kommen schon als Asylbewerber mit der Absicht, kriminell zu werden. Denen ist egal, ob sie Nothilfe haben oder Sozialhilfe.» Man kann diese Sätze deplatziert finden oder auch nicht, unter den Tatbestand der Rassendiskriminierung fallen sie sicher nicht. Trotzdem wurde Heer angezeigt. Ein paar Monate später wurde das Verfahren eingestellt. Zu Recht.

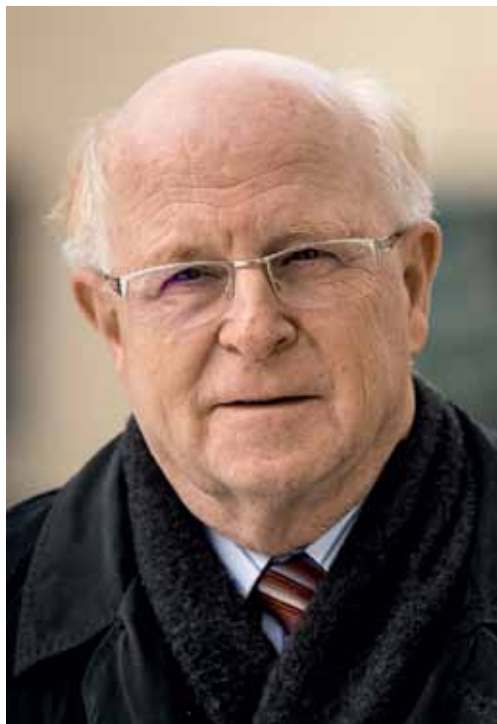
Es sind zwei Beispiele aus einer langen Liste von mit viel Brimborium aufgezogenen Strafanzeigen wegen Rassendiskriminierung gegen bekannte Politiker der politischen Rechten, die später in sich zusammenfielen wie löcherige Ballone. Einen absurden Höhepunkt setzte die jüngste Klage beim Bundesgericht, in der ein SVP-Inserat mit dem geschmacklosen Satz «Kosovaren schlitzen Schweizer auf!» als rassistisch bezeichnet wird, weshalb der Volksentscheid zur Masseneinwanderungsinitiative annulliert werden solle. Auch diese Klage wird mit Sicherheit in sich zusammenfallen.

Argumente statt Redeverboten

Die Meinungsäusserungsfreiheit ist in jeder Demokratie von zentraler Bedeutung. Wir wehren uns zum Beispiel richtigerweise dagegen, dass Mohammed-Kritik unterdrückt werden soll, auch wenn wir diese vielleicht übertrieben finden. Die effizienteste Waffe gegen ein schlechtes Argument ist und bleibt das bessere Gegenargument. Das Gleiche gilt grundsätzlich auch bei rassistischen Äusserungen. Man kann schaffte Rassismus nicht aus der Welt, indem man ihn verbietet – die

beste Remedur ist nach wie vor die freie Rede und Gegenrede.

Trotzdem war ich ein Befürworter der Rassendiskriminierungs-Strafnorm, die vor gut zwanzig Jahren vom Volk angenommen wurde. Entscheidend war dabei, dass das Gesetz nur bei ganz massiven, den Kern der Menschenwürde treffenden rassistischen Angriffen zum Einsatz kommen sollte. Es war klar, dass sonstige rassistische Äusserungen, und mögen sie noch so daneben sein, nicht mit dem Strafrecht unterdrückt werden sollten.



«Elendes Schlägerpack»: alt Nationalrat Schlüer.

Die Gerichte, allen voran das Bundesgericht, haben dieses Versprechen gehalten und wenden das Gesetz sehr zurückhaltend an. Ihre Urteile haben kaum zu öffentlichen Diskussionen Anlass gegeben. Eine der seltenen Ausnahmen war das Armenien-Urteil, in dem das Bundesgericht die Gräueltaten des Osmanischen Reichs von 1915 als Völkermord qualifizierte. Der Menschenrechtsgerichtshof in Strassburg ist hier teilweise anderer Ansicht (ein abschliessendes Urteil steht noch aus).

Hingegen gelingt es einigen wenigen Eiferrern immer wieder, die Rassendiskriminierungs-Strafnorm als Keule einzusetzen gegen

missliebige Andersdenkende, die sich kritisch zu Minderheiten geäussert haben. Die Gerichte durchschauen diese fehlgeleiteten Angriffe zwar regelmässig und lassen sie samt und sonders scheitern. Rein juristisch betrachtet, ist damit also eigentlich alles in Ordnung. Trotzdem hinterlassen diese Fälle, gerade bei einem Befürworter der Strafnorm, ein grosses Unbehagen.

Wer in ein Strafverfahren hineingezogen wird, hat mit einigem Ungemach zu rechnen. Man braucht Zeit für Einvernahmen und Gerichtsverhandlungen, Geld für einen Anwalt, der Ruf ist angekratzt. Und vor allem: Über dem Beschuldigten hängt das Damoklesschwert der Verurteilung. Denn auch bei wenig aussichtsreichen Anzeigen ist ein Freispruch nie sicher. Allein schon eine Anklage kann gerade für einen Politiker schnell einmal das Ende einer Karriere bedeuten.

Worte auf der Goldwaage

Bei aller Ablehnung rassistischer Äusserungen – es darf nicht sein, dass mit an den Haaren herbeigezogenen Strafanzeigen Druck auf Andersdenke ausgeübt werden kann. Wenn jedes Wort in einer vielleicht angeheizten Debatte auf die Goldwaage gelegt wird, ist dies einer Demokratie schlicht unwürdig. Es besteht die Gefahr, dass statt der rassistischen Äusserungen die Strafnorm, welche erstere bekämpfen sollte, selber in Verruf gerät.

Dagegen gibt es ein einfaches, aber effizientes Mittel: Die Staatsanwaltschaften sollten vermehrt den Mut haben, bei einer offensichtlich unbegründeten Anzeige entweder gar nicht erst ein Verfahren zu eröffnen oder dieses sofort wieder einzustellen. Und zwar rasch, damit die Medien im Idealfall gleichzeitig von der Strafanzeige und dem Abschluss des Verfahrens erfahren. Damit würde die Unsitte der politisch motivierten Strafanzeigen schnell wieder verschwinden.

Daniel Jositsch ist Strafrechtsprofessor an der Universität Zürich und SP-Nationalrat.

Strategie – Krieger-Ass – Spion

Soldaten und Politiker erblassen, wenn sein Name fällt. General Qassem Soleimani ist der Mann des Iran für Spezialeinsätze und gilt als mächtiger Strippenzieher im Nahen Osten. Zurzeit bläst er zum Sturm auf die IS-Hochburg Tikrit. Es ist eine persönliche Abrechnung. *Von Urs Gehrig*

Mit Kühnheit und Weitsicht muss beschlagen sein, wer das Schicksal eines Volkes prägen will. Wer sich dazu anschickt, den Mächtigsten dieser Welt die Stirn zu bieten, bedarf ausgereifter Raffinesse und skrupelloser Kaltblütigkeit. All diese Attribute vereint die Figur in sich, die zurzeit vor den Toren Tikrits steht – «wahrscheinlich» vor Tikrit steht, muss präzisiert werden, denn wo genau Qassem Soleimani sich aufhält, entzieht sich der öffentlichen Kenntnis. Dass sein Name überhaupt prominent in den Schlagzeilen auftaucht, ist bemerkenswert.

General Soleimani ist der Kopf der gefürchteten Quds-Brigade, der Eliteeinheit der iranischen Revolutionsgarden für Auslandseinsätze. Ihre Aufgabe besteht darin, dem Iran nahestehende Kräfte durch Finanzierung, Ausbildung und Bereitstellung von Waffen und Gerät zu unterstützen. In Teheran hat Soleimani das Ohr von Revolutionsführer Chamenei. Im Irak soll er persönlich das Kommando über die Schiitenmilizen übernommen haben, die nun den Islamischen Staat (IS) zersprengen wollen.

«Soleimani-i-i» – seine Anhänger verehren ihn inbrünstiger, als frenetischer Jubel bezeugen könnte. Haar wie Bart grau und dicht, die Augen jovial zwinkernd, so sah man den Iraner neulich auf Fotos, von irakischen Truppen umringt, die sich in glückseliger Verklärung vom grossen Soleimani in die Entscheidungsschlacht um Tikrit, die Geburtsstadt Saddam Husseins, schicken lassen.

Wie ein Phantom

Im Ausland hingegen ist er gefürchtet und geächtet. Auch die Schweiz hat gegen den 58-jährigen Sanktionen verhängt, artig im Kielwasser der USA und der EU dümpelnd, denn Soleimani hat getan, was die westliche Welt als frevelhaft zu bezeichnen pflegt. Er hat im Auftrag des Iran das syrische Regime mit Waffen, Instruktoren und Kämpfern versehen. Kurz: Soleimani hat Assad vor dem Sturz gerettet, hat Syrien vom totalen Zerfall bewahrt. Nicht mehr, nicht weniger.

Soleimani ist schon viele Jahre unterwegs in seiner Mission. Lange war bloss sein Name bekannt. Wie ein Phantom tauchte er in Gesprächen auf, wenn man sich in der nahöstlichen Region bewegte. Selbst General Petraeus, der im Irak vorübergehend das Blatt zugunsten Amerikas zu wenden wusste, jagte sein Gespenst. In einem Interview mit der *Weltwoche* im Dezember 2007 sagte der US-Oberbefehlshaber, schiitische Milizen im Irak würden

«trainiert, ausgerüstet, aufgebaut und, in einigen Fällen, direkt vom Iran gelenkt». Und er machte keinen Hehl aus der Identität des Drahtziehers: Soleimani.

Für den Fall, dass Petraeus die Macht des Schattenmannes aus Teheran einen klitzekleinen Moment vergessen sollte, schickte ihm dieser ominöse Rivale – via Vermittler – eine Textmessage auf das persönliche Handy: «General Petraeus, Sie sollten wissen: Ich, Qassem Soleimani, kontrolliere die iranische Aussenpolitik vis-à-vis dem Irak, dem Libanon, Gaza und Afghanistan.»

Westliche Medien haben Soleimani als «Meisterspion» bezeichnet, vergleichbar mit Karla, dem russischen Gegenspieler von Geheimagent Smiley in John le Carrés «Tinker Tailor Soldier Spy». Soleimani ist klein von Wuchs, keine 1,70 Meter gross, doch von solider, muskulöser Statur. Bei grellem Sonnenlicht leuchten seine Augen rauchgrau, ähnlich denjenigen eines Husky, wobei sein rechtes aus unerfindlichen Gründen irritierend im Lidwinkel hängt oder eigenwillig autonom umherwandert.

Geboren 1957 in einer armen Bauernfamilie, sein Vater von entfernt jüdischer Abstammung, musste er früh Hand anlegen, verdiente sein erstes Geld als Wanderarbeiter. Nach dem Angriff Saddam Husseins auf den Iran 1980 bewährte sich der junge Soldat Soleimani mit Einsätzen hinter der Frontlinie. Dabei soll er sogar lebendige Tiere vom Feind erbeutet haben, worauf ihn das irakische Radio ehrfürchtig den «Geissenräuber» nannte.



Verdeckte Operationen in fremden Ländern sollten sein Lebensinhalt werden.

1998 übernimmt Soleimani das Kommando der Quds-Brigade und bearbeitet den Nahen Osten nach Irans Vorstellung. Basis seiner Arbeit ist die Erfahrung aus dem irakisch-iranischen

«General Petraeus, Sie sollten wissen: Ich, Qassem Soleimani, kontrolliere die iranische Aussenpolitik.»

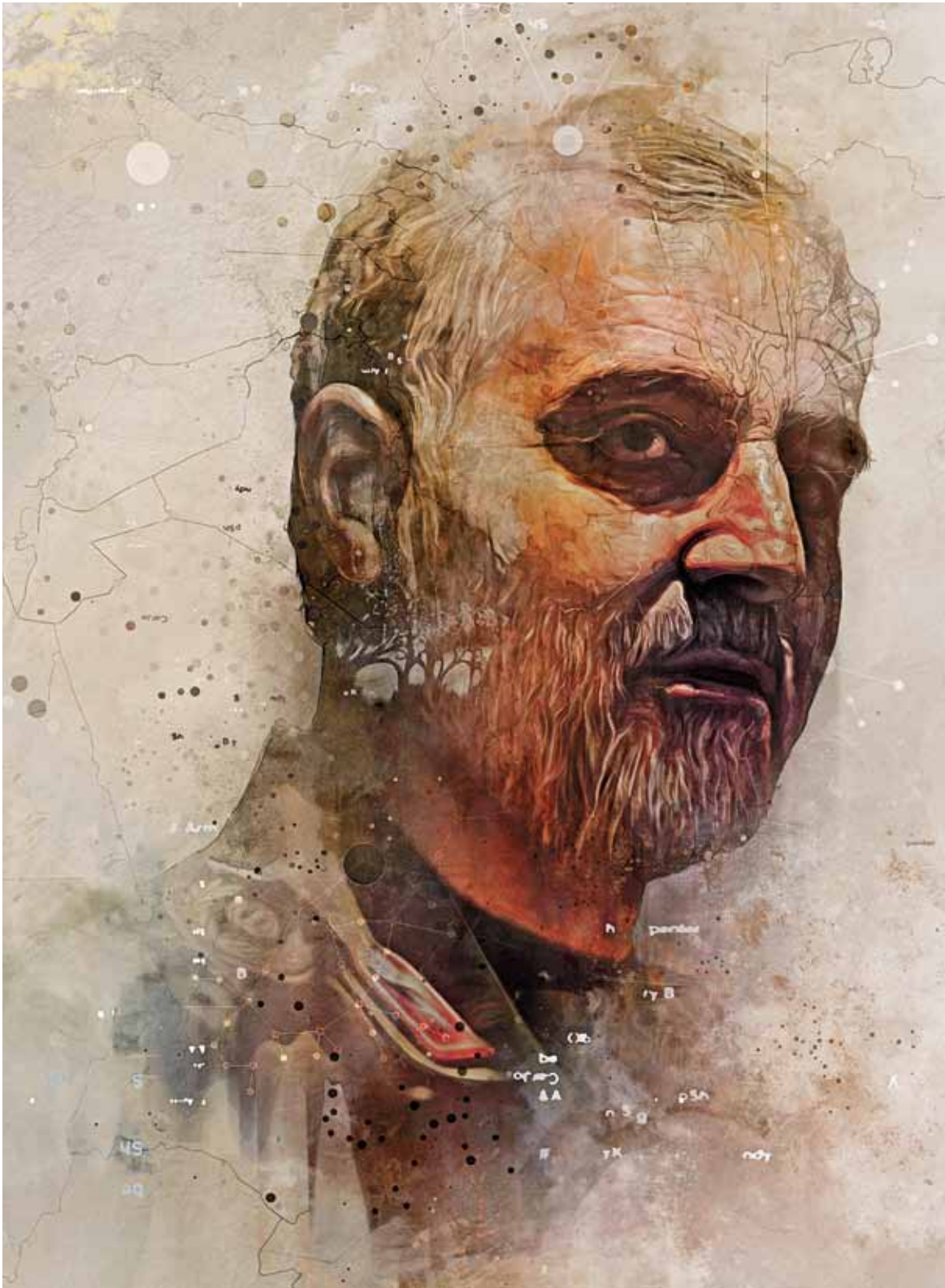
Krieg: Ein Land ist immer auf sich allein gestellt und muss seine Verteidigung selbst besorgen. Als Strippenzieher und Militärführer lässt er alliierte Kampfgruppen aufrüsten, ausländische Milizen trainieren und Feinde eliminieren. Man nennt ihn den «Mann hinter dem schiitischen Halbmond», der Schiiten vom Libanon über Syrien, den Iran bis in den Irak vereint.

Posterboy iranischer Propaganda

Immer nach der Schwäche seines Kontrahenten spähend, baut er das internationale Netzwerk der Quds-Brigaden aus. Soleimani orchestriert Operationen an entfernten Orten wie Thailand, Neu Delhi, Lagos oder Nairobi. Sogar in Washington, D. C., soll er ein Komplott zur Ermordung eines Saudis organisiert haben. Die USA sehen in ihm einen Erzfeind, welcher ihre Pläne im Nahen Osten durchkreuzt. Ajatollah Chamenei hingegen, Irans geistiger Führer, ist von Soleimani so angetan, dass er ihn einen «lebenden Märtyrer» nennt.

Wenn er nicht auf einem Schlachtfeld steht, soll Soleimani in Teheran ein biederes Leben führen, als fürsorgender Ehemann, der seine Frau ab und zu sogar auf Reisen mitnimmt, und als Vater von fünf erwachsenen Kindern. Mit Emotionen hält Soleimani zurück. Spricht er, bleibt seine Stimme fast unvernnehmbar leise. Seine Aura hingegen sei erdrückend, heisst es. «Er hat diese überwältigende Präsenz», schreibt der *New Yorker*, einen ehemaligen irakischen Chefbeamten zitierend. «Wenn Soleimani in einen Raum tritt, kommt er nicht und sitzt zu dir. Er sitzt allein, ruhig und besonnen. Er spricht nicht, kommentiert nicht, sitzt bloss da und hört zu. Und so denkt natürlich jeder nur an ihn.»

Umso eklatanter fällt der marktschreierische Medienrummel um seine Person ins Auge. Der Quds-Kommandant wird wie ein Äquilibrist unter der Zirkuskuppel bejubelt, geniesst Kultstatus wie seinerzeit Rommel, der deutsche



Verdeckte Operationen als Lebensinhalt: General Soleimani.

«Wüstenfuchs». Videoclips, Fotos, Graffiti über «Hadsch Qassem», wie ihn seine Bewunderer nennen, boomen im Internet. Das Phantom von einst ist zum Posterboy iranischer Propaganda geworden; in einer Aufdringlichkeit, die Fragen aufwirft.

Warum zelebriert Teheran freimütig Militäroperationen in fremden Ländern, deren Existenz man bis vor kurzem noch rundweg dementiert hat? Warum treibt man einen Kult um eine Figur, die eigentlich im Dunkeln zu Hause ist?

Offenbar verspürt man die Notwendigkeit, Soleimani als Symbolfigur für seinen Kampf gegen den IS zu stilisieren. Der Blitzkrieg der marodierenden Gotteskrieger hat an der iranischen Spitze einen Schock ausgelöst. Unweit der iranischen Grenze haben die sunnitischen Halsabschneider, welche die Schiiten als Verräter am Islam verachten, ihr blutiges Schauspiel abgezogen. Soleimani soll gegen innen Vertrauen einflössen, als Retter vor den Dschihadisten. Und gegen aussen soll er manifestieren, wer die Macht in der Region in Händen hält.

Eine andere Erklärung lautet: Soleimani wird in den eigenen Reihen bewusst als Drachentöter inszeniert, weil er im Staatsgefüge an Einfluss verloren hat. Eine andere Figur sei ins Machtzentrum gerückt: Admiral Ali Schamchani, der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats. Über ihn, der fließend Arabisch spricht, laufen heute die meisten politischen Kontakte des Iran im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den sunnitischen Extremismus.

Unbestritten hat sich Soleimani etwas verrannt. Er setzte auf den irakischen Premierminister Nuri al-Maliki (im August durch Haidar al-Abadi ersetzt), der im Zweistromland die Zwietracht zwischen Schiiten und Sunniten derart befeuerte, dass der IS auf wenig Widerstand stiess.

Im Sommer erlitt Soleimani einen herben Rückschlag. Während er seine Kräfte auf Syrien fokussierte, wurde er in seinem Rücken vom Feuersturm des IS überrumpelt. Im Handstreich eroberten die Zeloten die strategisch wichtige Grossstadt Mossul. «Er war ausser sich vor Wut», erzählte Hussein Scheikholeslam, Revolutionär der ersten Stunde mit direktem Zugang zum iranischen Führungszirkel, der *Weltwoche* letzten Herbst in seinem Teheraner Büro. Kurz nach dem Fall Mossuls habe er mit Soleimani telefoniert. Das Strategie-Ass, das sonst nie seine Contenance verliert, habe «getobt».

Schützenhilfe aus dem Himmel

Soleimani empfindet den Fall Mossuls als persönlichen Affront. Der Kampf gegen den IS ist ihm mehr als ein strategischer Showdown, er ist sein persönlicher Rachezug. Wenn Tikrit gefallen ist, wird er die irakischen Truppen weiterführen nach Mossul. Dann kommt sein Tag der Abrechnung.

Wie in Afghanistan geht der Iraner auch im Irak pragmatisch vor, kooperiert mit Rivalen, wo es Irans Interessen nützt, profitiert von Amerikas Schützenhilfe aus dem Himmel. Der schiitische Süden ist fest in der Hand Teherans. Nach acht Jahren Okkupation, zig Milliarden Dollar Kriegsauslagen und einem ruhmlosen Truppenabzug werden die Amerikaner im Kernland des Nahen Ostens ausmanövriert. Niemand symbolisiert diese Schmach aufdringlicher als der schweigsame Mann mit den Husky-Augen: Qassem Soleimani. ○

Die Motive der Signora Boccassini

Staatsanwältin Ilda Boccassini hat mit ihren Ermittlungen in der «Bunga Bunga»-Affäre Silvio Berlusconi zum Rücktritt gezwungen. Nun ist der ehemalige Ministerpräsident Italiens in letzter Instanz freigesprochen worden. Trotzdem kann sich «Ilda la rossa» als Siegerin fühlen. *Von Nicholas Farrell*

Antonio Gramsci, Italiens grosser kommunistischer Denker, entwickelte im frühen 20. Jahrhundert den Begriff der kulturellen Hegemonie, die er als Voraussetzung für eine revolutionäre Machtübernahme betrachtete. Es reiche aus, schrieb er, die wichtigsten staatlichen Institutionen (einschliesslich des Justizwesens) zu unterwandern und zu übernehmen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte die italienische KP, bis zum Fall der Berliner Mauer die grösste kommunistische Partei ausserhalb des Ostblocks, Gramscis Theorie konsequent um und brachte ihre Leute in allen staatlichen Institutionen unter.

Absurde Anklage

Für Nichtitaliener, vor allem für Angelsachsen, ist eine politisierte Justiz, die Menschen aus politischen Gründen den Prozess macht, unvorstellbar und völlig inakzeptabel. Für viele Italiener ist es alltägliche Realität. Natürlich bestreiten Staatsanwälte und Richter vehement, dass sie politisch motiviert sind – so wie die Pfarrersfrau einen Seitensprung leugnet. Die Tatsachen sprechen jedoch eine andere Sprache.

Ein sehr gutes Beispiel ist Ilda Boccassini, die 65-jährige Staatsanwältin im Verfahren um die «Bunga Bunga»-Affäre gegen den viermaligen Ministerpräsidenten und Medienunternehmer Silvio Berlusconi, das 2011 begann (zum Jahr, in dem Boccassini laut einem Ranking der amerikanischen Zeitschrift *Foreign Policy* auf Rang 57 der weltweit einflussreichsten Frauen stand) und – erstaunlich schnell für italienische Verhältnisse, wo sich Strafsachen oft über mehr als zehn Jahre hinziehen – in der letzten Woche mit einem definitiven Freispruch zu Ende ging.

Boccassini, eine gebürtige Neapolitanerin, die mit ihrem Mann, ebenfalls Staatsanwalt, zwei erwachsene Kinder hat, aber getrennt von ihm lebt, ist Mitglied der exkommunistischen Richtergewerkschaft *Magistratura democratica*, die in Mailand besonders mächtig ist. Ihre Haare, so rot wie ihre politische Einstellung, haben ihr den Spitznamen «la rossa» eingetragen.

Sie und viele andere Juristen, namentlich ihre Kollegen von der Mailänder Staatsanwaltschaft, haben Berlusconi, seit er 1993 in die Politik ging und 1994 völlig überraschend zum Ministerpräsidenten gewählt wurde und auf diese Weise eine Machtübernahme der ita-



Feministischer Robespierre: Staatsanwältin Boccassini.

lienischen «Ex»-Kommunisten verhinderte, mit Dutzenden von Prozessen eingedeckt, die praktisch alle im Sande verliefen.

Dass der «Bunga Bunga»-Prozess eher politisch als juristisch motiviert war, beweist schon die Absurdität der beiden Anklagepunkte. Berlusconi wurde Förderung der Prostitution von Minderjährigen und Amtsmissbrauch vorgeworfen. Sein «Opfer», Karima

el-Mahroug, besser bekannt als Ruby Rubacuori (Ruby, die Herzensbrecherin), war siebzehn (sah aber viel älter aus und gab ihr Alter mit vierundzwanzig an, als sie im Februar 2010 häufig bei den nächtlichen Partys auftauchte, die Berlusconi regelmässig in seiner Villa unweit von Mailand veranstaltete) und eine Marokkanerin, gab sich aber als Nichte des ägyptischen Präsidenten Mubarak aus.

In Italien ist bezahlter Sex mit minderjährigen Mädchen eine Straftat, wenngleich das Schutzalter bei vierzehn Jahren liegt. Doch dies dürfte der erste Fall gewesen sein, dass im Land des Latin Lovers eine solche Anklage gegen einen Italiener erhoben wurde. Berlusconi erklärte, nicht gewusst zu haben, dass Ruby noch nicht achtzehn gewesen sei. Und ohnehin bestritten beide, eine sexuelle Beziehung gehabt zu haben, für die es natürlich auch keine Zeugen gab. «Zum ersten Mal hat ein Mann nicht versucht, mich ins Bett zu kriegen. Ich schwöre, er hat sich wie ein Vater verhalten», erklärte Ruby gegenüber der Tageszeitung *La Repubblica*.

Vergessen wir nicht, dass Berlusconi seinerzeit 74 war und Prostatakrebs überstanden hatte. Gewiss, er hatte Ruby viel Geld gegeben (3000 Euro für jeden Auftritt) und ihr auch weiterhin Geschenke gemacht. Na und? Er ist einer der reichsten Männer der Welt und überhäuft junge Frauen, die ihm gefallen, mit Geld und Geschenken.

Doch Boccassini erklärte dem Gericht wie ein feministischer Robespierre, Ruby und die anderen Mädchen seien «Teil eines organisierten Prostitutionsrings gewesen, der dem Vergnügen von Silvio Berlusconi diene». Irgendwelche Beweise? Natürlich nichts – wie immer, abgesehen von den Geldzahlungen an die Mädchen. Aber was heisst das schon. Moralisch, politisch und sogar aus ästhetischer Sicht mögen Berlusconis Partys fragwürdig gewesen sein, aber sie waren nicht gesetzwidrig, und es ist auch kein Verbrechen, Frauen Geld und andere Dinge zu schenken.

Die Minderjährige aus Sizilien

Der zweite Vorwurf (Amtsmissbrauch) war noch lächerlicher. In der Nacht vom 27. auf den 28. Mai 2010 wurde die Polizei in eine Mailänder Wohnung gerufen, wo Rubys Mitbewohnerin sie des Diebstahls bezichtigte. Da sie eine Minderjährige war, deren Eltern in Sizilien lebten, blieb den Polizisten nichts anderes übrig, als sie auf das Polizeipräsidium zu bringen, wo sie Berlusconi telefonisch um Hilfe bat. Der war gerade in Paris, kurz vor dem Rückflug nach Italien. Er rief das Polizeipräsidium an, weil er helfen wollte – wie das jeder vernünftige Mensch getan hätte. Daraufhin wurde Ruby in die Obhut der mit ihm befreundeten Regionalpolitikerin Nicole Minetti gegeben. Für die Polizei kam es in dieser Nacht nur darauf an, dass sich ein Erwachsener um Ruby kümmerte. Der «Schuldige», also der diensthabende Beamte, sagte später aus, dass er von Berlusconi zu keinem Zeitpunkt unter Druck gesetzt worden sei.

Trotzdem wurde Berlusconi in seinem ersten Prozess 2013 schuldig gesprochen und zu sieben Jahren Haft verurteilt (ein Jahr für den ersten Anklagepunkt, sechs Jahre für den zweiten sowie ein lebenslanges Verbot jeder politischen Tätigkeit). 2014 wurde er im Revi-

sionsverfahren in beiden Punkten freigesprochen, was Ilda «la rossa» Boccassini aber nicht akzeptieren mochte. Sie wandte sich an das oberste Gericht, das die Entscheidung der Revisionsinstanz in der letzten Woche bestätigte.

Angesichts der mehr als dürftigen Beweislage und der trivialen Natur der beiden Anklagepunkte wird man die Motive der Signora



«Wie ein Vater»: Berlusconi.

Boccassini, die hartnäckig eine Verurteilung Berlusconis erreichen wollte, gewiss anzweifeln dürfen.

Wir sollten den politischen Kontext nicht ausser Acht lassen. 2011 steckte die italienische Wirtschaft in einer tiefen Krise, und die Zinsdifferenz zwischen deutschen und italieni-

In Italien kann man Leute auch ohne Urteil vernichten. Man muss sie nur einer Straftat bezichtigen.

schen Anleihen nahm so bedrohliche Ausmasse an, dass ein Austritt Italiens aus der Euro-Zone ernsthaft erwogen wurde. Die «Bunga Bunga»-Ermittlungen machten nicht nur Berlusconi, sondern ganz Italien zum Gespött der Welt.

Hinzu kommt, dass Boccassini eine (übri-gens sehr kostspielige) Überwachung von Berlusconis Telefongesprächen anordnete, deren ordinärste, aber strafrechtlich irrelevante Details in typisch italienischer Manier noch vor Prozessbeginn Zeitungen zugespielt wurden, die die Mitschnitte veröffentlichten. Und so erfuhr die ganze Welt davon.

In jedem normalen Land müssten Journalisten und Chefredaktoren, die solches Material veröffentlichen, oder Mitarbeiter der Ermittlungsbehörden, die solche Dinge an die Presse weitergeben, mit einer nicht zu knappen Haftstrafe rechnen. Doch in Italien wird derlei nicht geahndet, obwohl es täglich passiert.

Im November 2011 trat Berlusconi zurück. Italien hatte seitdem drei nicht gewählte Ministerpräsidenten und steckt noch immer in einer ernsten Rezession. Anders als die unzähligen Finanzprozesse, die ab 1994 erfolglos

gegen ihn geführt wurden, ruinierte ihn die «Bunga Bunga»-Anklage als Ministerpräsidenten, weil er vor der Weltöffentlichkeit als Veranstalter freizügiger Partys mit Minderjährigen dastand. Ohne dieses Aufsehen hätte er den ökonomischen Wirbelsturm überstehen können – der ja auch nicht so heftig ausgefallen wäre.

«Lügnerinnen und Prostituierte»

Insofern hat «Ilda la rossa» nicht verloren, sondern gewonnen. Denn sie ist es, die Berlusconis Rücktritt herbeigeführt hat. Damit hat sie der italienischen Wirtschaft enorm geschadet. In Italien, wo ein Angeklagter (anders als in jedem normalen Land) faktisch seine Unschuld beweisen muss und eine öffentliche Vorverurteilung vor dem eigentlichen Gerichtsverfahren die Norm ist, kann man Leute auch ohne Urteil vernichten. Man muss sie nur einer Straftat bezichtigen.

Und die Sache ist noch nicht ausgestanden. Boccassini betreibt gegen rund zwanzig junge Frauen, die an Berlusconis Partys teilnahmen und bei seinen Prozessen als Zeuginnen auftraten, mit unvermindertem Furor ein Verfahren wegen Meineids. Sie wirft ihnen vor, für Geld zu seinen Gunsten ausgesagt zu haben. Das erinnert an die stalinistischen Schauprozesse, bei denen Zeugen, die es wagten, für den Angeklagten einzutreten, selbst der Prozess gemacht wurde. «Ilda la rossa» wirft diesen jungen Frauen unbekümmert vor, nicht bloss Lügnerinnen, sondern auch Prostituierte zu sein. Sie muss ja auch nicht damit rechnen, Berlusconi oder den betroffenen Frauen jemals Schadenersatz zahlen oder sich auch nur entschuldigen zu müssen.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

Zeitung der Schweizer KMU-Wirtschaft

- **Neue Billag-Mediensteuer**
Bürger und Politiker wehren sich gegen die Abzocke durch die SRG
- **Unternehmensschulung SIU**
Wissen und Können auf die KMU ausrichten – und in der Praxis sofort umsetzen
- **Finanzplatz**
Marktzugang per Gesetz zu lösen, ist eine Illusion

www.gewerbezeitung.ch

Anarchist der guten Laune

Um die Suspendierung von Jeremy Clarkson als Kult-Moderator der BBC-Autoshow «Top Gear» ist eine feurige Debatte entbrannt. Der Virtuose des Tabubruchs bringt Sprachpolizisten und Sonntagsprediger seit seiner ersten Sendung in Rage. Ein Showdown um Humor und die letzte Freiheit. *Von Ulf Poschardt*

Das Beste an dem Skandal um Jeremy Clarkson ist, dass in jenem Moment, wo ein Titan des Freigeistigen stolpert, die Realität grotesker wird, als es sich «Top Gear» hätte ausdenken können. Zoe Williams vom *Guardian* zum Beispiel sieht ihre Stunde gekommen und hofft auf eine ökofeministische Ausgabe von «Top Gear». Sie sieht aus, wie man sich eine Ökofeministin vorstellt, und sie argumentiert in der in diesem Milieu typischen Verknüpfung von Sonntagsschulpredigt und Greenpeace-Populismus. Sie fordert eine anständige Sendung, in der nicht nur der Humor der drei Moderatoren kastriert ist, sondern jede Form von Testosteron verbannt wurde. «Top Gear» soll so werden, wie Grossbritannien glücklicherweise nie war und wohl auch nie sein wird: pietistisch, asketisch, öde.

Jeremy Clarkson ragte früh heraus. Mit seinen 1,96 Meter hatte er die Wahl, sich zu ducken, um nicht aufzufallen, oder den Rücken geradezumachen und den Rahmen der Normalität zu sprengen. Er wählte intuitiv den letzteren Weg und hinterfragte jede denkbare Übereinkunft des freien Westens. Wer es sich einfach machen will, findet genug Belege dafür, dass er in seiner Wortwahl wie in den Pointen seiner brillant unterhaltsamen Filme vor keinerlei Sprachverboten haltmacht. Dieser Sound war auch der Sound des Miteinanders der drei Kommentatoren. «Er ist ein Penis, aber ich mag ihn.» So verpackte James May, der langhaarige Oldtimer-Liebhaber, am Wochenende seine Solidaritätsadresse, als er von auflauernden Journalisten zu einem Statement genötigt wurde. Ob er sich erinnern könne, was passiert sei? «Nein, ich war vollkommen betrunken.» Grinsen. «Kein weiteres Statement.»

Schon einmal war Clarkson weg vom Fenster. Als er beim Filmfestival in Locarno gefragt wurde, wie er es geschafft habe, wieder zurückzukommen zur BBC, antwortete er trocken: «Cunnilingus.» Diesen Humor muss man mögen, und der moraline Mainstream ist weitgehend humorlos. Wenn die «Anständigen» lachen, klingt das wie das Scheppern von Hyänen. Aggressiv und ängstlich zu gleich.

Zwei Minuten

Clarkson ist nach einem Ausraster angezählt und bildet damit ein ideales Opfer für die Meute von Sittenwächtern. Wer ihn rassistisch, reaktionär, menschenverachtend nennen will, findet dafür genug Zitate. Die Clarkson-Hasser reduzieren die erfolgreichste Fernsehshow der

Welt (mit Hunderten von Millionen Zuschauern pro Sendung) auf eine Skandalchronik. Sie komprimieren 174 Episoden aus 22 Staffeln auf ein «worst of» von zwei Minuten.

Was hat er zu dem Asiaten auf der Brücke gesagt? Hat er wirklich das N-Wort benutzt? Hat er die Tatsache, dass der Mini von BMW gebaut wird, mit einem Hitlergruss und dem Hinweis kommentiert, dass das Navigationssystem nun zeige, auf welcher Route man in Polen einmarschieren kann? Die schnappatmende Empörung liesse sich endlos fortsetzen.

Der Skandal in Argentinien, bei dem die Filmcrew im Herbst 2014 am Ende Hals über Kopf das Land verlassen (und die Autos dem marodierenden Mob überlassen) musste, führte zur wohl letzten Ermahnung durch die BBC. Die argentinische Botschafterin hatte Clarkson einen «Serienprovokateur» genannt, weil er, egal, wo er im Ausland toure, stets die Gefühle der Gastnationen verletze. Was ebenso falsch wie uninformiert ist. Die Schmalspur-Moralisten müssten ein wenig aufmerksamer werden.

Sehr zu empfehlen wäre das Studium der «Top Gear»-Tour durch die Südstaaten der USA. Dort werden Clarkson und seine Co-Moderatoren wegen ihrer Propaganda für die Rechte von Homosexuellen und Hillary Clinton als Präsidentin von Republikaner wählenden Rednecks in Alabama aus einer Tankstelle gejagt. Den Ukip-Grosssprecher Nigel Farage verhöhnt er für dessen Auto, einen Volvo: «He drives an immigrant.»

Clarksons Selbstversuche sind soziologische Feldexperimente, die drastisch bestätigen, wie unheilvoll die Kraft tumber Vorurteile wirkt. Clarkson ist ein altmodischer Aufklärer. Sein galliger, anarchischer Humor richtet sich im Zweifel gegen jede Form von Engstirnigkeit und Intoleranz. Am meisten aber gegen sich selbst. In seinen eigenen Worten ist er ein dicker, alter Mann mit Haarausfall, und seine beiden Kommentatoren, ein Zwerg und ein Schleicher, johlen dazu. Schlimmer als die vegane Gewerkschaftstante sind für ihn die übergewichtigen reichen Säcke, die sich die von ihm verehrten teuren Superautos kaufen, um anzugeben, und keine Ahnung haben, wie man einen Zwölfzylinder aus Maranello um die Ecke schleudert.

Clarkson taucht das Milieu, in dem er verehrt wird, in dasselbe Säurebad wie das seiner erregten Gegner. Seine eigenen Ideologien und Wertvorstellungen werden ständig relati-

viert und auf die Probe gestellt. Clarkson hält das grüne Geschwätz für eine Zumutung, aber dennoch findet er übermotorisierte SUVs mit ihrem monströsen Energieverbrauch pervers und aus der Zeit gefallen. Und wenn er das sagt, spricht er gewissermassen aus dem Inneren der Affirmation. Er ist unverdächtig, ein notorischer Autohasser zu sein, umso ernster werden seine Einsprüche gegen die Exzesse der Benzinvergeudung genommen.

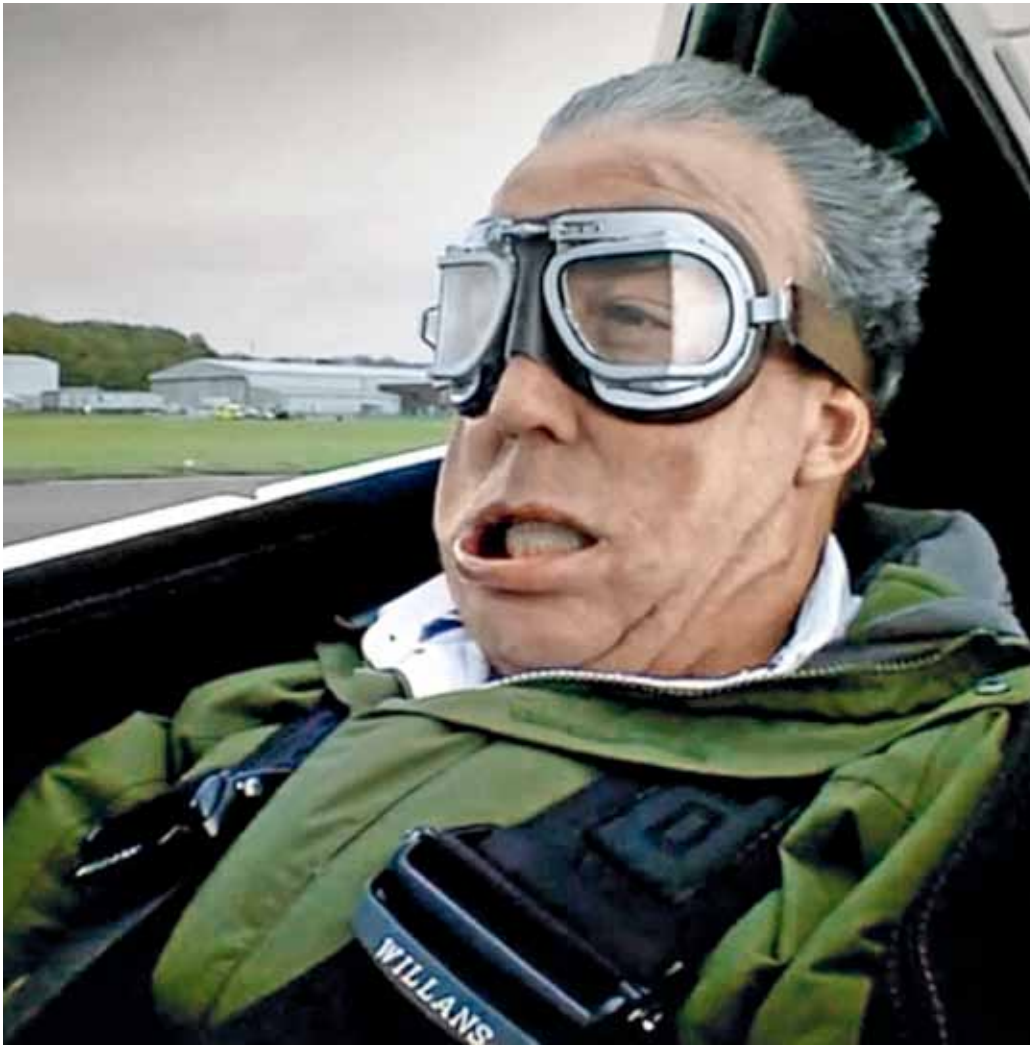
Und dann legte er los

Nichts ist sicher ausser der nächsten Überraschung. Deshalb hat Clarkson, der seine Verachtung für das Justemilieu nie unter Kontrolle brachte, stets vermieden, gerade jenes schlichte Feindbild zu werden, zu dem ihn jetzt die opportunistischen Widersacher machen wollen. Jedes Vorurteil von ihm wie über ihn steht stets zur Disposition. Dem neuen Labour-Chef Miliband, der sich schon mehrfach über Clarkson beschwert hat, verdirbt er auch noch im Stolpern den grossen Auftritt. Am selben Tag, als Clarkson suspendiert wurde, hatte der linke Miliband eine ziemlich anrührende Homestory über sich als bürgerlichen Privatmenschen lanciert. «Sorry Ed», twitterte Clarkson, «es scheint so zu sein, als hätte ich Ihre <Ich bin ein Mensch>-Geschichte in den News ausgeknockt.» Man kann sich richtig vorstellen, wie sehr dies Clarkson amüsiert und den ernsten Miliband nervt. Das Humorgen scheint in der Familie wohl gut aufgeho-

«Top Gear» ohne Clarkson wäre wie die Beatles ohne John Lennon.

ben. Seine Tochter Emily bettelte via Twitter dieBBCdarum,denMannzurückzunehmen. Er habe jetzt angefangen, zu Hause zu kochen.

Clarkson hat die Grenzen dessen, was die altehrwürdigste BBC ertragen kann, manisch herausgefordert. Bereits nach mehreren Skandalen angezählt, wurde er in eine Sendung eingeladen, in der junge, ansehnliche, nette BBC-Menschen unverbindliche Fragen für ein biederes Familienpublikum stellten. Es wurde ein Debakel. Clarkson wurde gefragt, was er von den Streiks im öffentlichen Nahverkehr halte. Zunächst begrüsst er den Streik, weil er die Strassen geleert hatte. Auf die Frage, ob er Verständnis für die Streikenden habe, sagte er nein und ergänzte dann leise: Er wisse, dass man bei der



Der Humor hat nicht gelitten: Moderator Clarkson.

BBC ausgewogen argumentieren solle. Die Moderatoren atmeten auf und nickten.

In diesem Moment legte Clarkson los: Er würde die Streikenden erschiessen, vor den Augen ihrer Angehörigen. In derselben Sendung fragte er das Publikum noch, warum ein Zug halte, wenn er einen Selbstmörder überfahren habe, da sei doch in der Regel sowieso nichts mehr zu machen. Liest man diese Provokationen ohne den Kontext, Clarksons Mimik und seine Einleitungen und Sprachverschiebungen, so bleibt in der Regel nur Kopfschütteln und Entsetzen. Wer sich seine Sendungen und Interviews jedoch von Anfang bis Ende ansieht, erkennt die hohe Kunstfertigkeit, mit der er seine Persona inszeniert. Er ist ein Virtuose des Tabubruchs und der Rebellion.

Er rebellierte gegen die mentalen Wohlfahrtsausschüsse der Medienlinken. Die Linke im Westen ist politisch gescheitert. Ihre jüngsten Helden schmieren in Athen ab, ihre Ideale sind abgewirtschaftet, ihre Visionen kompromittiert, ihre Hoffnungen verdampft. Verbittert darüber, ziehen sie sich aus der Wirklichkeit zurück und richten ihren Blick nach innen. Sie invertieren die Revolution zu einem moralischen Projekt. Wenn es zur Staatspolizei nicht reicht, dann zur Sprachpolizei, wenn es zur Regierungserklärung nicht reicht, dann

zur Sonntagspredigt, wenn es zur Mehrheit nicht reicht, dann zumindest zu Institutionen, in denen die Verbitterten was zu melden haben – in öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten, die aus ureigenstem Interesse zum Ektismus neigen und ihn verklären. Schliesslich leben sie davon. Der Toleranzmuskel wird seziert, es wird eingezäunt, begrenzt, zensiert.

Clarkson reagiert instinktiv gegen die neuen aufbrausenden diskursiven Verengungen. Gegen die sauertöpfische Moral stellt er die Anarchie der guten Laune. Er steht für Hedonismus (Essen, Rauchen, Luxus, Frauen) und jenes das Leben bereichernde Wettbewerbsprinzip, das er vordergründig in Wettrennen und Abenteuerprüfungen feiert, in seiner Hingabe an die Show selbst.

Der wahrlich gigantische Erfolg dieser Fernsehshow reicht weit über die Grenzen der Autoverliebten hinaus. Seine Interviews mit Stars, die später dann mit miesen Spiesserkarren um die Rennstrecke jagen, gehören zu den sensibelsten und pointiertesten, die man sich vorstellen kann, ob es Ron Wood ist, Tom Cruise oder eben John Prescott. Seine Begeisterung für absurden Luxus ist ausbalanciert mit einem Respekt für alte, stabile Rostkisten, die nicht einmal 2000 Euro kosten und die er immer wieder zu Protagonisten seiner Abenteuerreisen

macht. In seinem Publikum stehen weniger die poshen Lamborghini- oder Bentley-Bonzen als vielmehr jene meinungsverliebten *lads*, die es lieben, wenn es Randalie gibt. Sein Urteil, obwohl es oft ziemlich lausig ist, kann Karrieren von Autos befördern oder verhindern. In jedem Fall gibt es keinen *professional* in diesem Bereich, der die Sendung nicht guckt. Bis hin zu allen Formel-1-Fahrern, die Clarkson-Fans sind. Clarkson fängt an, alt zu werden. Der neue Ferrari F12 war ihm zu schnell und zu stark. Das waren schockierende Aussagen für seine Fan-Gemeinde, die in ihm einen Dogmatiker des «schneller, stärker, brutaler» vermutet hatte.

Volkshochschulkurs für Freisinn

Die Suspendierung Clarksons diese Woche bleibt rätselhaft. Hat Clarkson seinen Produzenten wirklich wegen eines kalten Steaks gehorfeigt? Niemand weiss es so recht. Clarksons gute Laune nach dem Eklat deutet an, was wohl kein Geheimnis sein dürfte: Nahezu jeder Privatsender, der es sich leisten kann, würde ihn und sein Team mit Handkuss übernehmen. Als britische Institution wäre die BBC verbeult: Im Kern der angelsächsischen Kultur und ihres schillernden Wertekosmos steht ein entfesselter Individualismus als Dynamo. Als dessen Krönung gilt der Exzentriker, wie ihn in voller Pracht vor allem die Briten hervorgebracht haben: von Beau Brummell über Winston Churchill bis Boris Johnson. Kontinentaleuropäer bestaunen diese Gabe zum Antiopportunisten und konnten «Top Gear» wie einen Volkshochschulkurs für Freisinn studieren.

Clarkson wird woanders weitermachen, wenn ihn die BBC nach einer Untersuchung rausschmeissen sollte. Die BBC braucht «Top Gear» mehr als «Top Gear» die BBC, und das schmerzt die autoritätsseligen Institutionisten sehr, die in Organen wie der BBC jene Alternative zum real existierenden Kapitalismus und zum Elend der Labour Party sehen. In einer freien Welt sind die Sprachverbotszonen weitgehend machtlos. «Top Gear» ohne Clarkson wäre wie die Beatles ohne John Lennon. Am Samstag schrieb der 54-Jährige in seiner Kolumne in der *Sun*, dass es ein Irrtum der Natur war, die Dinosaurier zu erfinden. Mit den alten Monstern, von denen man sich irgendwann mal verabschieden müsse, meinte er natürlich auch sich, den Hünen, den Unübersehbaren. Der Humor hat nicht gelitten. Am meisten hat Clarkson an der ganzen Farce genervt, dass irgendwo bei der BBC rapportiert wurde, er sei Bus gefahren. «Nun», schrieb er, «die Lage ist mies, aber so mies nun auch wieder nicht.»

Clarkson ist für Hunderte Stunden bester Unterhaltung zu danken. Seine Fans werden ihm folgen, egal, wohin.

Ulf Poschardt ist stellvertretender Chefredaktor der *Welt*-Gruppe. Von 2002 bis 2010 war er Auto-Kolumnist der *Weltwoche*.

«Botschaft, die niemand hören will»

Das Drei-Säulen-Modell bei der Vorsorge sei ernsthaft gefährdet, sagt Martin Senn. Der Konzernchef der Zurich-Versicherung über die Folgen der Negativzinsen, das Reformpaket von Bundesrat Berset und die Demontage des Wirtschaftsstandorts Schweiz. *Von Martin Spieler und Lucian Hunziker (Bild)*

Herr Senn, was lange undenkbar schien, ist seit Monaten Realität: Negativzinsen in der Schweiz und der EU. Für Versicherer wie die Zurich ist dies ein Horror-szenario, denn die tiefen Zinsen belasten die Kapitalrendite schwer: Wie lösen Sie dieses Problem?

Das ist eine riesige Herausforderung für uns und alle Sparer. Man bekommt für das angesparte Kapital keine Entschädigung mehr. Wir werden deshalb in der Schweiz auslaufende Bundesanleihen nicht mehr erneuern. Denn damit würden wir Geld verlieren. Stattdessen investieren wir stärker in Immobilien, Aktien sowie in Anleihen im Ausland.

Das machen alle. Dank diesem Herdenverhalten notiert die Wall Street auf einem Rekordstand. Für Sie und Ihre Versicherten steigen die Risiken.

Ich stupe Aktien mit einer hohen Dividendenrendite als attraktiver ein als Staatsanleihen. Die Aktienmärkte profitieren weiter von den tiefen Zinsen. Ganz einfach, weil es derzeit kaum Alternativen gibt zu Aktien.

Haben Sie denn nicht Angst, dass es an den Aktien- und Immobilienmärkten zu einer Blase kommt, weil mangels lukrativer Alternativen riesige Geldsummen in diese Anlagekategorien fliessen?

Wir haben für 2,5 Milliarden Dollar zusätzlich Aktien sowie für fünf Milliarden Dollar zusätzlich Unternehmensanleihen im Ausland erworben und unsere Immobilienbestände im Rahmen unserer Risikofähigkeit stark erhöht. Das hat sich ausbezahlt, auch wenn man in nächster Zeit mit Rückschlägen rechnen muss. Doch das macht mir keine Angst. Wir haben ein dickes Kapitalpolster.

Das glaubten unsere Grossbanken vor der Finanzkrise im Jahr 2008 auch.

Wir sind weit solider aufgestellt als die Banken. Auch heute. Wir verfügen über 27 Prozent mehr Kapital, als wir eigentlich ausweisen müssten. Mit hundert Prozent hätten wir ein AA-Rating von Standard & Poor's. Doch wir halten bewusst einen zusätzlichen Puffer, um mögliche Schocks an den Finanzmärkten abzufedern.

Davon können die Banken nur träumen.

Als langfristig orientierter Anleger wollen wir in keiner Situation gezwungen sein,

uns kurzfristig von unseren Anlagen zu trennen. Wir haben aus unseren negativen Erfahrungen 2001 die Lehren gezogen. Ich bin sicher, dass wir auch in Zukunft mit Konstellationen konfrontiert sein werden, die heute unvorstellbar sind. Darum ist es wichtig, jederzeit genügend Kapital auf der Seite zu haben.

Negative Spuren hinterlässt bei den Versicherern auch die Aufhebung des Euro-Mindestkurses durch die Nationalbank. Während die Dividenden in Schweizer Franken ausgezahlt werden, wird der Grossteil des Einkommens in anderen Währungen verzeichnet. Da tut sich doch bei Ihnen eine gefährliche Schere auf?

Dreissig Prozent unserer Erträge erzielen wir in Euro. Hier haben wir einen negativen Effekt. Weil wir aber zusätzlich über vierzig Prozent unserer Erträge in US-Dollar erwirt-

«Der Staat sollte die Wirksamkeit seiner Regulierungen genauer untersuchen.»

schaften, können wir diesen Negativeffekt kompensieren, zumal sich der Dollar gegenüber dem Franken aufgewertet hat. Trotzdem bleibt ein Loch. Deshalb müssen wir höhere Erträge erreichen, wenn wir unseren Aktionären auch künftig eine attraktive Dividende auszahlen möchten.

Viele Anleger halten Ihre Aktien gerade wegen der hohen Dividende: Ist diese wegen der tiefen Zinsen und der Frankenaufwertung in den nächsten Jahren gefährdet?

Wir haben in den letzten Jahren mit siebzehn Franken eine sehr attraktive Dividende bezahlt. Das soll auch künftig so bleiben.

Und wie soll das geschehen?

Indem wir in unserem Kerngeschäft profitabel wachsen, effizienter werden und unsere Kosten weiter senken.

... und zusätzliche Stellen abbauen?

Nicht zwangsläufig. Man kann aber nicht ausschliessen, dass weitere Stellen reduziert werden müssen. Aber das steht nicht im Vordergrund. Wir sind heute operativ robust aufgestellt und betreiben ein global gut diversifiziertes Geschäft. Diese internationale Diversifizierung macht uns als Unternehmen sicherer.

Doch grosse Marktschocks wie ein Auseinanderbrechen des Euro würden auch an Ihnen

nicht spurlos vorbeigehen. Wie beurteilen Sie die Stabilität der Euro-Zone?

Regionale Marktschocks könnten wir gut auffangen. Ich bin erleichtert, dass die EU und der Währungsfonds ein Auseinanderbrechen des Euro verhindert haben. Dank der neuen Hilfsmassnahmen hat Griechenland Zeit gewonnen. Der zurzeit tiefe Ölpreis verschafft Europa ein höheres Wirtschaftswachstum.

Die Rechnung geht aber nur auf, wenn in Europa tatsächlich Reformen umgesetzt werden. Griechenland und andere Schuldländer sind indes weit davon entfernt, echte Reformen zu realisieren.

Das wäre fatal. Wenn Europa jetzt die Reformen nicht umsetzt, werden wir über kurz oder lang wieder mit grossen Problemen konfrontiert sein. Und dann wird sich das Wachstum der Wirtschaft noch stärker in Richtung Asien und USA bewegen. Damit können wir bei der Zurich zwar gut leben. Die USA sind unser wichtigster Markt, wir beschäftigen die Hälfte unseres Mitarbeiterbestandes dort. Doch für Europa wäre die Entwicklung schlimm. Die Notenbanken sind daher weiter stark gefordert.

Befürchten Sie nicht, dass die Notenbanken die Weltwirtschaft mit viel zu viel billigem Geld versorgen? Das Finanzsystem läuft doch Gefahr, aus den Fugen zu geraten.

Es bestehen in der Tat Ungleichgewichte. Deshalb ist es wichtig, dass man die Geldschwemme rasch senkt, wenn das Wachstum greift. Sonst sehen wir gefährliche Blasenbildungen.

Die Zurich hat ein Anlagedepot von deutlich mehr als 200 Milliarden Dollar – zum grossen Teil bestehend aus Anleihen: Wenn in diesem Sommer die US-Notenbank die Zinsen erhöht, sitzen Sie dann auf hohen Buchverlusten?

Es stimmt: Steigende Zinsen führen zu Kursrückschlägen bei unseren umfangreichen Dollaranleihen. Gleichzeitig gehen aber die Versicherungsverpflichtungen zurück. Und wir können unser Kapital künftig zu höheren Zinsen anlegen und haben bessere Erträge. Darum hoffen wir sogar auf steigende Zinsen.

Auf steigende Zinsen hoffen auch die Sparer und Ihre Versicherten, welche auf ihrem Vorsorgegeld praktisch keine Erträge mehr erzielen. Bringen die rekordtiefen Zinsen unser Vorsorgesystem in Gefahr? >>>



«Hoffen auf steigende Zinsen»: Zurich-Chef Senn.

Unser Drei-Säulen-Modell in der Schweiz ist ernsthaft gefährdet, wenn seine Finanzierung nicht realistisch geregelt wird. Tiefe Zinsen sind das eine. Weit schlimmer ist der demografische Effekt. Jeder Mensch, der heute in der Schweiz geboren wird, dürfte im Durchschnitt neunzig Jahre alt werden. Und dessen Kinder, die nächste Generation also, werden im Schnitt hundert Jahre alt. Unter den heutigen Rahmenbedingungen unseres Vorsorgesystems sind die zu erwartenden Altersleistungen nicht mehr finanzierbar.

Bundesrat Alain Berset will mit dem Reformpaket «Altersvorsorge 2020» diese Finanzierungslücke schliessen. Unter anderem soll das Rentenalter für Frauen auf 65 Jahre angehoben werden, und die Mehrwertsteuer würde erhöht. Bringt das die Lösung?

Nicht wirklich. Das von Bundesrat Berset vorgestellte Programm ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es löst die Probleme aber noch nicht. Richtig gerechnet, ist etwa ein Umwandlungssatz von sechs Prozent, wie ihn das Reformpaket enthält, immer noch zu hoch.

Was ist Ihr Vorschlag?

Der Umwandlungssatz muss mehr in Richtung fünf Prozent herabgesetzt werden. In unserer eigenen Pensionskasse senken wir daher den Umwandlungssatz für die Zurich-Mitarbeitenden in mehreren Schritten bis 2017 auf 5,9 Prozent. Damit reduziert sich für den einzelnen Versicherten die jährliche Rente aus der zweiten Säule.

Doch das Schweizervolk wird kaum einfach Hand bieten für eine Senkung des Umwandlungssatzes, denn damit verlieren die Versicherten viel Geld.

Man kommt nicht darum herum. Wenn man es nicht tut, ist die Finanzierbarkeit der Altersvorsorge für die künftigen Generationen nicht mehr gegeben. Nichts zu tun, ist keine Option. Dann gefährden wir alles.

Der Bundesrat will die Entscheidungsfreiheit der Pensionskassenversicherten einschränken und den Kapitalbezug des PK-Geldes verbieten: ein kluger Schritt?

Nein, das wäre ein unnötiger Eingriff in die Entscheidungsfreiheit der Versicherten. Das zeigt nur, dass man ein fundamentales Finanzierungsproblem hat, welches man mittels Symptombekämpfung lösen will. Tatsache ist: Wir müssen entweder mehr ins Vorsorgesystem einzahlen oder in Kauf nehmen, dass wir tiefere Renten erhalten. Das ist eine Botschaft, die niemand hören will.

Wir werden älter und die Vorsorge teurer. Müssen wir alle bis siebzig arbeiten?

Nicht unbedingt. Deshalb sollte das System auch flexibler werden. Wir können

auch mit sechzig in Pension gehen, aber müssen dann bereit sein, weniger Rente zu erhalten. Man kann nicht alles haben. Man kann nur so viel ausgeben, wie man einnimmt. Heute ist unser Vorsorgesystem nicht mehr in einer gesunden Balance. Wir sollten der Realität ins Auge blicken: Man muss entweder mehr in die zweite Säule einzahlen oder im Alter eine niedrigere Rente akzeptieren. Sonst riskieren wir, dass unser Vorsorgesystem Schiffbruch erleidet. Entsprechend sehe ich schwarz, sollten Bundesrat und Parlament nicht handeln.

In anderen Bereichen verlangen Sie vom Bundesrat allerdings mehr Zurückhaltung – nämlich bei der Regulierung.

Die zunehmende Regulierungsdichte ist für uns ein handfestes Problem. Neue Gesetze und Verordnungen verursachen oftmals hohe Zusatzkosten und behindern die Wirtschaftsaktivitäten. Wir kennen das von den vielen Rotlichtern im Verkehr, welche zu langen Staus führen. Dank den vielen neuen Gesetzen kann man in einigen Bereichen vielleicht einen Schaden verhindern, dafür wird bei immer mehr Regulierung irgendwann das Wirtschaftssystem zusammenbrechen.

Fordern Sie konkret einen Abbau von Gesetzen?

Der Staat sollte die Wirksamkeit seiner Regulierungen genauer untersuchen. Viele Vorschriften sind gut gemeint, bringen aber wenig oder nichts und schaden im Endeffekt nur. Wenn man ohne Rücksicht auf die Folgen immer nur neue Gesetze einführt, kann dies der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schweiz schaden.

Neue Gesetze sind auch eine Folge des gesunkenen Vertrauens von Politik und Gesellschaft in die Wirtschaft.



Ich verstehe, dass viele Menschen aufgrund zahlreicher Fehlleistungen der Eliten das Vertrauen in Wirtschaft und Politik verloren haben. Doch es ist kontraproduktiv, wenn man deswegen quasi mechanistisch den Handlungsspielraum der Unternehmen einschränkt. Das schadet letztlich allen. Totale Reglementierung bedeutet das Ende des Unternehmertums und einer prosperierenden Wirtschaft.

Was ärgert Sie konkret?

Ein Beispiel für negative Auswüchse unserer Regulierung ist die Idee des Bundesrates, in der Schweiz eine Lohnpolizei einzuführen. Das sind regulatorische Interventionen, welche den Unternehmen schaden. Sorgen mache ich mir auch bei der Frage, ob wir künftig noch genügend Talente aus dem Ausland rekrutieren können.

Sie sprechen die Masseneinwanderungsinitiative an, welche vom Volk gutgeheissen wurde. Wie soll die Vorlage umgesetzt werden?

Das Volk will die Einwanderung begrenzen. Das muss man respektieren und entsprechend umsetzen. Doch man muss die

«Für uns ist es wichtig, dass wir freien Zugang zu ausländischen Talenten haben.»

Vorlage so umsetzen, dass wichtige Grundlagen unseres wirtschaftlichen Wohlergehens, und dazu zähle ich auch die bilateralen Verträge mit der EU, nicht einfach über Bord geworfen werden.

Welchen Weg würden Sie wählen?

Eine Umsetzung der Vorlage mittels Schutzklauseln ist für uns ein guter Weg. Quotenregelungen führen zu einem grossen administrativen Aufwand und zu Zeitverzögerungen. Wir beschäftigen in der Schweiz über 7000 Mitarbeiter, davon sind ein Drittel Nichtschweizer. Für uns ist es wichtig, dass wir freien Zugang zu ausländischen Talenten haben, nicht nur aus der EU, sondern weltweit. Die Schweiz muss aufpassen, dass sie ihren Wirtschaftsstandort nicht grundlos gefährdet. Auch mit immer neuen, wirtschaftsfeindlichen Volksinitiativen.

Sprechen Sie dabei von der Erbschaftsteuerinitiative, über die wir im Juni abstimmen?

Würde diese Vorlage angenommen, wären viele Kunden von uns negativ betroffen. Die Erbschaftsteuerinitiative ist ein Giftpfel gegen die KMU, weil damit die Nachfolgeregelung enorm erschwert wird. Sie ist ein gutes Beispiel dafür, wie wir die Vorteile unseres Wirtschaftsstandortes Schweiz Schritt für Schritt demontieren und unseren Wohlstand schwächen. Das dürfen wir nicht zulassen. ○



Im «Churchill» ans Basel Tattoo

Das Basel Tattoo – das zweitgrösste Openair-Tattoo der Welt – feiert seinen 10. Geburtstag. Als Weltwoche-VIP reisen Sie am 18. Juli 2015 im legendären Roten Doppelpfeil «Churchill» zum Live-Spektakel der Extraklasse vor der historischen Kulisse der Kaserne Basel!

Für Gänsehaut sorgen pompöse Auftritte der besten Showbands der Welt. Rund tausend Mitwirkende aus offiziellen Repräsentationsorchestern von Königshäusern und Regierungen, den besten Marschmusikformationen, Showbands und Tanzgruppen aus allen Kontinenten sind die Stars in der grandiosen Basel Tattoo-Arena. Die musikalische Weltreise führt von Marsch über Klassik, Rock und Pop bis zu den schottischen Hochlandklängen der Massed Pipes and Drums. Grossartige Choreografien und eine brillante Lichtshow machen das einmalige Spektakel perfekt. Als Weltwoche-VIP erleben Sie das Tattoo im würdigen Rahmen:



Ihr Erlebnis beginnt mit der exklusiven Fahrt im Roten Doppelpfeil «Churchill» ab Zürich HB. An Bord geniessen Sie ein feines Drei-Gang-Menü.

Programm:

- ab 17.45 Uhr: Apéro im «Churchill» (Zürich HB)
- Abfahrt Zürich HB: ca. 18.15 Uhr
- Ankunft Basel Badischer Bahnhof: ca. 20 Uhr
- Individueller Transfer mit Tram Nr. 6 bis Haltestelle Claraplatz (Richtung Allschwil)
- Besuch des Basel Tattoo
- Individueller Transfer ab Haltestelle Claraplatz mit Tram Nr. 6 zum Badischen Bahnhof Basel
- Abfahrt Basel Badischer Bahnhof: ca. 00.30 Uhr
- Ankunft Zürich HB: ca. 01.45 Uhr

Platin-Club-Spezialangebot

Basel Tattoo-Churchill-Package am 18. Juli 2015

Leistungen:

- Fahrt im Roten Doppelpfeil «Churchill»
- Drei-Gang-Menü inkl. Apéro, Mineralwasser und Kaffee/Tee an Bord
- Ticket Basel Tattoo, 2. Kategorie
- Kostenlose Hin- und Rückfahrt mit Tram
- 1 Basel Tattoo Magazin (pro 2 Personen)
- Sitzkissen
- Reservierter Sitzplatz im Zug
- SBB Reiseleitung

Preise pro Person:

Erwachsene mit GA: Fr. 319.–
 Erwachsene mit Halbtax: Fr. 349.–
 Erwachsene ohne Abo: Fr. 379.–
 (exkl. Auftragsgebühr / Bearbeitungsgebühr Ticketcorner)

Buchung:

Reservieren Sie Ihr Package am Bahnhof (Eventticketschalter), bei Ticketcorner, auf sbb.ch/baseltattoo-package oder über den Rail Service 0900 300 300 (CHF 1.19/Min.)

Veranstalter:

www.baseltattoo.ch

www.weltwoche.ch/platinclub





Wohnräume für Individualisten.



Schöner Wohnen

Von Daniele Muscionico

Auch Le Corbusier schief manchmal schlecht. Oder ass abends zu fett. Auch ihm gelang nicht jeder Bau. Und nicht jedes misslungene Gebäude, das nach einer Wohnmaschine aussieht, stammt von Le Corbusier.

Dieses hier zum Beispiel ist nicht vom grossen Schweizer, welcher der Welt das effiziente Wohnen beibringen wollte, dort, wo man sich um Bau- und Zonenordnungen focht. Nicht in der Südschweiz, wohl wahr, und auch nicht im Schweizer Mittelland. Schade eigentlich.

Diese Wohnmaschine (Le Corbusier: «Ein Haus ist eine Maschine zum Wohnen») ist viel zu heimelig, als dass sie von ihm stammen könnte. Ein genauer Blick macht klar: Jeder Bewohner hat die Loggia, die er verdient, jede Bewohnerin kann sie um eine Schiessscharte erweitern oder zwei übereinanderliegende Territorien mit einer Aussentreppe verbinden. Jeder soll, wie er will, hier: Er mag eine Frittenbude betreiben oder Hühner halten auf dem Balkon oder eine klassische Balustrade erstellen. Jeder darf sich wie Louis Toujours wähen in seinem Versailles. Wer möchte hier nicht wohnen? Wer möchte so nicht wohnen? Jeder, genau.

Doch es ist keine Gefahr im Verzug. Keine Umsiedlungspläne oder Pläne anderer Art. Dieses Gebäude wird nächstens nicht in Zürich-West stehen oder in Genf-Nord. Es gibt, so bedauerlich das sein mag für Frührentner und Sicherheitsdenker, in diesem Haus keine Eigentumswohnungen zu erwerben.

Dieses Haus gibt es nicht. Gibt es nicht? Gibt es doch, wie sonst könnten wir es sehen? Dieses Haus gibt es nicht in gebauter Form, und doch: Es ist ein Kondensat, eine Komposition, sagen wir Montage, Collage aus bestehenden Häusern.

Der belgische Architekturfotograf Filip Dujardin hat es gebaut, er ist ein digitaler *bricoleur*. Doch was zunächst wie eine übermässige Liebe zu 3-D-Software aussieht, steht auf einem ernsthaften Fundament. Dujardin betreibt Architekturkritik. Denn je mehr sich die Fiktion der Realität nähert, desto erschreckender ist sie. Dieses Gebäude könnte durchaus gebaut sein, in Süd- oder Osteuropa; und es könnte sehr wohl in einem Datenspeicher eines visionären Architekten schlummern. Architekten beherrschen die digitale Behauptung längst so geschliffen wie die spätere Ausführung des Plans. Denn das gilt ja auch für die Architektur: Alles, was denkbar ist, ist auch machbar. Zu welchem Preis? Das ist die Preisfrage.

Fictions: Erste Monografie von Filip Dujardin. Hatje Cantz. 102 Abb. 120 S., € 39,80.



Damalige Methoden: Lager der geheimen Schweizer Widerstandstruppe P-26, die in Lukas Hartmanns neuem Roman eine zentrale Rolle spielt.

Autoren

Die Schweiz retten

Mit den neuen Romanen von Martin Suter und Lukas Hartmann wird die politische Schweiz zum Romanstoff – bundesrätlich abgesegnet. *Von Rico Bandle*

Manchmal lohnt es sich, hinten in einem Buch mit Lesen zu beginnen. In Martin Suters neuem Bestseller «Montecristo» finden sich in der Danksagung schillernde Namen wie alt Bundesrat Moritz Leuenberger (SP), Peter Siegenthaler (SP), früherer Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung, oder Urs Rohner, Verwaltungsratspräsident von Credit Suisse. Sie alle hätten in der einen oder anderen Form bei der Entstehung des Buchs mitgeholfen. Der Roman, seit einigen Wochen auf dem Markt, ist sensationell erfolgreich: Zurzeit steht «Montecristo» in Deutschland, Österreich und der Schweiz auf Rang eins der Bestsellerliste.

Nächste Woche kommt Lukas Hartmanns «Auf beiden Seiten» in den Buchhandel. Die exorbitanten Verkaufszahlen Suters wird er kaum erreichen, problemlos mithalten kann er hingegen mit den Namen in der Danksagung: Selbstverständlich ist die Ehefrau des

Schriftstellers, Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP, «die Erstleserin») aufgeführt, aber auch die alten Polit-Schergewichte Andreas Gross (SP) und Rudolf Strahm (SP) sowie Jürg Lehmann, Bruder des Autors und ehemaliger Chefredaktor des *Blicks*.

Suters rasanter Bankenthriller und Hartmanns gemächlicher Gesellschaftsroman er-

Wie bei Hartmann lösen sich auch bei Suter die Grenzen zwischen Gut und Böse auf.

halten damit einen quasi staatstragenden Charakter, mit Hang zur Sozialdemokratie. Die beiden Romane haben aber noch mehr gemeinsam: Beide beschäftigen sich mit der jüngeren Vergangenheit des Landes, in beiden ist ein Journalist die Hauptfigur, in beiden spielt eine Geheimorganisation, die sich der

Rettung der Schweiz verschrieben hat, eine entscheidende Rolle. Bei Hartmann ist das die einst reale Widerstandsgruppe P-26, bei Suter ein fiktiver Geheimbund.

Die Schweizer Politik, die mit Konkordanz, Kollegialität und Neutralität die Langeweile zum System erklärt hat, soll plötzlich spannend genug sein für bestsellerfähige Unterhaltung. Eine ungewohnte Erfahrung.

Ewiggestriger Betonkopf

Im Zentrum von Lukas Hartmanns Roman stehen der Deutschlehrer Gruber und sein Lieblingsschüler Mario. Gruber – konservativ, vehementer Antikommunist und Hauptmann in der Armee – ist ein brillanter Germanist und Pädagoge, der die neue Literatur allerdings als minderwertig erachtet. Mario entfremdet sich zunehmend von seinem Mentor, wird, vom Zeitgeist getrieben, Sozialist, Armeegegner und Journalist bei einer linken

Zeitung. Durch die Heirat mit Grubers Tochter bleibt er mit dem Lehrer ein Leben lang in einer Hassliebe verbunden. Kurz vor seinem Tod gibt Gruber zu, als Mitglied der Geheimarmee P-26 jahrelang ein Doppelleben geführt zu haben, nicht einmal seine Frau hatte davon gewusst.

Alle Voraussetzungen für einen grossen Schweiz-Roman sind hier gegeben: Es geht um links gegen rechts, Kalte Krieger gegen Sozialromantiker, unausgesprochen auch um EU-Turbos gegen die Prediger der Unabhängigkeit – also all die grossen Fragen, welche die Schweiz seit dem Fall der Mauer beschäftigen und zuweilen auch spalten.

Der Pädagoge schimmert in Lukas Hartmanns Werk oft durch, nicht nur in seinen sehr empfehlenswerten Kinderbüchern – entsprechend bezeichnete ihn die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* einmal leicht spöttisch als «eine Art gutes Gewissen der Schweiz». So nimmt er in einem historischen Roman über Zigeuner im 18. Jahrhundert etwas gar offensichtlich Bezug auf die SVP-Ausschaffungsinitiative («Weg mit ihnen! Weg und über die Grenze! Aus den Augen, aus dem Sinn»). Im aktuellen Buch macht er den Lehrer Gruber zum Klischee eines ewiggestrigen Betonkopfs: Der Lehrer ist ein strammer Patriot, akribischer Briefmarkensammler, Adalbert-Stifter-Verehrer; nach aussen gibt er die heile Welt vor, zu Hause aber verprügelt er Frau und Tochter. Noch Jahre nach der Enttarnung der Geheimorganisation P-26 und des Fichenskandals verteidigt er vehement die damaligen Methoden. Die Empörungskampagne sei «nichts anderes als eine Hetzjagd auf besorgte Bürger, die für ihr Land das Leben gegeben hätten».

Mit angezogener Handbremse

Doch auch Mario – dessen Werdegang und Charakter gewisse Ähnlichkeiten mit Hartmann aufweisen – wird nicht nur positiv beschrieben. Er ist ein Zauderer und Träumer, auf Reisen in die DDR und zu Entwicklungshelfern in Afrika werden seine sozialistischen Illusionen jäh zertrümmert. Heimatlosigkeit, Zerfall der Familie und Verlust des Wertekompasses – Mario kriegt die Nebenwirkungen der neuen Freiheit, des *anything goes*, mit ganzer Wucht zu spüren. Irgendwann gibt er gar zu, Gruber weiterhin heimlich zu bewundern: «Aber was Gruber getan hat, imponiert mir, wider Willen. Wofür bin ich denn wirklich eingestanden? Was habe ich gewagt in meinem gutgepolsterten Leben?»

In diesem Sinne ist das Buch keineswegs eine Abrechnung mit den Kalten Krieger, sondern, wie der Titel «Auf beiden Seiten» insinuiert, eine konsensorientierte Aufzeichnung eines Generationenwechsels an der Schwelle zwischen Nachkriegs- und neuer Schweiz. Von Anfang an ist klar, worauf das Buch hinausläuft, es gibt keine überraschenden Wendungen, die Intensität bleibt daher eher tief. So eindringlich und



Fern der Realität: Martin Suter.



«Was habe ich gewagt?»: Lukas Hartmann.

berührend Hartmann dafür das Zwischenmenschliche herausarbeitet, es ist, als fahre er mit angezogener Handbremse – was man ihm angesichts seiner Situation als Bundesratsgatte nicht verdenken kann: Jede etwas explizite Sexszene, jeder politische Standpunkt wäre eine Steilvorlage für Boulevardmedien. Hier dürfte auch der Grund zu suchen sein, weshalb er das in den letzten Jahren alles dominierende Europa-Thema nur streift.

James Bond am Paradeplatz

Wo Hartmanns Roman aufhört, könnte jener Martin Suters einsetzen. Die Finanzkrise hat das Land erschüttert, ein mittelmässiger Jour-

nalist kommt durch mehrere Zufälle einem gigantischen Bankenskandal auf die Spur. Ein einzelner Trader hat zehn bis zwanzig Milliarden Franken verspekuliert; um für einen Bankenrun gewappnet zu sein, druckt die Nationalbank Geldscheine heimlich doppelt, das heisst, zweimal mit derselben Seriennummer.

Suter konstruiert einen fulminanten Krimi, eine Kombination aus «Tatort» und James Bond, inklusive Lizenz zum Töten für den patriotischen Geheimbund, der die Vorgänge unter dem Deckel zu halten versucht, um die Banken, das Land und schliesslich die ganze Welt zu retten.

Obschon die Handlung jenseits der Realität angesiedelt ist: Die ökonomisch wenig bewandten Kulturjournalisten, die sonst für den Bestsellerautor Suter wenig übrig haben, waren plötzlich mehrheitlich begeistert – und verwechselten den Thriller zum Teil sogar mit einem Tatsachenbericht. Im SRF-«Literaturclub» zeigte sich Elke Heidenreich richtiggehend euphorisiert von dem Buch, das doch alles bestätige, was sie schon immer vermutet habe: «Ein Buch, das aufzeigt, wie verbrecherisch die Banken agieren. [...] Es zeigt, wie weit sie gehen – sie schrecken vor Mord und Totschlag nicht zurück!» Selbst die NZZ meinte zu wissen, dass sich solche Vorgänge wie im Buch «auch jenseits der Fiktion zutragen» könnten.

Letzte Woche legte Raiffeisen-Chef Pierin Vincenz in der *Handelszeitung* minuziös dar, wie weit der Roman von der Wirklichkeit entfernt ist. Sein Fazit: «Ich bitte ihn [Martin Suter] um Nachsicht dafür, dass es im wirklichen Bankenleben (leider) deutlich weniger spannend und (glücklicherweise) deutlich weniger gefährlich ist als in «Montecristo».» Aber vielleicht ist für Heidenreich und Co Vincenz ja Teil der ganzen Verschwörung.

Wie bei Hartmann lösen sich auch bei Suter die Grenzen zwischen Gut und Böse auf. Angesichts des riesigen Schadens, der durch die Bekanntmachung des Skandals entstehen würde, sieht schliesslich sogar der gerechtigkeitsliebende Journalist ein, dass die Verschleierung das kleinere Übel ist, ja gar ein Dienst an der Allgemeinheit bedeutet.

Die beiden Bücher zeigen: Die Schweizer Politik kann durchaus die passende Kulisse für starke Romane bieten – auch wenn man sich zwecks Spannungsaufbaus zuweilen bei James Bond bedienen muss. Richtig interessant wird es aber wohl erst, wenn es Politikern und Wirtschaftsleuten zu brisant erscheint, in der Danksagung erwähnt zu werden.

Lukas Hartmann: Auf beiden Seiten.

Diogenes. 336 S., Fr. 32.90. Erscheint am 25. März.

Martin Suter: Montecristo. Diogenes. 320 S., Fr. 32.90.

Bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Martin Suter:** Montecristo (*Diogenes*)
- 2 (2) **Milena Moser:** Das Glück sieht immer anders aus (*Nagel & Kimche*)
- 3 (–) **Jussi Adler-Olsen:** Verheissung – Der Grenzenlose (*DTV*)
- 4 (3) **Lucinda Riley:** Die sieben Schwestern (*Goldmann*)
- 5 (4) **Cecelia Ahern:** Das Jahr, in dem ich dich traf (*Fischer Krüger*)
- 6 (6) **John Grisham:** Anklage (*Heyne*)
- 7 (5) **Ian McEwan:** Kindeswohl (*Diogenes*)
- 8 (–) **Rita Falk:** Zwischengendatschikomplott (*DTV*)
- 9 (7) **Lori Nelson Spielman:** Morgen kommt ein neuer Himmel (*Fischer Krüger*)
- 10 (–) **John Williams:** Butcher's Crossing (*DTV*)

Sachbücher

- 1 (1) **Giulia Enders:** Darm mit Charme (*Ullstein*)
- 2 (2) **Wilhelm Schmid:** Gelassenheit (*Insel*)
- 3 (4) **Karoline Arn:** Elisabeth de Meuron von Tschärner (1882–1980) (*Zytglogge*)
- 4 (–) **Barbara Lukesch:** Wie geht Karriere? (*Wörterseh*)
- 5 (–) **Mahtob Mahmoody:** Endlich frei (*Ehrenwirth*)
- 6 (3) **Duden:** Die deutsche Rechtschreibung (*Bibliographisches Institut*)
- 7 (5) **Pascal Voggenhuber:** Zünde dein inneres Licht an (*Giger*)
- 8 (–) **Tanja Grandits, Myriam Zumbühl:** Kräuter (*AT*)
- 9 (–) **Pirmin Lötscher:** Annehmen und Loslassen (*Giger*)
- 10 (–) **Jean Ziegler:** Ändere die Welt! (*Bertelsmann*)

Quelle: SBVV/Mediacontrol

Apropos: Lohnt sich

Die Julius-Bär-Stiftung hat der Stadt Zürich «ein Geschenk» gemacht, wie es der CEO der Privatbank, Boris Collardi, formulierte. Dieses besteht aus einer Studie, die beweisen soll, dass sich die Kulturförderung für die Stadt finanziell lohnt. Rund 200 Millionen Franken geben Stadt und Kanton jährlich für Kultur aus, daraus resultiert eine Bruttowertschöpfung von 291 Millionen Franken. Viele Kulturbetriebe haben in der Vergangenheit ähnliche Studien in Auftrag gegeben; selbst ob sich die Sozialhilfe lohnt, wurde schon nach dieser Methode untersucht. Jedes Mal mit dem gewünschten Resultat: Ja wohl, die Subventionen lohnen sich – rein ökonomisch wohl gemerkt (als ob dies das Ziel dieser Ausgaben wäre). Man könnte meinen, das Perpetuum mobile gefunden zu haben: Je höher die Subventionen, desto mehr lohnen sie sich. (rb)

Literatur

Gut zureden

Er ist die Vorzeigefigur der helvetischen Literaturszene, obschon fast niemand sein schmales Werk gelesen hat. In diesen Tagen wird Peter Bichsel achtzig. Was sind seine Verdienste? Von Pia Reinacher

Peter Bichsel ist eine wandelnde Legende. Wer würde ihn auf den unzähligen Medienbildern nicht sofort wiedererkennen mit der typischen 68er Brille, dem inzwischen schlohweiss gewordenen verwuschelten Haar, dem Ledergilet und der Schiebermütze, mit der er sich symbolkräftig irgendwo zwischen Gatsby und sizilianischem Bauer positioniert? Wen würde seine sinnende, infolge der berühmten Lust am Rotwein leicht verlangsamte Mimik beim Reden überraschen? Wer hat nicht den Bichsel-Sound im Ohr – diese im Solothurner Dialekt in die willig entgegengestreckten Mikrofone gestammelten Instant-Urteile zur Lage der Nation? Sie werden von Journalisten jeder Couleur immer dann gierig eingefordert, wenn die Schweiz sich wieder einmal verrannt und im Gebüsch des Parteiengänzäns verirrt hat. «Diese Schweiz ist nicht mehr meine Schweiz», pflegt Peter Bichsel in diesen Fällen kurz und bündig Bescheid zu geben. Und wo die Schweiz nicht mehr Bichsels Schweiz ist – das liegt auf der Hand –, da liegt sie auf jeden Fall falsch.

Das ist auch heute noch so – am achtzigsten Geburtstag des Schriftstellers. Wer immer sich in diesem Land profilieren und als Intellektuellenfreund darstellen will, sucht seine Nähe. Die meisten Chefredaktoren grosser Zeitungen strampelten sich an ihm ab – nicht selten aus Gründen der Selbstoptimierung. Bichsel weiss das natürlich. Das heisst aber für den Vordenker der 68er schon lange nicht mehr, dass er sich seinen Bewunderern verweigert. Zwar war früher seine Abwehr hartnäckiger. So liess er Roger de Weck, damals frischgebackener Chefredaktor des *Tages-Anzeigers*, störrisch ins Leere laufen, als dieser als vertrauensbildende Antrittsgeste gegenüber der widerspenstigen 68er Redaktion mit einem soignierten Anruf einen Artikel einfordern wollte. Schon ein paar Jährchen später war der Widerstand gebrochen. Als der Wirtschaftsjournalist Philipp Löpfe im selben Blatt verbissen die Karriereleiter emporkrabbelte, entsann er sich der SP-Allzweckwaffe und inszenierte sich in einem zweiseitigen Interview mit dem Schriftsteller, dem heimlichen Säulenheiligen der Nation.

Peter Bichsel ist ohne Zweifel auch heute noch eine Vorzeigefigur der helvetischen Literaturszene – sein schmales literarisches Werk gelesen haben dennoch die wenigsten. Vielleicht ist ihnen die Schulbuchlektüre «Eigentlich wollte Frau Blum den Milchmann kennenlernen» (1964) in Erinnerung geblieben, vielleicht seine Aufsätze zur Schweiz: «Die

Totaldemokraten» (1998); dass sie sein hintergründigstes Prosawerk, «Cherubin Hammer und Cherubin Hammer» (1999), verstanden hätten, in dem er mit dem Doppelgängermotiv seines Lieblingsschriftstellers Jean Paul spielt, ist kaum anzunehmen. Wirklich populär geworden ist er mit den unzähligen Kolumnen, die er im Laufe der Jahre geschrieben hat. Die letzten sind eben als Sammelband «Über das Wetter reden» erschienen.

Identifikationsfigur aller Aussenseiter

Warum figuriert dieser Autor dennoch bis heute auf der Liste der wichtigen Schweizer Intellektuellen? Warum ist er medial präsent, obwohl die meisten seiner Bücher inzwischen zur versteinerten Literaturgeschichte gehören und kaum mehr Antworten auf aktuelle Fragen bieten? Die Gründe sind widersprüchlich. Das Bichsel-Image hat sich jedenfalls längst vom leibhaftigen Schriftsteller gelöst. Einerseits bastelt der Autor selbst willig an seinem Klischee und steuert sein Bild in der Öffentlichkeit. Es ist kein Zufall, dass er sich gerne mit den immer gleichen, auf den Wiedererkennungseffekt setzenden Kleidern inszeniert. Damit bietet er sich als lebendige Identifikationsfigur aller Aussenseiter an, als beinahe archetypischen Versther der Nöte der Durchschnittsbürger, deren Anliegen von den Eliten in aller Regel schnöde ignoriert werden.

Auf der anderen Seite spielen ihm Medien und kulturelle Institutionen in die Hände, die ohne nachzudenken auf einen sicheren Wert setzen und sich damit selbst ins richtige Licht katapultieren. Wer ihm einen wichtigen Preis verleiht (Solothurner Literaturpreis 2011; Grosser Schillerpreis 2012), setzt risikolos auf einen sicheren Wert und versichert sich im gleichen Zug der Aufmerksamkeit. Je mehr es an echter Fachkompetenz aus eigener Lektüre mangelt, desto euphorischer fallen in aller Regel die Lobpreisungen der Künstler aus. Dazu kommt, dass die 68er Autoren ein Vakuum hinterlassen haben. Viel zu lange wurde der öffentliche Raum von den Schriftstellern dieser Generation besetzt, von Jörg Steiner, Adolf Muschg, Hugo Loetscher, und auf der anderen Seite von ihren Klassenkamerädchen, den gleichaltrigen Kritikern und Redaktoren in den Medien, die die veröffentlichte Meinung bestimmten und die Machtströme in der Literaturszene steuerten.

Gleichzeitig muss man dieser Einschätzung entgegenhalten, dass die jungen Schweizer Autorinnen und Autoren den politischen Raum



Heimlicher Säulenheiliger der Nation: Schriftsteller Bichsel.

gar nicht mehr füllen und die Funktion des Klassenlehrers der Nation gar nicht mehr übernehmen wollen. Schriftsteller wie Jens Steiner, Dorothee Elmiger oder Rolf Lappert haben ganz andere Themen – Ausnahmen wie Lukas Bärfuss oder Melinda Nadj Abonji bestätigen nur die Regel. Ihr Fokus hat sich entweder ins Private oder aber weit über das Schweizerische hinaus erweitert – und einfache Antworten zur Lage der Nation sind in Zeiten der widersprüchlichen globalen Konflikte sowieso nicht mehr zu haben. Noch schlimmer: Ob Literatur noch als gültiges Referenzsystem zur Weltdeutung taugt, bleibt mehr als dahingestellt.

Trotzdem bleibt ein unerklärlicher Rest. Kein Schriftsteller ohne Verdienste kann sich so lange auf dem öffentlichen Podium behaupten.

Was Peter Bichsel auszeichnet, findet sich im eben erschienenen Kolumnenband wieder. Es ist eine positive Charaktereigenschaft, die wohl seine Person ausmacht und sich in den Texten spiegelt: In einer unaufgeregten, vertrauten, verständnisvollen, einfachen, mit allen Abgründen und Höhepunkten, mit allem Elend und Kummer des Lebens vertrauten Sprache redet er seinem orientierungslos und konfus gewordenen Leser gut zu – indem er ihn mit Geschichten ablenkt und gleichzeitig auf sich zurückwirft. Und das ist eine der vornehmsten Leistungen eines Schriftstellers.

Peter Bichsel: Über das Wetter reden. Suhrkamp. 150 S., Fr. 29.90

Jazz

Entdeckung aus dem Unplugged-Reservat

Von Peter Rüedi

Die Geschichte des Jazz ist die Geschichte seiner Klubs. Die mythischen Lokale waren meist kleine, verrauchte, lärmige Orte, von einem Publikum bevölkert, dessen Unachtsamkeit jeder, der da auftrat, verwünschte und das er doch nicht missen wollte, auch wenn er längst grössere Bühnen gewohnt war. Die bei Tageslicht oft jämmerlichen Kaschemmen waren das Biotop, in welchem diese Musik blühte. Sie war angewiesen auf den Resonanzraum von gleichzeitig entspannten und doch aufmerksamen Zuhörern, die mit einem Ohr mehr wahrnahmen als ein klassisches Konzertpublikum mit beiden. An solchen Orten konnten auch Spielformen überwintern, die mal gerade nicht in Mode waren. In den Zeiten des hereinbrechenden Rock etwa alle Arten von Straight-ahead-Jazz. Ein solches Unplugged-Reservat war in San Francisco der «Keystone Korner». Wo sonst hätte Red Garland, der nach seiner grossen Zeit als Pianist von Miles Davis' Fünfziger-Jahre-Formationen lange von der Szene verschwunden war, wieder von sich hören lassen können? Jetzt sind Aufnahmen vom Dezember 1977 aufgetaucht, die diesen eleganten und druckvollen Pianisten mit seinem alten Weggefährten, dem Drummer Philly Joe Jones, dem Vergessen entreissen (am Walking Bass Leroy Vinnegar). Dass Garland zuvor als Partner von Miles bis zum Hit «Milestones» in aller Ohren war mit seinem soignierten Touch, dem prickelnden Timing und den zu Blockakkorden geballten Höhepunkten seiner Soli, hat zum Verblässen seines Ruhms beigetragen. Aber Garland war mehr als eine Mode. Die Einwürfe seiner linken Hand waren wie die Jabs eines guten Boxers (tatsächlich hatte er in seiner Jugend einen Moment überlegt, ob er professioneller Weltergewichtler werden sollte). Garland war durch viele Süchte behindert. In seine Musik rettete er sich bis fast zuletzt (er starb 1984) als ein makelloser Teamplayer und Gentleman. Auch in den sechzehn Klassikern dieser Live-Ausgrabung. Die ist allenfalls leicht handi-capiert durch verrutschte aufnahmetechnische Balance: Vinnegars Bass und die Becken von Philly Joe sind zuweilen etwas zu sehr im Vordergrund.



Red Garland Trio with Philly Joe Jones and Leroy Vinnegar: Swingin' on the Corner. Elemental Music 5990425 (2 CDs)

Top 10

Knorr's Liste

1	Leviathan	★★★★★
	Regie: Andrei Swjaginzew	
2	Birdman	★★★★★
	Regie: Alejandro González Iñárritu	
3	Whiplash	★★★★☆
	Regie: Damien Chazelle	
4	Cinderella	★★★★☆
	Regie: Kenneth Branagh	
5	American Sniper	★★★★☆
	Regie: Clint Eastwood	
6	Dancing Arabs	★★★★☆
	Regie: Eran Riklis	
7	The Imitation Game	★★★★☆
	Regie: Morten Tyldum	
8	Chappie	★★★☆☆
	Regie: Neill Blomkamp	
9	Still Alice	★★★★☆
	Regie: R. Glatzer / W. Westmoreland	
10	La famille Bélier	★★★☆☆
	Regie: Eric Lartigau	

Kinozuschauer

1 (-)	Kingsman: The Secret Service	21 597
	Regie: Matthew Vaughn	
2 (-)	Cinderella	14 133
	Regie: Kenneth Branagh	
3 (1)	American Sniper	13 352
	Regie: Clint Eastwood	
4 (2)	Focus	9538
	Regie: John Requa, Glenn Ficarra	
5 (3)	Fifty Shades of Grey	9329
	Regie: Sam Taylor-Johnson	
6 (4)	Samba	8422
	Regie: Eric Toledano, Olivier Nakache	
7 (6)	Still Alice	8312
	Regie: R. Glatzer / W. Westmoreland	
8 (5)	Honig im Kopf	6324
	Regie: Til Schweiger	
9 (7)	Traumfrauen	5212
	Regie: Anika Decker	
10 (-)	La famille Belier	5058
	Regie: Eric Lartigau	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Ninja Turtles (2014) (Rainbow)
2 (-)	Saphirblau (Impuls)
3 (1)	Northmen – A Viking Saga (Ascot Elite)
4 (2)	The Equalizer (Sony)
5 (3)	Dracula Untold (Universal)
6 (4)	Maze Runner (Fox)
7 (6)	The November Man (Ascot Elite)
8 (-)	Wrong Turn 6 – Last Resort (Rainbow)
9 (-)	Die Boxtrolls (Universal)
10 (8)	Dying of the Light (Impuls)

Quelle: Media Control



Scheitern jeglicher Aufklärung: «Difret – Das Mädchen Hirut».

Kino

Vergewaltigung als Brautwerbung

«Difret – Das Mädchen Hirut» ist ein Film aus Äthiopien. Grund genug, ihn zu ignorieren? Besser nicht. Er hat's in sich. Von Wolfram Knorr

Wer sind eigentlich die armen Schlucker? Die Filmemacher aus der Dritten Welt, die schliesslich auch eine Menge zu erzählen wissen? Die Verleiher, die deren Filme zu uns in den Westen, in die Überfluggesellschaft, holen? Oder die Kinobetreiber, die sie zeigen? Was sie uns mit ihren Blicken auf fremde Kulturen und Probleme auch bieten, ob professionell oder weniger – ausser einer verschwindenden Minderheit von alternativ Bewegten will das kaum einer sehen. Und das liegt daran, dass Dritte Welt mit Unbedarftheit, Dilettantismus, Kargheit, schlicht und ergreifend mit Langlebigkeit assoziiert wird. Da läuft nix fürs Auge. Statt klotziger Kiste Pappschachtel.

Manchmal stimmt's ja. Dann klammern sich die Filme an didaktische Erzählstrukturen; manchmal aber eben auch nicht. Aber selbst bei einem gelungenen Werk würde eine Stadttrompete wenig ausrichten. In unserem Fall hier hat Co-Produzentin Angelina Jolie die Funktion der «Trompete». Die Rede ist von einem Film aus Äthiopien, geschrieben und inszeniert von einem gewissen Zeresenay Berhane Mehari, der allerdings mit fünfzehn Jahren in die USA ging, Filmwissenschaft an der University of Southern California studierte und folglich vom Metier etwas versteht. «Ich wollte», schreibt er, «einen Film drehen, der die Veränderung, den Wandel Äthiopiens erfasst.»

Es geht um die Kollision zwischen Tradition und Moderne, zwischen Unterdrückung und Aufklärung.

Hirut ist vierzehn und wird auf ihrem Nachhauseweg von der Schule von berittenen Männern entführt; einer von ihnen schlägt und vergewaltigt sie und sperrt sie ein. Es geht um eine Heirat, um archaische, patriarchalische Rituale, solche mit Zustimmung der jeweiligen Eltern. Hirut jedoch weigert sich, kann mit dem Gewehr des Vergewaltigers fliehen, wird von den Männern verfolgt, gestellt und erschiesst in Notwehr ihren Peiniger. Darauf wird Hirut verhaftet und zum Tod verurteilt. Meaza Ashenafi, Frauenrechtlerin und Anwältin aus Addis Abeba, die mit Kolleginnen eine Rechtshilfeorganisation führt, hört davon und übernimmt den Fall. Ein Gerichtsfilm ist «Difret – Das Mädchen Hirut» nicht, bietet dafür, mit emotionalem Furor, einen höllischen Einblick in die unüberwindbaren Lebensvorstellungen zwischen Land und Stadt, ins Scheitern jeglicher Aufklärung. Kann Vergewaltigung Brautwerbung sein?

Mehari dröselte die Kollisionen zwischen Stadt und Land mit hohem erzählerischen Drive auf, und von Szene zu Szene, von Hürde zu Hürde, die der Anwältin in den Weg gelegt werden, entwickelt «Difret» einen Druck aus Ohnmacht und Hoffnung, der konsequent ge-

steigert wird. Nie wird Mehari polemisch, wenn sich alle in die Quere kommen. Von Hiruts Vater, der einen «Krieg» befürchtet, über die Familie des Getöteten, die dem Lehrer die Schuld gibt, bis zu Polizei und Justiz, die mit Bürokratien und Gesetzen alles zu einem gordischen Knoten knüpfen, den zu zerschlagen, schier unmöglich scheint. Dramaturgisch durchaus mit Sinnesreiz und Streichelfeinheiten erzählt. Dass Mehari Sirenengesängen für eine Version mit grosser Besetzung und in englischer Sprache widerstand, ehrt ihn. Dafür aber wird eben die Resonanz bescheiden bleiben. Der Titel «Difret» hat in der Landessprache zwei Bedeutungen: «mutig sein» und «vergewaltigt werden». ★★★★★

Weitere Premieren

Insurgent — Die Auswahl von Geschichten ist nicht gross, alle sind schon geschrieben worden. Der Film ist besonders arm dran, weil er wiedergekäute Literatur noch mal wiederkäuen muss. Was also tun? Zum Beispiel einfach exotische Begriffe («Altru» «Amite») für Altes neu zusammenbrauen, wie in der *young adult*-Saga «Insurgent». Da wird der Kamellen-Konflikt zwischen Pubertierenden und Erwachsenen in eine abstruse Zukunft verlegt, die Gesellschaft in Fraktionen geteilt, und wer sich nicht anpasst, wird verfolgt. Das Ganze mit viel Hokuspokus, Alternativquatsch und Sakral-



Augenfutter: «Insurgent».

Fragen Sie Knorr

Chuck Norris ist 75 Jahre alt geworden. Ich mag ihn, ich finde ihn amüsant. Wie schätzen Sie ihn ein? A. C., Baden



Amüsant finde ich nur die deutschen Titel seiner Filme, wie «Die Todeskralle schlägt wieder zu» oder «Voll auf die Nüsse». Nichts gegen B-Movie-Stars, da gibt's herrliche. Mein Liebling ist Steven Seagal («Under Siege»), weil er selbst beim Prügeln den Buddhisten mimt, in so wunderbarem Gleichmass hageln die Hiebe. Da steckt viel Selbst-

kitsch getrüffelt, und schon ist das Gericht kredenzt. Immerhin ist im zweiten «Insurgent»-Teil (3-D!) die Tricktechnik richtig sattes Augenfutter – und das schmeckt. ★★★★★

Shaun the Sheep Movie — Sie sind hinlänglich bekannt und sehr beliebt, die irren britischen Schafe mit Anführer Shaun und ihrem



Purzelbäume: «Shaun the Sheep Movie».

kurzsichtigen Bauern. Jetzt hat das legendäre Aardman-Animations-Studio mit seinen Knetgummi-Stop-Motion-Kreationen («Chicken Run») wieder einen Kinofilm hergestellt, der zu den einfallsreichsten Animationsfilmen seit langem gehört. Der Bauer gerät durch ein Ungeschick vom Land in die grosse Stadt und wird dort, aufgrund eines Gedächtnisverlusts, zum Starfigaro, während seine Schafe sich ebenfalls durch die absurde Welt der Grossstadt kämpfen, auf der Suche nach ihrem Chef. Was sich die beiden Autoren und Regisseure Richard Starzak und Mark Burton dazu einfallen liessen, ist höchst vergnüglich und ein Riesenspass für jedes Alter. Einer der Höhepunkte ist der unfreiwillige Besuch der Schafe in einem Gourmettempel. Als Menschen verkleidet, werden sie von blasierten Kellnern an einen Tisch gesetzt. Doch schon bei der Speisekarte fängt das Missverständnis an. Die visuellen Gags – das groteske Spiel mit den Menschen und ihre anthropomorphen Tierspiegelungen – führen wahre Purzelbäume auf. ★★★★★

ironie drin. «Out of Reach» (2004) ist besonders kurios. Bei Chuck Norris dagegen habe ich nicht einen Hauch von Ironie gespürt. Er sah immer aus (und redete auch so), als sei sein Denkapparat eine hölzerne Achse, die Schmiere braucht, aber nicht bekommt. Aber vielleicht ist das gerade wieder komisch. Auf jeden Fall kursieren über ihn im Internet einfallsreiche Witze: «Chuck Norris ist der Grund, warum sich das Universum ständig ausdehnt. Es will vor ihm fliehen.»

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Radio-Kritik

Kunst macht Politik

Von Rico Bandle

Die tägliche Hintergrundsendung «Kontext» auf Radio SRF 2 Kultur dauert neuerdings eine ganze Stunde. Die erste Ausgabe im neuen Format am Montag widmete sich der Verbindung von Kunst und Politik – ein «internationaler Trend», wie es in der Sendung hiess. Bei der Mehrzahl der vorgestellten Kunstaktionen ging es um urlinke Anliegen wie Migrationsfragen oder die Auswirkungen des globalen Kapitalismus. Entsprechend war die Auswahl der Experten: Unter anderen wurde ein Journalist der linken *Wochenzeitung* befragt, ein Vertreter der Nichtregierungs-



Was politisch wünschbar ist: Autor Krneta.

organisation Erklärung von Bern und der Autor Guy Krneta, der sich insbesondere durch seinen verbissenen Kampf gegen die Übernahme der *Basler Zeitung* durch Christoph Blocher einen Namen gemacht hat.

Den entscheidenden Satz sagte der Kurator Florian Malzacher: «Unter dem Deckmantel der Kunstfreiheit ist den Künstlern schon rein rechtlich viel mehr erlaubt als anderen Aktivisten.» Die Kunst als Vorwand für subventionierte Politpropaganda? Auf eine solch ketzerische Frage wartete man vergeblich. Guy Krneta sagte im Gespräch, in dem von ihm geleiteten Künstlerkollektiv Kunst + Politik werde vermehrt die Frage diskutiert, wie in den Werken die Schweiz dargestellt werden solle. Auch das hätte hinterfragt werden dürfen: Wenn die Künstler unter dem Druck des Kollektivs nicht mehr zeigen, was sie für wichtig halten, sondern was politisch wünschbar ist, was bedeutet das für die Kunst?

Jenen Zuhörern, die mit der Politik-Kunst-Szene verbandelt sind, dürfte die Sendung gefallen haben. Sonst brauchte es ein grosses Mass an Überwindung, die Stunde durchzuhalten.

Kontext: Mo bis Fr, 9 Uhr, Radio SRF 2 Kultur.

Prada-Jacke für den Hundespaziergang

Designerkleider für einen guten Zweck; Sepp Blatter hätte den Friedensnobelpreis verdient. Von Hildegard Schwaninger



«Viel Freude»: Susanne Schroff (l.) und Team in der «Entenhalle».

18 000 Franken hat der Fashion Sale gebracht, den die Sanni Foundation in der «Entenhalle» (Mühle Tiefenbrunnen) veranstaltete. Man muss ziemlich viele gebrauchte Kleider verkaufen, um dieses Ziel zu erreichen. «Es war viel Arbeit, aber es hat auch viel Freude gemacht», resümiert **Susanne Schroff**, Präsidentin und Gründerin der Sanni Foundation. Eine Win-win-Situation für alle. Frauen, die zu viele Kleider haben, können ausmisten, diejenigen, welche die teuren Designerklamotten nicht kaufen können/wollen, finden hier Schnäppchen, und das eingenommene Geld geht ohne Abzug an Hilfsprojekte in Indien oder Burma. Die Administrationskosten werden von Retronic übernommen, der Messgerätefirma, die Susanne Schroff von ihren Eltern übernommen hat und deren VR-Präsidentin sie heute ist. Die Sanni Foundation, gegründet 1995, hat in Indien zwei Spitäler und eine Ausbildungsstätte für Jugendliche gebaut, heute engagiert sie sich vor allem in Burma. Schroff: «Mit 18 000 Franken können wir in Indien für drei arme Familien je ein Haus bauen oder in unserer Klinik in Burma 2571 Patienten behandeln – eine Behandlung kostet 7 Franken.»

Federführend bei der Organisation des Fashion Sale war die Ärztin **Melinda Spiesshofer**. Sie ist Stiftungsrätin und medizinische Beraterin, begleitet Schroff einmal im Jahr nach Asien. Sehr aktiv ist auch **Annina Nauer** (Frau

von **André Nauer**, ISS Facility Services), sie war schon vor Ort und hat zwei Patenkinder in Indien (eine Patenschaft kostet 360 Franken im Jahr). Sponsorin, Patin zweier indischer Kinder (die sie schon besucht hat) und gute Kundin beim Fashion Sale ist **Nathalie Corti**, die Frau des Winterthurer Bauunternehmers **Philippe Corti**. «Ich freue mich das ganze Jahr auf diesen Sale», strahlt sie – und lässt 1300 Franken liegen (unter anderem für eine Prada-Jacke «für den Hundespaziergang» und zwei Outfits «für Ostern in Dubai»).



Loyalität über alles: Fifa-Präsident Blatter.

Fifa-Präsident **Sepp Blatter** polarisiert: Die einen lassen kein gutes Haar an ihm, ich persönlich finde, er hätte den Friedensnobelpreis verdient. In einem aber sind sich alle einig:

Loyalität geht Blatter über alles. Im Gegensatz zu vielen, die ihre «Freunde» schnell vergessen, wenn sie ihnen nichts mehr nützen, pflegt Blatter Freundschaftstreue über den Tod hinaus. Als der Radioreporter und Zeitungskolumnist **Sepp Renggli** mit neunzig Jahren starb, ging Blatter zu dessen Abdankung. Jetzt stellt er für die Buchvernissage «Sepp Renggli – Unser schönster Sieg» sogar die heiligen Hallen der Fifa zur Verfügung. Und Blatter *hinsich* wird anwesend sein: zur Begrüssung der Gäste und zur Buchübergabe.

Es erfüllt die Polen mit Stolz, dass sie mit **Johannes Paul II.** den ersten nichtitalienischen Papst seit Jahrhunderten und einen der populärsten dazu stellen durften. So lädt der polnische Botschafter in Bern, **Jaroslav Starzyk**, anlässlich des Todestags von **Karol Wojtyła**, der sich am 2. April zum zehnten Mal jährt, zur Präsentation des Films «Pope John Paul II» ins Ciné Bubenbergr nach Bern. Anwesend wird auch **Hanna Suchocka** sein, die frühere polnische Ministerpräsidentin und polnische Botschafterin beim Heiligen Stuhl 2001–2013.

Freude herrscht bei den Fans der Opernsängerin **Elena Mosuc**. Die Schweizerin mit rumänischen Wurzeln (eigentlich heisst sie Hebeisen) war lange Liebling des Zürcher Publikums, aber im Moment hat das Opernhaus keine Rollen für sie. Die letzte war Alice in



Frontalangriff: Opernsängerin Mosuc.

«Falstaff», «eine Rolle, die ich überhaupt nicht mag», wie Mosuc – immer offen und ehrlich – zugibt. Mosuc, der Koloraturstar (Zerbinetta, Lucia di Lammermoor), geht jetzt zum Frontalangriff über: Sie gibt ein Konzert im Grossen Saal der Tonhalle (9. April). Begleitet von der Württembergischen Philharmonie, dirigiert von **Heiko Mathias Förster**. Mit dem – kulinarischen – Programm, das ihr am meisten liegt: Rossini, Donizetti, Verdi, Bellini (auch «Casta Diva» aus «Norma», Mosucs Meisterstück).

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Der Schöne und das Biest

Die Museumsangestellte Abbey Johnson, 27, und der E-Commerce-Spezialist Steve Reno, 30, haben kürzlich geheiratet. Eine – trotz allem – sehr hübsche Angelegenheit.



«Altes Delirium»: Ehepaar Reno-Johnson.

Abbey: Das Schwierigste an der ganzen Hochzeit war mein Aussehen. Wenn man bedenkt, dass mein Äusseres auf den Hochzeitsbildern ein Resultat langer Vorbereitungen ist, das viele Spezialisten mit einschloss, kann man sich vielleicht vorstellen, wie ich ohne schöne Kleider, Make-up und gemachter Frisur aussehe. Nun gut, das Wichtigste ist ja, dass mich mein Angetrauter mag beziehungsweise sich tatsächlich an die vermeintliche Plattitüde von den inneren Werten gehalten hat, als er sich dazu entschied, mich zu lieben.

Steve: Gute Eigenschaften hat meine Frau mehr als genug, Selbstironie gehört dazu, und das ist meiner Meinung nach Stärke. Abbey wollte keine Fotografien von jenem Moment, wenn der Bräutigam seine Braut zum ersten Mal sieht. Vielleicht dachte sie, ich laufe schreiend davon? Das Gegenteil war der Fall, ich fand sie wunderschön, weil sie ganz anders aussah als alle Bräute, die ich bisher gesehen hatte.

Abbey: Mein Kleid liebe ich noch heute. Ich liess es auf Kniehöhe kürzen, dadurch wirkte ich weniger wuchtig, und per Zufall erhielt der Rock dadurch auch noch den nötigen Pep. Die wichtigste Einsicht dieses Tages betrifft nicht das Optische, sondern dass man an sei-

ner Hochzeit nur Leute einladen sollte, mit denen man auch sonst gern rumhängt. Dann gibt es keine Peinlichkeiten, und der Spass ist garantiert, zudem helfen solche Freunde bei den Vorbereitungen mit und zicken auch nicht rum, wenn sie zweitausend Blumen aus buntem Papier anfertigen müssen. Die Hilfe unserer Leute erlaubte uns zudem jenen Luxus, der uns wirklich wichtig war: eine offene Bar mit so viel Gratisalkohol, wie jeder in sich reinschütten wollte, und eine Eventplanerin, die uns jeden Wunsch von den Augen ablas.

Steve: Und die jede Krise im Keim ersticke: In der Nacht vor der Hochzeit schlug sich Abbey plötzlich mit lächerlichen Fragen herum, die sie – ungewohnt – nun für extrem wichtig hielt. Zum Beispiel: Brauchen wir nicht doch Überzüge für die Stühle, oder müssen wir nicht noch hundert Blumen mehr basteln? Ich versuchte, meine Verlobte zu beruhigen, aber es nützte nichts. Ich rief die Planerin an, der war meine Frau in der Zwischenzeit beinahe hörig, und als jene knapp antwortete: «Alles ist okay und wunderbar, und aus diesem Grund machen wir gar nichts mehr», lächelte Abbey glücklich und schief in meinen Armen ein.

Abbey: Die Zeremonie war tatsächlich der glücklichste Moment in meinem Leben. Nach einer kurzen Meditation mit einer Lesung zu den Themen Liebe, Freundschaft und Bestän-

«Ich fand sie wunderschön, weil sie anders aussah als alle Bräute, die ich bisher gesehen habe.»

digkeit lasen unsere Freunde aus unserem gemeinsamen Lieblingsbuch «Die schöne Macht der Sinne» von Diane Ackerman: «Die Liebe ist ein altes Delirium, ein Bedürfnis, älter als die Zivilisation, mit Wurzeln, die bis tief in die dunklen und mysteriösen Tage gehen. Das Herz ist ein lebendes Museum. In jeder Abteilung, egal wie eng oder schwach erleuchtet, erhalten für immer wie wundersame Kieselalgen, bleiben jene Momente, in denen wir liebten oder geliebt wurden.»

Protokoll: Franziska K. Müller

Spielgeld

Von Andreas Thiel — Die raffinierten Methoden des Bundesrats erstaunen immer wieder.

Leuthard: Guten Tag, ich möchte gerne alles auf eine Karte setzen.

Croupier: Dabei können Sie aber sehr viel Geld verlieren.

Leuthard: Das macht nichts. Es ist ja nicht mein Geld.

Croupier: Wessen Geld setzen Sie denn?

Leuthard: Das Geld des Steuerzahlers.

Croupier: Und ist der Steuerzahler mit diesem Einsatz einverstanden?

Leuthard: Was soll die Frage? Bin ich Bundesrätin, oder ist der Steuerzahler Bundesrätin?

Widmer-Schlumpf: Gibt es Probleme?

Leuthard: Der Croupier fragt nach der Meinung des Steuerzahlers.

Widmer-Schlumpf: Wenn Sie meine Meinung hören wollen, dann sollte der Steuerzahler froh sein, dass wir uns um sein Geld kümmern.

Croupier: Ja, aber was ist, wenn Sie sein Geld verspielen?

Leuthard: Dann haben wir wenigstens versucht, aus diesem Geld noch etwas Gutes herauszuholen.

Croupier: Was ist am Geld des Steuerzahlers schlecht?

Leuthard: Ach kommen Sie, allein der Umstand, dass der Steuerzahler Geld hat, setzt ihn doch dem Verdacht aus, dieses auf zwielichtige oder schädliche Weise erworben zu haben.

Widmer-Schlumpf: Ausserdem steht jeder, der Steuern zahlt, im Verdacht, zu wenig Steuern zu zahlen. Denn wenn jemand Steuern zahlen kann, warum sollte er dann nicht noch mehr Steuern zahlen können? Oder haben Sie schon mal einen Steuerzahler verhungern sehen? Diejenigen, welchen es wirklich schlecht geht, können nämlich schon lange keine Steuern mehr zahlen.

Croupier: Ich bin mir nicht sicher, ob Glücksspiele mit Steuergeld gesetzlich erlaubt sind.

Leuthard: Glücksspiele? Wieso Glücksspiele?

Croupier: Was glauben Sie denn, was Sie hier machen?

Leuthard: Wir regieren.



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Der grosse Schlaf

Von Peter Rüedi



Die Haltbarkeit eines Weins ist ein Kriterium für seine Qualität. Eines unter anderen. Das ihr entgegengesetzte Qualitätsmerkmal ist die Zugänglichkeit. Entsprechend geistern einander widersprechende Vorurteile im Kopf der geneigten Weinfreunde. Trauen die einen keinem Tropfen unter zehn Jahren, halten sich die anderen ausschliesslich an die jüngsten Jahrgänge, zumal bei den Weissenen. Von denen lässt sich zum Teil kaum verkaufen, was älter ist als der aktuelle Jahrgang. Andererseits ist, nunmehr in erster Linie bei den Rotweinen, die weitverbreitete Meinung «je älter, desto besser» Quatsch, in ihrer Ausschliesslichkeit: Als lebendige Materie sind auch Weine nicht unsterblich, deren Tannine dem Trinker zunächst den Eindruck vermitteln, er beisse in ein Brett. Und, abermals andererseits: Natürlich gibt's ein paar gute Dinge, die Weile haben wollen. Nur: Wie soll die der willige Konsument aufbringen, wenn er nicht privilegierter Besitzer eines halbwegs brauchbaren Weinkellers ist? Ein von Heizungsrohren durchzogenes Luftschutzabteil ist nicht die angemessene Lagerstatt für Flaschen. Einen Ausweg aus dem Dilemma offeriert die Praxis, wie sie unter anderem die Produzenten im spanischen Rioja verfolgen, etwa der grosse Spitzenbetrieb (muss kein Widerspruch in sich sein!) La Rioja Alta in Haro. Er verfügt über nahezu 400 Hektaren, und mit seiner Gran Reserva nimmt er dem Endverbraucher einen Teil der Lagerung ab: die Version Gran Reserva 904 von 2004 zum Beispiel kam überhaupt erst nach einem Schlaf von vier Jahren im (selbstgeköferten) Eichenfass und weiteren drei auf der Flasche in den Handel. Also im Zustand, den das unschön nach *convenience wine* klingende Wort «trinkfertig» meint. Es ist ein Rioja, der noch weiter zulegen, heisst: etwas von der Holzdominanz verlieren wird, der aber mit einem fabelhaften Gleichgewicht zwischen komplexer Aromatik (kandierte Früchte, gerösteter Kaffee, Kokos und Schokolade) und frischer Säure nicht nur einen grossen Wein verspricht, sondern schon jetzt ein solcher ist.

La Rioja Alta Gran Reserva 904 2004.
13%. Arvi Melano. Fr. 41.05. www.arvi.ch

Meister der Reduktion

Bei Benoît Violier arbeiten viele Köche daran, möglichst wenig auf den Teller zu bringen. Von David Schnapp



Fast mathematische Präzision: Benoît Violier, Crissier.

In der Küche ist die Hölle los. Ich habe mich angemeldet, um den anderen der beiden Schweizer Köche (siehe *Weltwoche* Nr. 11/15) mit Höchstnoten zu besuchen, und stehe nun in Benoît Violiers Werkplatz im Lausanner Vorort Crissier. Violier ist wie immer gut gelaunt. Der Mann ist so voller Begeisterung für seine Arbeit, dass man ihn schon dafür mögen muss. In seiner Küche – gross, blitzend vor Chromstahl und sauber wie ein Biotech-Labor – arbeiten 22 Köche. Mit Service und Hintergrunddiensten sind 45 Leute für das Restaurant tätig. Es ist die wohl erstaunlichste Küche der Schweiz – nirgendwo sonst wird ein solcher Aufwand betrieben. Jeder Jus wird vor jedem Service neu angesetzt, über ein halbes Dutzend Brotsorten werden zweimal täglich frisch gebacken, jedes Gericht wird nur aus den besten verfügbaren Produkten zubereitet (Menü: 375 Franken). Dennoch hat Violiers Chef de Cuisine, Franck Giovannini, Zeit, in einem Kochkurs Laien zu instruieren. Auch Profis werden hier in der Kunst der französischen Haute Cuisine unterwiesen; sie kämen sogar aus den USA und Japan, erzählt Violier stolz.

«Eines der besten Restaurants der Welt»

Der renommierte britische Restauranttester Andy Hayler, ein Mann, der von sich sagt, er habe alle Drei-Sterne-Lokale der Welt besucht, nennt das «Violier» «schlicht eines der besten Restaurants der Welt». Violiers Gerichte beste-

hen oft aus zwei, drei hauptsächlichen Produkten: zum Beispiel einer Kombination aus Kardonen, dem typischen Romandie-Gemüse, und schwarzem Trüffel. Das zweiteilige Gericht offenbart feinste Abstufungen von bitter und präsentiert sich – Optik, Textur und Geschmack – in fast mathematischer Präzision.

Oder die obligatorische Foie gras, hier kombiniert mit roten Beeren (vor allem Cassis) als Sauce und geliertem Überzug für die Terrine: leicht geröstete Nüsse als *élément croquant* – fertig ist eine perfekt abgeschmeckte, harmonische Vorspeise, bei der jede aromatische Nuance herausgearbeitet wird. Als Hauptgang habe ich mir Ente gewünscht. Violier lässt ein unfassbar wohlschmeckendes Exemplar einer *canette sauvagine de Challans* braten. Sie wird am Tisch tranchiert und schmeckt durch die Behandlung mit japanischem Sansho-Bergpfeffer leicht, zitronig und fruchtig. Dazu etwas Gemüse, Enten-Jus – fertig.

Das ist ganz grosse Kochkunst: wenn man aus so wenig so viel machen kann. Und wenn man es schafft, den immensen Aufwand, der dahintersteckt, unsichtbar zu machen.

Restaurant «Benoît Violier»
Rue d'Yverdon 1, 1023 Crissier
Tel. 021 634 05 05.
Sonntags und montags geschlossen.
Ausführliche Besprechung des Menüs auf
www.dasfilet.ch



Auto

Ein bisschen fliegen

Der Frühling kommt. Zeit für einen offenen Sportwagen wie den Porsche Boxster GTS. *Von David Schnapp*

Die Welt wäre ein bunterer Ort, gäbe es mehr Autos, die beispielsweise in «Karminrot» lackiert wurden wie dieser Porsche Boxster GTS. Der GTS ist die oberste Ausbaustufe des zweisitzigen Mittelmotor-Cabrios, das völlig zu Unrecht von manchen als «Friseursen-Sportwagen» denunziert wird. Porsche hat das geschickt gemacht. Während der 911er mittlerweile zum luxuriösen Gran Turismo mit überraschend agilen Fahreigenschaften angewachsen ist, bleiben seine kleineren Brüder Boxster und Cayman die handlicheren, durchaus schnellen Möglichkeiten, Porsche zu fah-

ren. Mittelmotor-Sportwagen unter 100 000 Franken gibt es ja nicht viele – eine Ausnahme macht der Alfa 4C –, da hat das deutsche Duo an sich schon eine Sonderstellung.

In Karminrot jedenfalls sah mein Testwagen sehr begehrenswert aus. So einen Boxster in Schwarz oder Silber zu bestellen, mag ökonomisch vernünftiger sein (Stichwort: Wiederverkaufswert), aber ästhetisch ist das so überraschend wie ein weisser Schwan. Denn die scharf gezeichnete Linie, die sich von den Frontscheinwerfern über die Oberseite der Türen bis zu den Heckleuchten schwingt, wirkt in Farbe irgendwie drängender. Auch die markanten Lufteinlässe, die in U-förmigen Kanten an der Flanke auslaufen, haben so mehr Wirkung. Die Anziehungskraft des Autos erfasst – gegen alle Vorurteile – vor allem Männer. Etwa den Hotelmitarbeiter, der mir einmal das Auto aus der Garage geholt hatte und mit einem breiten Lächeln wieder ausstieg.

Der Boxster ist ein guter Kompromiss zwischen Alltagstauglichkeit (zwei Gepäckfächer vorne und hinten) und Sportlichkeit. Die

beiden Sitze sind zwar straff, werden aber auch nach 300 Autobahn-Kilometern nicht unbequem. Das serienmässige Sportfahrwerk dämpft eher nur rudimentär und belästigt einen dennoch nur auf wirklich schlechten Strassen mit unangenehmen Schlägen. Damit hat man eine schöne Grundlage für den täglichen Tiefflug über die Landstrasse. Wenn alles stimmt und ich die Kurve in Geometrie und Tempo ideal angesteuert habe, lässt mich der Wagen glauben, ich könne mit ihm ein bisschen fliegen (bildhaft gesprochen).

Vorwitzige Knaller

Und jetzt, wo die Temperaturen steigen, konnte ich es sogar wagen, das ordentlich gedämmte Stoffverdeck zu öffnen. Nach neun Sekunden fährt man unter offenem Himmel und drückt mit Vorteil die Auspuff-Taste, worauf der Boxster auch akustisch auffällige Präsenz entwickelt. Der sonst sonor bis dumpf vor sich hinbrummende Sechszylinder-Saugmotor (Testverbrauch: 9,3 Liter) wird augenblicklich fröhlich laut. Nun brüllt er hinter einem dominant, das Runterschalten mit dem Sieben-Gang-Doppelkupplungsgetriebe wird von vorwitzigen Knallern untermalt.

Und das war's am Ende auch, was den Boxster GTS in den Tagen, die er bei mir verbrachte, so begehrenswert machte: jede Fahrt ein karminroter Knaller.

Porsche Boxster GTS

Leistung: 330 PS, Hubraum: 3436 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 279 km/h
Preis: Fr. 93 400.–; Testwagen: Fr. 120 390.–





«Ich weiss, wie das geht»: Musikstar Maffay, 65.

MvH trifft

Peter Maffay

Von Mark van Huisseling — Lektionen in Arbeitsethik. Vom bestverkaufenden deutschen Musiker, im Rentenalter zudem.

Was führt Sie nach Zürich? – «Ein Konzert. Am 3. Juni spielen wir in dieser schönen Halle [das Gespräch fand statt im Hallenstadion]. Und machen dafür Promo, weil wir noch ein paar Tickets verkaufen wollen; wir sind jetzt – schönes Ergebnis – bei, ich glaube, 4,8 Tausend.» – «Das heisst, Sie packen selber mit an ...» – «Ich muss.» – «... nach so vielen Jahren [er macht seit 1970 berufsmässig Musik] und so vielen Verkäufen [fünfzig Millionen Tonträger, Stand 2012]?» – «Das ist durchgängig so, aber es ist nicht durchgängig so umfangreich. Unsere Tour in Deutschland hat eine wahnsinnig erstaunliche durchschnittliche Auslastung von über 95 Prozent gehabt; zwanzig Konzerte in einem Monat sind auch ein ordentliches Thema [er ist in seiner Laufbahn bisher zirka 6000 Mal vor zehn Millionen Zuschauern] aufgetreten. Wir haben alle ein Interesse, uns die Schweiz wieder zu erarbeiten.»

Peter Maffay, eigentlich Peter Alexander Makay, 65, ist ein deutscher Sänger, Komponist, Schauspieler, Gitarrist und Musikproduzent rumäniendeutscher Herkunft (seit 1963 in Bayern), steht bei Wikipedia. Fünfzehn seiner Alben erreichten Platz eins der Hitparade, das macht ihn zum bestverkaufenden deutschen Musiker; ihn als vergleichbar beliebt bei Kritikern zu beschreiben, wäre übertrieben.

«In der *Süddeutschen Zeitung* stand in der Unterzeile eines Porträts über Sie: «Was berührt so viele an seiner Musik?» Die Antwort hab ich dann nicht gefunden. Was berührt so viele an Ihrer Musik?» – «Meine Interpretation, unmassgeblich und subjektiv: Ich glaube, das Publikum sieht nicht nur mich, sondern auch das, was drumherum passiert, sieht meine Band. Die Leute wollen Freundschaft sehen. Wir [er und seine Musiker] sind Freunde, im Grunde freiwillig seit über dreissig Jahren zusammen, das schaffen viele Ehen nicht – ich kann davon berichten [er

ist zum vierten Mal verheiratet, hat zwei Kinder]. Und dann, glaube ich, gibt es einen Faktor, der einfach entstanden ist: die Stiftungsarbeit [er stellt Geld für traumatisierte Kinder zur Verfügung; auf Mallorca hat er einen Bauernhof, wo Kinder zwei Wochen kostenlos Ferien machen können (Wikipedia)].» – «In einem Nachruf auf «Wetten, dass ...?» im Schweizer Fernsehen kam folgender Satz: «Man konnte sogar die schlimmsten Drei der Musik ertragen – Peter Maffay, Herbert Grönemeyer, Marius Müller-Westernhagen.» Berührt Sie so was?» – «Es erstaunt mich ein bisschen, ich sag mal, «geschmackliche Differenzierung» muss ja nicht in dieser Artikulation kulminieren. Hatte der, der's gesagt hat, einen Namen? Der Schlimme ist er. Es gibt andere Gründe, warum dieses Format [«Wetten, dass ...?»] nicht mehr funktioniert hat, und es lag bestimmt nicht an Herbert, nicht an Marius; vielleicht an mir. Ne, das ist mir zu platt.»

«Ihre Musik ist, von mir aus gesehen, sehr kontinuierlich. Sie haben am Anfang mal was anderes gemacht ...» – «Schlager.» – «... jetzt machen Sie seit langer Zeit eigentlich immer was Ähnliches, Blues oder soften Rock.» – «Mhm, Drei-Harmonien-Musik, genau das. Korrekt.» – «Hatten Sie keine Lust auf weitere Entwicklung?» – «Wenn wir Tabaluga [auf Kinder ausgerichtete Drachenfigur, die er miterdacht hat; bisher fünf Alben] machen, machen wir sowieso was anderes; wenn wir «Begegnungen» [Album mit Künstlern von verschiedenen Erdteilen] machen, machen wir was völlig anderes. Das ist eine Bereicherung gewesen, und ich werd es vermutlich irgendwann auch wieder tun. Aber wenn ich mich um mich kümmerge, lande ich bei meiner Struktur, meiner Stilistik. Und dann ist es schon ziemlich mühselig genug, die clean zu halten. Was mir nach wie vor wahnsinnig viel Spass macht, ist, geile Songs zu schreiben.» – «Sie sind Berufsmusiker, seit Sie neunzehn sind, haben also nie im herkömmlichen Sinn gearbeitet. Trotzdem, so sieht's aus, treffen Sie mit Ihren Liedern das Lebensgefühl der Arbeiter ...» – «Moment, ich miste Ställe aus, wir haben Ziegen, Schafe auf unserer Farm ... Ich weiss, wie das geht.» – «Das machen Sie seit fünfzehn Jahren oder so.» – «Mein Vater ist Arbeiter, seine Umgebung waren Menschen, die in Fabriken gearbeitet haben ... Arbeiten, mit den Händen etwas schaffen, das habe ich mitbekommen. Seine dreckigen, seine schmutzigen Hände. Auch die Art und Weise, dass er nie Angst hatte, die irgendwo reinzutun, wo Schmutz war. Muss man können.»

«Was werden Sie als Nächstes tun?» – «Auto fahren.» (Er reiste nach dem Gespräch respektive dem Fotografieren retour nach Tutzing bei München, wo er lebt.) «Fahren Sie selber?» – «Ja, ich fahr gerne, es entspannt mich.»

Sein liebstes Restaurant: «La Trencadora», Carrer de Ramon Llull 17, Pollença, Mallorca, Tel. +34 971 53 15 99. (Es handelt sich dabei um sein Restaurant, stand in der *Mallorca Zeitung*.)

	1	2	3	4		5		6		7	8	9	10	11
12						13	14		15		16			
17						18				19				
		20			21								22	
23	24						25					26		
				27		28			29					
30		31	32					33						
	34					35	36				37		38	
39					40					41				
42							43		44					
		45							46					
47							48					49		

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Er will hoch hinaus

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Freiheit auf Zeit. 7 Solcher Art ist das Land dem Landwirt willkommen. 12 Südamerikanische Sprachfamilie, lange vor den Spaniern. 13 Es geht ums Geld: Kalkulation ohne Hintergedanken. 16 Ist es diese Sache, dann geht's euch etwas an. 17 Geographie 1: höchstgelegenes Karstgebirge Ungarns. 18 Geographie 2: Inseln beim Äquator, westlich von Ecuador. 20 Pyrit und er eignen sich für nostalgische Zündler. 22 So eine Art Atlantis im Pazifik. 23 Es heisst, dort gehe es friedlich zu und her. 25 Sicher kein kalter Kerl, der Mann mit dieser Eigenschaft. 27 Es ist ein Vorwand, sein eigenes Leben für eine Weile zu verlassen. 29 Er verbindet beim Bauen immer wieder. 30 Eine Heilige, die Fremde aus Griechenland. 33 Bei einer Fakultät ist er nicht fakultativ. 34 Genau besehen hat der gemeine Liebhaber keine bösen Absichten. 35 Dieser Dreiklang besteht aus G, H und D. 37 Was sich auf Fest reimt aber höchstens nach bestandenen ein sein wird. 39 Unsichere, in die Zukunft weisende Tätigkeit. 41 Ein niederländischer Heiliger. 42 Bauern handeln es sich ein, so sie es machen. 43 Zur Nation gehörend. 45 Eurasien ohne Asien. 46 Politiker sehen damit halt schon feminin aus. 47 Vollkommenheit ist laut Goethe die des Himmels. 48 Ein solches Spiel gibt schon zu denken. 49 Mitglied der ADR.

Senkrecht — 1 Verdoppelt ist's ein See in den Anden. 2 Ostschweizer kennen den Murgang gut. 3 Trennt uns von der Decke, unter der wir stecken. 4 Erhellende Quelle. 5 Begrenztes, chaotisches Familienunternehmen. 6 Er wurde z.B. in Lettland geboren. 8 Sie kann helfen, wenn der Tod anklopft. 9 Längemässig ein osteuropäisches Pendant der Seine. 10 Der Geruchssinn macht bei ihnen Sinn. 11 Sich Sorgen machen hat es noch nie verändert. 12 Gemeinsamkeit eines dt. Physikers und franz. Abtes. 14 Auch Goethe kannte jenen Torquato aus Italien. 15 Bei Pina Bausch fühlten Männer wie sie sich wohl. 19 Endlich frei – sang Sarah. 21 Der von Kuwait zählt auf den Gehorsam seines Volkes. 24 Er macht Geschäfte mit schrägen Illusionen. 26 Mit einem Namen versehen ist es dies. 27 Für Salzbad, Reifung und Veredelung braucht's ihn. 28 Für den richtigen Gang sind ein paar Korrekturen nötig. 31 Ein deutscher Regisseur: er und Werner. 32 Klerikal, das von Basel mit Sitz in Solothurn. 33 Der Fluss, den man in Budapest liebt. 36 Römern und Ritzern bekanntes Zahlmittel. 38 Womit der Kopf sich von unten zeigt. 39 Wo aber er fehlt, stirbt der Reiz des Lebens (Euripides). 40 Kein Schweizer Hornochse, sondern ein indonesisches Rindvieh. 41 Womit der Apfel mancherorts zur Orange wird. 44 Briten schauen bei Frauen oft darauf.

Lösung zum Denkanstoss Nr. 408

O		E	N	O	C	H	E		W	A	N	G	E	
B	A	N	T	U		H	U	L	A		M	A	I	L
E	R	N	S	T	F	A	L	L		F	A	T	A	L
R	A	S	E	R		I	D	E	E		Z	O	L	A
	K		T	I	E	R			I	S	O		I	
M	A	S	S	A	I		F		Z	A	N	K		X
E	N	T	E		S	A	I	S	O	N		A	B	I
N		I		K	I	B	L	A		S	E	T	U	P
S	A	L	M		G	W	E	N	T		I	H	R	E
U	M	I	A	T		E		F	A	K	T	E	N	
R	O	S	T	S	C	H	U	T	Z		E	T	U	I
	S	T	A	U		R			A	L	L	E	S	

Waagrecht — 3 NOCHE (span. f. Nacht) 7 WANGE
 12 BANTU 15 HULA (-Hoop: Kunststoffreifen zum Hüftschwingen) 16 MAIL (engl. f. Post)
 17 ERNSTFALL 18 FATAL 19 RASER 20 IDEE
 22 ZOLA (Schriftsteller, *Der Totschläger* ist ein Buchtitel) 23 TIER 25 ISO (Internat. Organ. for Standardization) 27 MASSAI 30 ZANK 33 ENTE
 34 SAISON 37 ABI 39 KIBLA (vom Koran vorgeschriebene Gebetsrichtung) 40 SETUP
 42 SALM 45 GWENT 47 IHRE 48 UMIAT
 50 FAKTEN 51 ROSTSCHUTZ 52 ETUI
 53 STAU 54 ALLES

Senkrecht — 1 OBER 2 ENNS 3 NUTRIA 4 CHAIR (-man, engl. für Vorsitzender) 5 HULD 6 ELLE (franz. f. sie) 8 AMAZON 9 NATO 10 GIALI (GI, Ali) 11 ELLA (amerik. Jazzmusikerin) 13 ARAKAN 14 TSETSE 21 EIZO (jap. f. Bild; Hersteller von Computermonitoren) 24 EISIG 26 SANS (souci) 27 MENSUR (Messzylinder) 28 STILIST 29 FILE 31 KATHETE 32 XIPE (Totec: Vegetationsgott) 35 ABWEHR 36 SANFT 38 BURNUS 41 EITEL 43 AMOS (Maso) 44 MATA (Hari, berühmteste Spionin) 46 TAZA 49 TSU

Lösungswort — **WARTEZIMMER**



EMS – Innovativ, weltweit erfolgreich in den Geschäftsbereichen Hochleistungspolymere Spezialchemikalien

OYSTER PERPETUAL GMT-MASTER II



ROLEX



BUCHERER

1888

bucherer.com